

Informationen

zur politischen Bildung

B 6897F

267

2. Quartal 2000



Aussiedler



Informationen

zur politischen Bildung

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Einführung	3
Die Deutschen in Polen	4
Unsichere Identität	4
Schicksal nach 1945	5
Zugeständnisse 1950–1960	6
Entwicklung bis 1989	7
Gegenwart	8
Rolle der Minderheit	8
Geschichte der Deutschen in Rumänien	10
Historischer Überblick	10
Anfang vom Ende: Krieg, Flucht, Verfolgung	11
Ausreisen	13
Chancen und Risiken des Verbleibs in Rumänien	13
Sinkende Akzeptanz in Deutschland	14
Stabilisierung und Wandel	15
Die Entwicklung in Russland und in der Sowjetunion	16
Einwanderung in das Schwarzmeergebiet	17
Kolonien im 19. Jahrhundert	17
Kirche und Schule	18
Erster Weltkrieg	18
Revolution und Bürgerkrieg	19
Zwischenkriegszeit	20
Der Zweite Weltkrieg und seine Folgen	21
Normalisierung der Lage	22
Autonomie- und Ausreisebewegung	23
Die Situation in der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS)	25
Staatenbildung und Migration	25
Aussiedlung und Bleibehilfen	25
Schwierige Lage	27
Autonomiebestrebung	30
Nationale Rayons in Westsibirien	31
Kirchengemeinden	33
Bildung	34
Kulturelles Leben und Identität	34
Zuwanderung und Integration in der Bundesrepublik Deutschland	36
Zuwanderungs-Bilanz	37
Aussiedlungsmotive	38
Aufnahme	38
Eingliederungshilfen	39
Sprachkompetenz	41
Integrationsprozess	42
Eingliederung jugendlicher Spätaussiedler	45
Kommunales Umfeld	49
Literaturhinweise	50

Zu diesem Heft:

Das frühere Bundesgebiet und (ab November 1990) das vereinigte Deutschland haben etwa 14 Millionen Deutsche aufgenommen, die als Flüchtlinge, Vertriebene oder Aussiedler eine neue Heimat suchten. Die Integration dieser Menschen vollzog sich in der Regel ohne große Schwierigkeiten. Für sie fand sich bald Wohnung, Nachbarschaft und Arbeit. Dies kann als eine der großen Leistungen der deutschen Nachkriegsgeschichte bezeichnet werden. Insbesondere, wenn man bedenkt, dass der größte Teil der Zugewanderten in den ersten Nachkriegsjahren eingegliedert wurde, als es am Nötigsten fehlte. Offenbar war aber immer genug da, um die Neuankömmlinge zu versorgen. Sie waren Belastung aber bald als Arbeitskräfte auch Quelle des Wohlstands.

Im Gegensatz dazu, scheint die Integration einer insgesamt doch begrenzten Zahl (etwa 1,6 Millionen) von Spätaussiedlern aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion in den neunziger Jahren auf wachsende Schwierigkeiten zu stoßen. Viele Einheimische empfinden die Spätaussiedler, die in diesem Jahrzehnt vornehmlich aus Mittelasien einreisen, als fremd. Und viele Spätaussiedler sind enttäuscht über die wenig herzliche Aufnahme in Deutschland.

Das vorliegende Heft soll das Schicksal der Deutschen in Polen, Rumänien, aber vor allem in der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten beleuchten. Diese in Deutschland fast vergessene nationale Minderheit lebte über Jahrhunderte in geschlossenen Siedlungen im europäischen Teil des Russischen Reiches. Doch im 20. Jahrhundert wurden sie Opfer deutsch-russischer Auseinandersetzungen. Nach dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion im Juni 1941 wurde die deutsche Minderheit von Stalins Propaganda als die „fünfte Kolonne Hitlers“ diffamiert und nach Sibirien und Mittelasien verschleppt. Die Pflege der deutschen Kultur und Sprache der ihnen verboten. Dadurch wurden viele ihrer deutschen Wurzeln entfremdet, die ihnen heute ein Einleben in Deutschland erleichtern könnten.

Durch ihre Außenseiterrolle sind viele Russlanddeutschen geprägt. In der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten galten sie ihren Nachbarn als „Deutsche“, während sie nun in Deutschland von Einheimischen oft als „Russen“ angesehen werden. Ihre Isolation in Deutschland wird vielfach noch dadurch erhöht, dass sie in geschlossenen Wohnsiedlungen untergebracht wurden. Durch Sprachkompetenz, Kontakte zu Einheimischen (vgl. den Brief S. 47), Arbeitsplätze, Toleranz und Geduld lässt sich die Fremdheit überwinden.

Jürgen Faulenbach

Einführung

Ute Heinen

Wenn ich mit den Deutschen Kontakt hätte, könnte ich die Sprache schon viel besser. Und so bin ich überall mit den Russen zusammen: In der Schule, zu Hause. Egal wohin man geht, überall sind Russen. So kann man nicht schnell Deutsch lernen.“ Das Statement einer jungen Spätaussiedlerin (zit. nach Strobl/Kühnel 2000), wirft ein Schlaglicht auf die Eingliederung von Aussiedlern im Spannungsfeld zwischen Integration und Isolation. Und es ist charakteristisch für die Eingliederungssituation vieler russlanddeutscher Aussiedler in den neunziger Jahren.

Seit ihrer Gründung hat die Bundesrepublik Deutschland bis Mitte 2000 über vier Millionen Aussiedler aus Polen, Rumänien, der ehemaligen Sowjetunion, aus der ehemaligen Tschechoslowakei, Ungarn und anderen Staaten Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas aufgenommen, davon allein 1,5 Millionen in den sechs Jahren zwischen 1987 und 1992. Nach dieser Hochphase entwickelte sich die Aussiedlerzuwanderung rückläufig und stabilisierte sich auf dem Niveau von 103 080 Personen (1998) und 104 916 Personen (1999). Bis zum Ende der achtziger Jahre verlief die Eingliederung weitgehend problemlos. Danach verschlechterte sich die Situation.

Doch zunächst ein Blick auf den historischen Hintergrund: Aussiedler sind Angehörige deutscher Minderheiten, die sich seit dem Mittelalter bis in das 19. Jahrhundert auf den Territorien nahezu aller Staaten Ostmittel-, Ost- und Südosteuropas angesiedelt haben. Sie wurden als dringend benötigte Arbeitskräfte und Kolonisatoren in die Länder gerufen. So gab es zu Beginn des 20. Jahrhunderts kein Land im Osten Europas, in dem nicht deutsche Siedlungen und Sprachinseln zu finden waren. Obwohl sich die Deutschen ihrem jeweiligen Einwanderungsland verbunden fühlten, pflegten sie ihre eigene Sprache und Kultur und unterhielten eigene Bildungseinrichtungen. Die ihnen zugesicherten Minderheitenrechte bildeten die Grundlage dafür.

Mit dem Aufkommen nationalistischen Gedankenguts seit der Mitte des 19. Jahrhunderts und im Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg gingen weit reichende Einschränkungen der Lebensbedingungen für die deutschen Minderheiten einher, die bis zum Versuch der Zwangsassimilierung und der Verdrängung reichten. Viele

Deutsche verließen aus diesen Gründen bereits damals ihre Heimat und siedelten nach Deutschland aus.

Die Zahl der Deutschen, die vor 1939 außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches lebten, wird mit circa 8,6 Millionen angegeben. Weitere 9,5 Millionen Menschen (davon mindestens 9 Millionen Deutsche) lebten in den damaligen deutschen Ostprovinzen Schlesien, Ostbrandenburg, Pommern und Ostpreußen, in Gebieten, die nach dem Zweiten Weltkrieg Polen zugesprochen wurden.

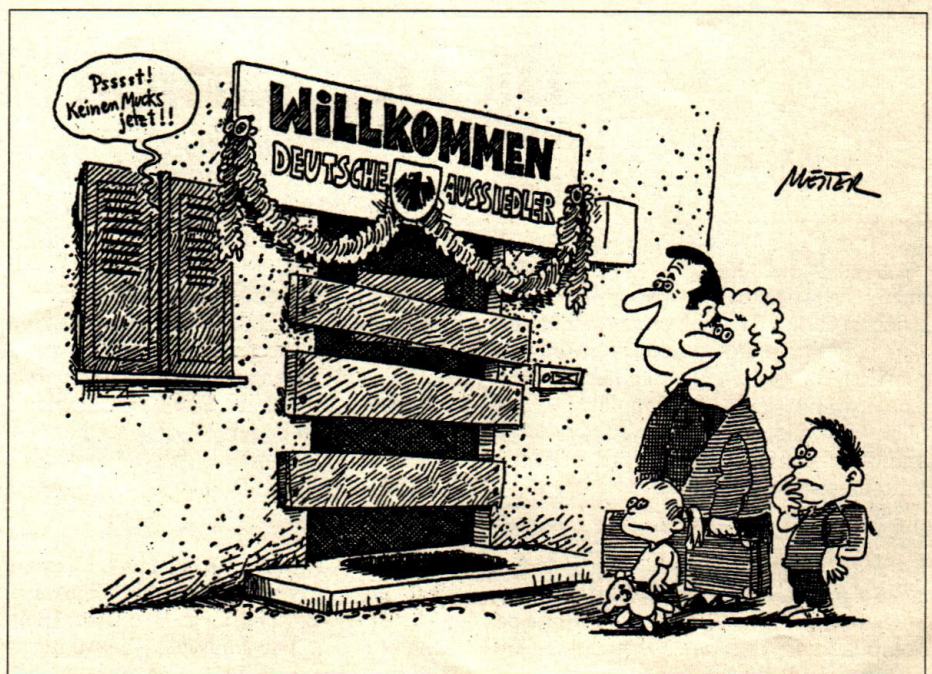
Mitverantwortlich gemacht für die Politik des Nationalsozialismus erlitten diese Deutschen Vertreibungen, Zwangsumsiedlungen oder Deportationen, Enteignungen, Internierung, Zwangsarbeit, Entrechtung und Diskriminierungen. Kultur- und Bildungseinrichtungen wurden aufgelöst, Familien getrennt. In der Sowjetunion wurde 1941 die Autonome Sozialistische Sowjetrepublik der Wolgadeutschen liquidiert (vgl. S. 21).

Rechtlosigkeit, Vertreibungen und Deportationen von Deutschen aus dem Osten Europas dauerten bis in die fünfziger Jahre an. Bis auf Siebenbürgen und das Banat gab es keine geschlossenen Siedlungsgebiete mehr. Die Möglichkeit, kulturelle Traditio-

nen im größeren Umfang zu erhalten, waren daher gering. Die deutsche Bevölkerung jenseits der heutigen deutschen Ostgrenzen war von 17,5 Millionen (1939) auf etwa vier Millionen im Jahr 1960 reduziert.

Nur langsam verbesserte sich seit den fünfziger Jahren die Situation in den einzelnen Staaten. Viele Angehörige der deutschen Minderheiten entschlossen sich daher, teilweise unter sehr schwierigen Bedingungen, zur Aussiedlung nach Deutschland. Aussiedler sind Deutsche im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes. Sie haben ein Recht auf Aufnahme in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Bundesvertriebenengesetz und ein Anrecht auf Eingliederungsleistungen.

Dennoch erhielten sich in den Staaten Ostmittel-, Ost- und Südosteuropas bis heute deutsche Minderheiten. Nach Schätzungen der Bundesregierung bzw. der politischen Vereinigungen der Minderheiten in den Herkunftsgebieten betrug ihre Zahl im Jahr 1999 etwa 800 000 Menschen in Russland und, nach einer Volkszählung aus dem Jahr 1999, 353 400 in Kasachstan. Die Schätzungen für Polen belaufen sich auf 300 000 bis 600 000 Personen, die für Rumänien auf 50 000 bis 100 000 und Ungarn auf etwa 220 000. Deutsche Minderheiten leben auch in der Tschechischen



Karikatur: Gerhart Meiser

Republik, der Slowakischen Republik, im ehemaligen Jugoslawien, in den Baltischen Staaten und anderen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, darunter in der Ukraine, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan.

Die Öffnung des Ostblocks und die Auflösung der Sowjetunion Ende 1991 markieren einen Einschnitt mit unterschiedlichen Folgen für die deutschen Minderheiten in den Staaten Ostmittel-, Südost- und Osteuropas. Die Lockerung der Ausreisebestimmungen bewirkte einen rasanten Anstieg der Aussiedlerzahlen von 78 498 im Jahr 1987 bis auf 397 067 im Jahr 1990. Erstmals konnten seit dem Ende der achtziger Jahre auch Russlanddeutsche in nennenswertem Umfang ausreisen. Diese Zuwanderungsflut bedingte bei Bund, Ländern und Gemeinden zunehmend Probleme bei der Aufnahme und Unterbringung der Aussiedler. Diese waren 1990 Anlass der Steuerung des Aussiedlerzuzugs durch ein geregeltes Aufnahmeverfahren im Vorfeld der Einreise.

Die Bundesrepublik Deutschland ergänzte ihre Aussiedlerpolitik durch ein zweites Standbein neben den Eingliederungshilfen. Sie verfolgte die Absicherung des Minderheitenschutzes durch bilaterale Verträge mit den jeweiligen Nationalstaaten. Diese Verträge bildeten die Grundlage für Hilfsprogramme zugunsten der deutschen Minderheiten in ihren Siedlungsgebieten, die ab 1990 in Gang gesetzt wurden. Die Programme beinhalten vielfältige Förderungen auf kulturellem und sprachlichem, sozialem und medizinischem und auch auf wirtschaftlichem Gebiet. Im Sinne von Bleibehilfen sollen die Programme dazu beitragen, die Minderheitensituation vor Ort zu stabilisieren, die Gemeinschaften zu stärken und Lebensperspekti-

ven zu eröffnen, um damit den Zuzug nach Deutschland einzugrenzen. Allerdings bleibt die Entscheidung über Aussiedlung oder Verbleib im Herkunftsland im Rahmen der Aufnahmebestimmungen den Angehörigen der deutschen Minderheiten selbst überlassen.

Unter dem Eindruck der hohen Zuwanderungszahlen von Aussiedlern (aber auch von Asylbewerbern) und der Belastungen des deutschen Wiedervereinigungsprozesses wurde in Deutschland die Zuwanderung der Aussiedler zunehmend kritischer gesehen und als Belastung und Konkurrenz um knappe Arbeitsplätze und Sozialleistungen empfunden. Mit der Auseinandersetzung um die Frage, ob angesichts des Demokratisierungsprozesses in Osteuropa noch ein Kriegsfolgenschicksal der Aussiedler unterstellt werden könnte, wurden die Grundlagen der Aussiedlerpolitik in Frage gestellt. Im Ergebnis wurde mit dem „Gesetz zur Bereinigung von Kriegsfolgen“ ein Schlussstrich gezogen. Seit dem 1. Januar 1993 müssen die Antragsteller ein Kriegsfolgenschicksal individuell glaubhaft machen. Lediglich für Spätaussiedler (wie die Aussiedler nunmehr bezeichnet werden) aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion wird es nach wie vor angenommen (vgl. S. 36). Die Zuwanderung von Aussiedlern wurde auf 220 000 Personen jährlich quotiert. Die Diskussion um die Aussiedlerpolitik hält indes weiter an, wie die jüngst aufgeworfene Frage der Einbeziehung von Aussiedlern in ein zu schaffendes Einwanderungsgesetz zeigt.

Die Demokratisierungsprozesse in den Staaten Ostmittel-, Ost- und Südosteuropas haben zu einer Stabilisierung der Lage der deutschen Minderheiten beigetragen. Seit 1991 entwickelt sich die Aussiedlung aus diesen Staaten rückläufig und wird von

der Bundesregierung als weitgehend abgeschlossen betrachtet. Lediglich bei den Angehörigen der deutschen Minderheiten in den verschiedenen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion ist der Ausreisewunsch wegen der insgesamt erheblich schlechteren Lebensumstände nach wie vor groß. Neben der Ausreise nach Deutschland haben sich jedoch auch die Siedlungsschwerpunkte in der Russländischen Föderation, und hier insbesondere Westsibirien, zu Aufnahmegebieten für Deutsche aus Kasachstan und Mittelasien entwickelt.

Während bis 1989 die Aussiedler aus Polen die größte Zuwanderungsgruppe waren, gefolgt von den Aussiedlern aus Rumänien, kamen in den neunziger Jahren zunehmend Aussiedler aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion. Seit 1997 zählen über 98 Prozent aller Aussiedler zu dieser Gruppe. So kamen von den 104 916 Aussiedlern 103 599 aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion und lediglich 1317 Personen aus allen anderen Staaten.

Die Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion bringen vergleichsweise schlechtere Eingliederungsvoraussetzungen mit. Sie sind stärker assimiliert, leben zu einem großen Teil in gemischt-nationalen Familien und verfügen nur noch über geringe bis keine Deutschkenntnisse. Diesen Voraussetzungen stehen schlechtere Rahmenbedingungen für die Integration gegenüber: hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland, in den neunziger Jahren zum Teil erheblich reduzierte Eingliederungshilfen und eine geringere Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung. Der Kreis zu den eingangs erwähnten Eingliederungsproblemen, die insbesondere bei Jugendlichen deutlich werden, schließt sich. Darüber, dass Handlungsbedarf besteht, herrscht mittlerweile Konsens.

Die Deutschen in Polen

Joachim Rogall

Unter den Aussiedlern standen bis 1989 diejenigen aus Polen zahlenmäßig an erster Stelle. Nach der politischen Wende in Polen nahm die Zahl der Aussiedler aus Polen jedoch rasch und drastisch ab. Zum Verständnis für diese Entwicklung ist zunächst ein kurzer Rückblick auf die Bevölkerungsentwicklung und die jüngere Geschichte dieser Region Mitteleuropas notwendig.

Das heutige polnische Staatsgebiet ist das Ergebnis einer Westverschiebung Polens als Folge des Zweiten Weltkrieges. Die Sowjetunion hatte 1945 die Ostgebiete des polnischen Staates der Vorkriegszeit anektiert und dafür die Ostgebiete des

Deutschen Reiches nach dem Gebietsstand von 1937, Südostpreußen, Danzig, Pommern, Ostbrandenburg und Schlesien, polnischer Verwaltung unterstellt. Dieser auf der Potsdamer Konferenz auch von den Westalliierten anerkannte neue polnische Staatsbereich umfasst damit Gebiete, die seit Jahrhunderten zum deutschen Staats- und Kulturgebiet gehört hatten und bis 1945 fast ausschließlich von Deutschen bewohnt gewesen waren.

Im Verlauf der mittelalterlichen deutschen Ostbewegung wurden seit dem 12. Jahrhundert diese Landschaften durch Deutsche besiedelt. Die deutschen Einwanderer bildeten allmählich die Bevölkerungsmehr-

heit und die geringe slawische (in Ostpreußen: baltische) Vorbevölkerung wurde assimiliert. So entstanden aus deutschen und slawischen Wurzeln die Neustämme der Schlesier, Pommern und Ostpreußen.

Unsichere Identität

Dieser Assimilierungsprozess war in einigen Grenzgebieten zu Polen wie Oberschlesien, Ostpommern und Südostpreußen (Ermland und Masurien) bis zum Ende des Ersten Weltkrieges noch nicht völlig abgeschlossen. Hier gab es Bevölkerungsteile, die sich nach dem Erwachen des

Nationalbewusstseins im 19. Jahrhundert zu Polen bekannten, vor allem bei den katholischen Oberschlesiern auf dem Lande.

Die Mehrheit der Menschen in diesen Gebieten fühlte sich aufgrund der jahrhundertelangen Zugehörigkeit zum preußischen Staatsverband und dem deutschen Kulturbereich als Deutsche. Teilweise benutzten sie aber noch eine eigene regionale Gruppensprache, ein altertümliches Polnisch mit zahlreichen Germanismen.

Man spricht bei diesen zweisprachigen Gruppen von „schwebendem Volkstum“, um die Identitätsunsicherheit dieser Menschen, die aus dem Gegensatz zwischen deutschem Selbstverständnis und polnischen kulturellen und sprachlichen Traditionen herrührt, zu kennzeichnen.

Die Angehörigen des „schwebenden Volkstums“ bildeten innerhalb der Bevölkerung Masurens und Oberschlesiens nur eine Minderheit, die vor allem auf dem Land lebte. Ihre Zahl nahm in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen rasch ab.

Da seit dem 19. Jahrhundert die Sprache als wesentliches Merkmal der nationalen Zugehörigkeit galt, brachte man diesen zweisprachigen Gruppen von deutscher Seite oftmals Unverständnis und Misstrauen entgegen.

Die Polen sahen diese Gruppen dagegen unter Hinweis auf ihre slawische Herkunft und ihre nichtdeutsche Muttersprache als Teile der polnischen Nation an, denen eine jahrhundertlange Germanisierung ihr polnisches Bewusstsein geraubt habe.

Nach dem Ersten Weltkrieg verlangte der wieder entstandene polnische Staat deshalb die Angliederung dieser Gebiete.

Die unter alliierter Aufsicht durchgeführten Volksabstimmungen brachten allerdings eine eindeutige Entscheidung zugunsten Deutschlands. Im südlichen Ostpreußen (Ermland und Masuren) stimmten 1920 97,9 Prozent für Deutschland und nur 2,1 Prozent für Polen, in Oberschlesien 1921 59,6 Prozent für Deutschland und 40,3 Prozent für Polen.

Die Ergebnisse der Abstimmung machten deutlich, dass in diesen Grenzgebieten die Volkszugehörigkeit keine Frage objektiver Kriterien wie beispielsweise Kultur oder Muttersprache, sondern eine Frage des Bewusstseins und des freien Willens jedes Einzelnen war. Dabei konnte die Trennung mitten durch Familien gehen.

Aufgrund der Grenzziehung nach dem Ersten Weltkrieg lebten sowohl im Deutschen Reich wie in Polen nationale Minderheiten.

Die Zahl der Deutschen in Polen sank in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg durch teilweise erzwungene Abwanderung auf etwas über eine Million. Die rund 340 000



Foto: bildarchiv preussischer kulturbesitz

Flüchtlingstrecks versuchen sich im Februar 1945 mit voll bepacktem Leiterwagen durch das verschneite Land Oberschlesiens einen Weg zu bahnen.

Deutschen in Posen und Pommerellen und 370 000 Deutschen in der polnischen Wojewodschaft Schlesien behielten zum Teil bis 1939 ihre deutsche Staatsangehörigkeit; die übrigen Deutschen in Mittel-, Süd- und Ostpolen konnten nach der Besetzung Polens im Zweiten Weltkrieg die deutsche Staatsangehörigkeit über die so genannte „Deutsche Volksliste“ erwerben.

Die Nationalsozialisten hatten diese nach ihren Kriterien in vier Gruppen eingeteilt. Gruppe eins umfasste die vor 1939 in der deutschen Minderheit in Polen aktiven Personen. Zur Gruppe zwei gehörten diejenigen, die zwar nicht in der Minderheit aktiv gewesen, aber nach ihrem Selbstverständnis und der Wahrnehmung durch andere Deutsche waren. Gruppe drei umfasste nach Ansicht der Nationalsozialisten teilweise polonisierte Deutsche und Gruppe vier schließlich Personen, die zwar deutscher Herkunft, aber vollständig polonisiert waren. Die Angehörigen der Gruppen eins und zwei erhielten die deutsche Staatsangehörigkeit zuerkannt, die Gruppe drei nur auf Widerruf und die Gruppe vier erhielt lediglich eine Anwartschaft.

Schicksal nach 1945

Bereits während des Krieges wurde deutlich, dass die Alliierten nach dem Sieg das Problem der deutschen Minderheit in Polen durch deren Aussiedlung lösen wollten. Über die zukünftigen Grenzen des polnischen Staates und die Gebiete, die Deutschland an Polen abtreten sollte, bestanden unter den Alliierten aber unterschiedliche Vorstellungen. Insbesondere ging den Westmächten die sowjetische Forderung zu weit, die eine Westverschiebung Polens an Oder und Lausitzer Neiße als Kompensation für die sowjetische Annexion Ostpolens vorsah.

Die Sowjetunion betrieb aber eine Politik der vollendeten Tatsachen, indem sie die Verwaltungshoheit der von ihr eroberten deutschen Gebiete östlich von Oder und Lausitzer Neiße mit Ausnahme Nordostpreußens an Polen übergab.

Damit hatte Polen Gebiete übernommen, die bis zu diesem Zeitpunkt von fast neun Millionen Deutschen bewohnt waren:

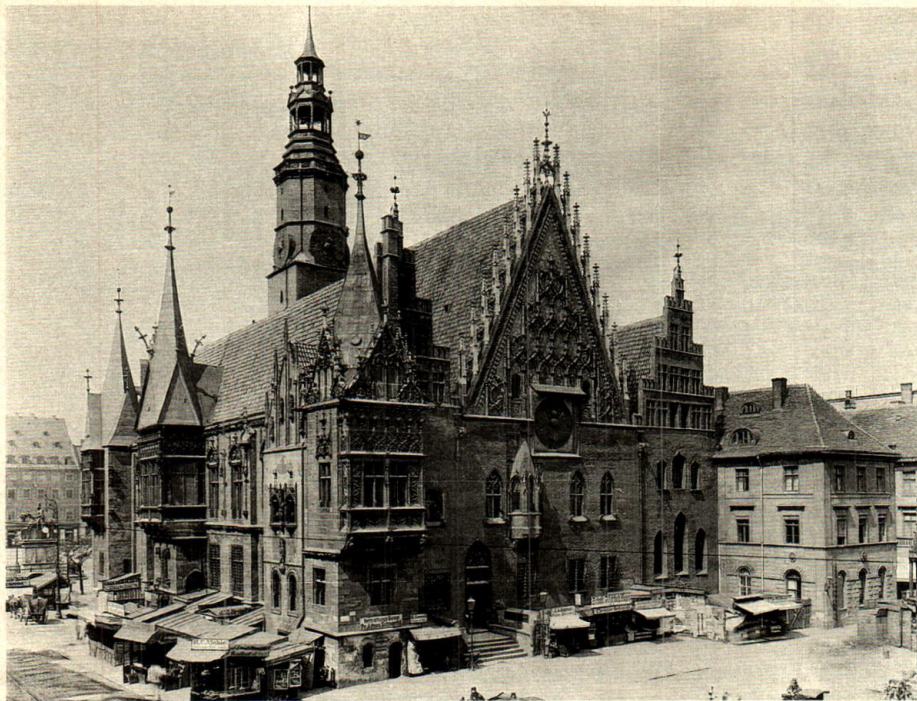
Ostpreußen (südlicher Teil):	1,3 Millionen
Pommern	1,8 Millionen
Ostbrandenburg	0,6 Millionen
Niederschlesien	3,0 Millionen
Oberschlesien	1,7 Millionen
Freie Stadt Danzig	0,4 Millionen

Flucht und Vertreibung

Vor der Roten Armee waren Anfang 1945 rund 3,6 Millionen Deutsche aus ihrer Heimat geflohen oder wurden das Opfer so genannter „wilder“ Vertreibungen.

Auf der Potsdamer Konferenz behauptete Stalin, fast alle Deutschen seien aus Polen und den Gebieten östlich von Oder und Neiße geflohen. Tatsächlich befanden sich zu diesem Zeitpunkt aber etwa 4,4 Millionen Deutsche östlich von Oder und Lausitzer Neiße. Denn neben den dort in ihrer Heimat verbliebenen Deutschen waren auch von den Geflohenen mehr als eine Million nach Ende der Kampfhandlungen bis zum Sommer 1945 zurückgekehrt.

Artikel XIII der Potsdamer Beschlüsse bestimmte, dass die Überführung der deutschen Bevölkerung aus Polen „in ordnungsgemäßer und humaner Weise“ erfolgen solle. Die tatsächliche Praxis der Vertreibungen war jedoch eine völlig andere. Mit sowjetischer Zustimmung dehnte die polnische Regierung den Begriff „Polen“ dabei auch auf die ihrer Verwaltung unter-



Das aus dem 14./16. Jahrhundert erhaltene Rathaus von Breslau. Die an historischen Bauwerken einst reiche Stadt wurde im Zweiten Weltkrieg zu 60 Prozent zerstört.

stellten Oder-Neiße-Gebiete aus. Als die Westmächte Kenntnis von der Vertreibung erhielten, konnten sie eine kurzzeitige Unterbrechung erreichen, hatten aber aufgrund der Haltung der Sowjetunion auch danach keine Möglichkeit, Polen zur Einhaltung der in Potsdam vereinbarten Bestimmungen zu zwingen.

Der in den Jahren der deutschen Besatzung aufgestaute Hass der polnischen Bevölkerung richtete sich gegen alle im neuen polnischen Staatsgebiet zurückgebliebenen Deutschen, die Ziel von Ausschreitungen und Diskriminierungen wurden. Manche wurden noch von der Roten Armee als Zwangsarbeiter in die Sowjetunion verschleppt, andere in den Jahren 1945/46 in polnische Arbeitslager verbracht, die bis 1949/50 bestanden. Die Sterberate in diesen Lagern war, besonders unter Alten, Kranken und Kindern, sehr hoch. Die genaue Zahl der Todesopfer ist nicht zu ermitteln, da die polnischen Behörden keine entsprechenden Unterlagen führten.

Die Gesamtzahl der bei den Verfolgungsmaßnahmen im Lande, auf der Flucht und im Zuge der Vertreibungen Umgekommenen wird auf etwa 1,6 Millionen Menschen geschätzt.

Ausweisungen 1945–1950

In diesen Jahren der Rechtlosigkeit zogen viele Deutsche die Flucht einem Leben als Fremde in der Heimat vor. Selbst die Ausweisung erschien manchen als das kleinere Übel. Aufgrund der Potsdamer Beschlüsse wurden zwischen 1945 und Ende 1950 rund 3,5 Millionen Deutsche aus den neuen polnischen Grenzen ausgewiesen, teils in organisierten Sammeltransporten, teils als Einzelausreisende.

Etwa 1,7 Millionen Deutsche befanden sich 1950 noch in der Volksrepublik Polen, davon der größte Teil in Oberschlesien.

Durch Flucht und Vertreibung der Deutschen und Zuwanderung von Polen aus Zentral- und dem nunmehr sowjetischen Ostpolen änderten sich die Bevölkerungsverhältnisse. Die polnischen Zuwanderer übernahmen nicht nur verlassene Häuser, sondern vertrieben auch verbliebene Deutsche von Haus und Hof.

Die polnischen Behörden stützten sich bei ihren Maßnahmen zur Diskriminierung und Entrechtung der Deutschen auf bereits während des Krieges erlassene Sondergesetze, die durch ihre Dehnbarkeit Willkür und Kollektivbestrafung begünstigten. Sie bedeuteten für die betroffenen Deutschen Enteignung und Ausweisung aus dem polnischen Staatsgebiet. Ursprünglich nur für das Gebiet Vorkriegspolens bestimmt, wurden sie auch in den Oder-Neiße-Gebieten angewendet.

Allerdings unterschied man zwischen Volksdeutschen, also ehemaligen polnischen Staatsangehörigen deutscher Nationalität, und Reichsdeutschen deutscher oder polnischer Nationalität. Die während des Krieges in die Deutsche Volksliste Aufgenommenen sowie die Angehörigen des Schwebenden Volkstums hatten die Möglichkeit einer „Rehabilitierung“. Wer keine Rehabilitierung beantragte oder abgelehnt wurde, wurde wie die Reichsdeutschen interniert und enteignet.

Um eine Entvölkerung insbesondere des oberschlesischen Industriegebiets zu vermeiden, aber auch um vermeintliches polnisches Volkstum wieder erwecken zu können, wurde die Volkszugehörigkeit der als „Autochthone“ (= Alteingesessene)

bezeichneten einheimischen Bevölkerung in den Oder-Neiße-Gebieten überprüft.

Regionale Verifizierungskommissionen prüften eine mögliche polnische Abstammung der Betroffenen, wobei oft schon ein polnisch klingender Familienname und eine Treueerklärung für Polen ausreichten. Die so „Verifizierten“ erhielten die polnische Staatsangehörigkeit.

Angesichts der Diskriminierung der Deutschen und der wirtschaftlichen Not wählten viele Oberschlesier und Masuren den Weg der Verifizierung, um unter erträglichen Bedingungen in der Heimat bleiben zu können. Wer die Verifizierung verweigerte, teilte das Schicksal der übrigen Deutschen: Lagerhaft, Zwangsarbeit oder Ausweisung.

Bis zum 1. April 1948 waren nach polnischen Angaben rund 1 Million Menschen verifiziert worden. Den circa 170 000 Personen, die bis 1951 trotz allen Drucks die Verifizierung und Annahme der polnischen Staatsangehörigkeit verweigert hatten, wurde in diesem Jahr von Amts wegen die polnische Staatsangehörigkeit verliehen.

Zugeständnisse 1950–1960

Im Jahre 1949 wurden die Ausweisungen eingestellt. Die noch im Lande befindlichen Deutschen wurden nun in erster Linie als wichtige Arbeitskräfte betrachtet, die man nach Möglichkeit halten wollte.

Die gesetzliche Diskriminierung wurde beendet und in den Oder-Neiße-Gebieten etwa 250 000 Deutsche als Minderheit anerkannt. Die größten Gruppen gab es in Niederschlesien, vor allem im Industriegebiet von Waldenburg (Wałbrzych) und in Hinterpommern um Stolp (Słupsk) und Köslin (Koszalin).

In den folgenden Jahren konnte sich dort ein bescheidenes kulturelles Leben entwickeln. Es entstanden deutsche Volks-, Berufs- und Oberschulen, Laienspiel- und Gesangsgruppen, Büchereien und Lesestuben. Seit 1951 wurde die deutschsprachige Zeitung „Arbeiterstimme“ herausgegeben, bis 1955 als Wochenblatt, dann bis Mitte 1958 als Tageszeitung, zuletzt bis Ende 1958 wieder als Wochenschrift.

1957 entstand in Breslau eine „Deutsche Sozial-Kulturelle Gesellschaft“ mit rund 7000 Mitgliedern in Niederschlesien und Pommern. Deutsche Gottesdienste gab es für Protestanten und Katholiken.

Ab 1955 wurde durch Vermittlung des Roten Kreuzes eine Familienzusammenführung ermöglicht, die durch die immer stärkere Abwanderung dem Kulturleben der deutschen Minderheit den Boden entzog. Von 1955 bis 1959 wurden im Rahmen der Familienzusammenführung rund 250 000 Deutsche in die Bundesrepublik

und West-Berlin sowie weitere 40 000 in die DDR umgesiedelt. Es handelte sich in erster Linie um die Angehörigen der deutschen Minderheit, obgleich auch viele „Autochthone“ in Masuren und Oberschlesien die Ausreise beantragt hatten.

Angesichts der geringen Zahl der verbliebenen anerkannten Deutschen stellte Polen 1960 seine Förderung der deutschen Kulturpolitik ein und bestritt bis 1989 als einziges Land im sowjetischen Herrschaftsbereich die Existenz einer deutschen Minderheit.

Lage der zweisprachigen Deutschen

Der größte Teil der Deutschen in der Volksrepublik Polen, nämlich rund 1,4 Millionen, davon die meisten im ober-schlesischen Industriegebiet, war als „Autochthone“ von der Förderung der deutschen Minderheit ausgeschlossen gewesen.

Trotz entsprechender Anträge wurden weder in Oberschlesien noch in Masuren deutsche Schulen eingerichtet. Hier wollten die polnischen Behörden ihre Polonisierungspolitik, die durch Kindergarten, Schule und Militär gefördert wurde, nicht gefährden.

Die polnischen Hoffnungen auf eine rasche Eingliederung der „Autochthonen“ in das polnische Volk erfüllten sich jedoch nicht. Die Eroberung durch die Rote Armee hatten viele Masuren und Oberschlesier keineswegs als „Befreiung vom deutschen Joch“ erlebt. Die nachfolgenden Plünderungen und das Verhalten der polnischen Zuwanderer, welche entgegen der offiziellen Propaganda die Einheimischen nicht als „befreite Landsleute“, sondern fast ausnahmslos als Deutsche betrachteten, waren ebenfalls nicht geeignet, Sympathien für Polen zu wecken. Das erzwungene Bekenntnis zum polnischen Staat hatte bei der Mehrheit der einheimischen Bevölkerung gerade eine innere Distanzierung von der polnischen Kultur zur Folge.

Die kulturellen Unterschiede zwischen Einheimischen und polnischen Zuwanderern waren groß und verhinderten die rasche Assimilierung.

Paradoxerweise war es gerade das auf dem Lande gesprochene Oberschlesisch, das eine Polonisierung erschwerte. Da es sich stark vom Hochpolnischen unterschied, wurde von den polnischen Behörden, besonders in der Schule, alles versucht, um diese Dialekte zugunsten der polnischen Schriftsprache zu verdrängen. Als Folge wurden diese Dialekte von den Einheimischen anstelle der lange Zeit verbotenen deutschen Sprache zur Abgrenzung von den Polen gebraucht. Zu Hause sprach man oft Deutsch, auf der Straße ober-schlesischen Dialekt, in der Schule und mit Behörden Polnisch. Die polnischen Bemühungen, durch Zwangsassimilierung der so genannten Autochthonen einen einheitlichen polnischen Nationalstaat zu schaffen, bewirkten genau das Gegenteil:

Die Verstärkung der sozialen und kulturellen Isolation der Deutschen.

Das schon früher stark ausgeprägte Regionalbewusstsein hat sich nach dem Kriege eher noch verstärkt. In erster Linie war man Oberschlesier, womit man sich von „den“ Polen, manchmal aber auch von „den“ Deutschen abgrenzte, wobei die gefühlsmäßige Bindung an Deutschland aber überwog.

Entwicklung bis 1989

Als Folge des Warschauer Vertrags von 1970 über die Grundlagen der Normalisierung der Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland wurde erneut eine Vereinbarung über die Möglichkeit der Familienzusammenführung von Deutschen aus Polen getroffen. Die Volksrepublik Polen erkannte damit indirekt die Existenz von Deutschen im Lande an. Während Polen von einigen Zehntausend Ausreisewilligen ausging, lagen dem Deutschen Roten Kreuz 1970 etwa 250 000 Anträge vor. Die ausgesprochen zurückhaltende Genehmigungspraxis der polnischen Behörden veranlasste Bundeskanzler Helmut Schmidt bei Gesprächen mit Polens Staatschef Edward Gierek am Rande der KSZE-Konferenz in Helsinki 1975, erneut die Frage der Familienzusammenführung aufzugreifen. Es kam zur Unterzeichnung eines Ausreiseprotokolls von 1975, wonach innerhalb von vier Jahren bis zu 125 000 Personen die Ausreisegenehmigung erhalten sollten. Eine Offenhalteklauseel besagte, dass auch später noch Anträge auf Aussiedlung gestellt werden durften.

Ende der siebziger Jahre schätzten Fachleute die Zahl der aussiedlungswilligen Deutschen in Polen auf 500 000 bis 1 Million.

Gründe für die Aussiedlung

Sucht man nach Gründen für diese Aussiedlungsbereitschaft, so spielt das bereits geschilderte Schicksal der Deutschen nach 1945 im polnischen Machtbereich sicherlich eine große Rolle. Zunächst stellt sich die Frage, warum die Betroffenen nicht bereits bei Kriegsende ihre Heimat verlassen oder zumindest schon früher eine Aussiedlung angestrebt hatten.

Ein Grund dafür war die nach 1945 bei den Deutschen in den Gebieten östlich von Oder und Neiße noch lange verbreitete Hoffnung auf eine Wiedervereinigung ihrer Heimat mit dem übrigen Deutschland, die mit entsprechenden Befürchtungen der polnischen Zuwanderer einherging. Bei den Oberschlesiern kam der Rückhalt durch ein relativ geschlossenes Gebiet mit altansässiger Bevölkerung hinzu, in anderen Gebieten wie Masuren der zumindest teilweise Erhalt der alten Dorfgemeinschaft, was den Entschluss zu bleiben er-

Aussiedlerzahlen 1950 – Juni 2000

Jahr	Aussiedler insgesamt	davon aus Polen	Jahr	Aussiedler insgesamt	davon aus Polen
1951	24 765	10 791	1976	44 402	29 364
1952	13 369	194	1977	54 251	32 857
1953	15 410	147	1978	58 123	36 102
1954	15 424	664	1979	54 887	36 274
1955	15 788	860	1980	52 071	26 637
1956	31 345	15 674	1981	69 455	50 983
1957	113 946	98 290	1982	48 170	30 355
1958	132 228	117 550	1983	37 925	19 121
1959	28 450	16 252	1984	36 459	17 455
1960	19 169	7 739	1985	38 968	22 075
1961	17 161	9 303	1986	42 788	27 188
1962	16 415	9 657	1987	78 498	48 423
1963	15 483	9 522	1988	202 645	140 226
1964	20 842	13 611	1989	377 055	250 340
1965	24 342	14 644	1990	397 067	133 872
1966	28 193	17 315	1991	221 995	40 129
1967	26 475	10 856	1992	230 565	17 742
1968	23 397	8 435	1993	218 888	5 431
1969	30 039	9 536	1994	222 591	2 440
1970	19 444	5 624	1995	217 898	1 677
1971	33 637	25 241	1996	177 751	1 175
1972	23 895	13 482	1997	134 419	687
1973	23 063	8 903	1998	103 080	488
1974	24 507	7 825	1999	104 916	428
1975	19 657	7 040	2000 (1. Hj.)	44 815	180
1950 – 1. Hj. 2000			4 073 682		1 442 565

Statistik des Bundesverwaltungsamtes Köln; Beauftragter der Bundesrepublik für Aussiedlerfragen; Hj. = Halbjahr.



Ein aus Deutschland entsandter Lehrer beim Unterricht für die deutsche Minderheit an einer Grund- und Hauptschule in Walce (Walzen) Oberschlesien.

leichterte. Die Aussiedlungen der fünfziger und sechziger Jahre betrafen noch weitgehend die Deutschen außerhalb Masurens und Oberschlesiens und vorwiegend Angehörige der Mittel- und Oberschicht. Bei der verbleibenden Landbevölkerung überwog zunächst die Neigung, in der engeren Heimat zu bleiben. Je mehr mit den Jahren die Hoffnungen auf eine gewisse kulturelle Eigenständigkeit innerhalb des polnischen Staates schwanden, desto größer wurde der Wunsch zur Aussiedlung auch bei den bisher noch Unentschlossenen.

1976 nannten bei einer Umfrage unter 265 mehrheitlich aus Oberschlesien stammenden Aussiedlern als Hauptaussiedlungsgründe (wobei mehrere Antworten möglich waren): 194 (73,2 Prozent) hatten den Wunsch, „als Deutsche unter Deutschen“ zu leben. 89 (33,6 Prozent) nannten als Grund die Familienzusammenführung, 33 (12,5 Prozent) erwarteten größere Freiheit und Ordnung in Deutschland, 17 (6,4 Prozent) erhofften sich eine bessere Zukunft für ihre Kinder, 14 (5,3 Prozent) erwarteten wirtschaftliche Vorteile.

Der staatliche Polonisierungsdruck, der mit einer im Laufe der Zeit voranschreitenden sprachlichen und bewusstseinsmäßigen Assimilierung der Kinder einherging, verstärkte bei der älteren Generation die Neigung zur Aussiedlung, um die nationale Identität zu bewahren.

Die jüngere Generation, vor allem die nach 1945 Geborenen, hatte dagegen kaum Probleme wegen ihrer Abstammung. Sie sprach in der Regel fließend polnisch und solidarisierte sich in der gemeinsamen Ablehnung des kommunistischen Systems mit ihren polnischen Altersgenossen. Hier war es nicht zuletzt die Erwartung beruflicher und wirtschaftlicher Vorteile, welche die Aussiedlungsbereitschaft

verstärkte. Zumeist kamen aber beim Wunsch der Ausreise nach Deutschland mehrere Faktoren zusammen, wobei die Verweigerung von Minderheitenrechten vor allem im kulturellen Bereich wohl bei den meisten eine wichtige Rolle spielte.

Gegenwart

Seit Mitte der achtziger Jahre verstärkten sich bei den Deutschen in Oberschlesien die Bemühungen um Anerkennung, die in der zunächst illegalen Gründung von „Deutschen Freundschaftskreisen“ zur Wahrung ihrer Interessen und Rechte gipfelte. Die polnischen Behörden verweigerten bis zum Ende des kommunistischen Systems jede offizielle Anerkennung. Erst nach dem Polenbesuch von Bundeskanzler Helmut Kohl 1989 und seinem Treffen mit dem ersten nichtkommunistischen Premier Tadeusz Mazowiecki trat hier eine Änderung ein. Anfang 1990 wurden die Deutschen Sozial-Kulturellen Gesellschaften und Deutschen Freundschaftskreise in den Wojewodschaften Opole (Opole) und Kattowitz (Katowice) als Vertretungen der deutschen Minderheit von den Behörden anerkannt. Rasch kam es auch zu entsprechenden Gründungen in anderen Teilen des Landes. Die Gesamtzahl der in diesen Organisationen zusammengeschlossenen Deutschen betrug Ende 1990 300 000. Im September 1990 kam es zur Gründung eines Zentralrats der deutschen Gesellschaften in der Republik Polen als gemeinsamer Interessenvertretung.

Im Jahre 1991 wurde der deutsch-polnische „Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ abgeschlossen, der auch die Rechte der Deutschen in Polen festlegte. Zuvor hatte das wieder vereinigte Deutschland in einem Grenzvertrag mit Polen am 14. No-

vember 1990 die polnische Westgrenze an Oder und Lausitzer Neiße bestätigt und damit die deutsch-polnischen Beziehungen auf eine neue Grundlage gestellt.

Der Nachbarschaftsvertrag garantierte das Recht auf freien Gebrauch der Muttersprache, auf Gründung deutscher Bildungs-, Kultur- und Religionseinrichtungen und den ungehinderten Kontakt über die Grenzen. Die zwangsweise Polonisierung der Vor- und Familiennamen konnte von den Betroffenen rückgängig gemacht werden.

Rolle der Minderheit

Die Gesamtzahl der Deutschen in Polen kann auch nach der Entstehung deutscher Organisationen noch nicht genau angegeben werden. Anders als in Rumänien, Ungarn oder den Staaten der GUS waren und sind im deutsch-polnischen Grenzgebiet die nationalen Übergänge fließend.

Polnischen Schätzungen zufolge leben in Polen derzeit etwa 300 000 bis 400 000 Personen, welche sich als Deutsche bezeichnen. Deutsche Schätzungen gehen von mindestens 600 000 Deutschen in Polen aus. Die deutsche Minderheit in Polen hat auch nach der politischen Wende mit organisatorischen, politischen und gesellschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, insbesondere dort, wo die Deutschen in großer Zerstreuung leben. So sind die Deutschen außerhalb von Oberschlesien kaum in der Lage, ein deutsches Schulwesen aufzubauen. Ihre Akzeptanz in der polnischen Bevölkerung ist teilweise noch gering.

Bei den Mitgliedern deutscher Minderheitenorganisationen ist eine starke Überalterung festzustellen. Aktiv sind derzeit vor allem diejenigen, welche zumindest als Jugendliche noch die deutsche Zeit vor 1945 bewusst erlebt haben. Naturgemäß sind deshalb die Vorstellungen und Ziele der Mitglieder häufig noch an den Verhältnissen von vor 1945 orientiert.

Jugendliche sind in den Gruppen nur schwach vertreten. Wo eigene Jugendgruppen existieren, zeigen sich Generationskonflikte. Die Vorstellungen und Aktivitäten der älteren Generation finden bei den Jugendlichen kaum Widerhall. Dabei spielen nicht nur sprachliche Probleme eine Rolle, sondern vor allem unterschiedliche Interessen. Während die mittlere und ältere Generation der Minderheitenangehörigen ähnlich wie landsmannschaftliche Gruppierungen in Deutschland den Schwerpunkt auf die Pflege heimatlichen Brauchtums und geselliges Beisammensein legt, wird die junge Generation dadurch nicht angesprochen. Sie wollen vor allem im beruflichen Bereich eine Perspektive haben. Dass in dieser Lage in der ersten Zeit nach der Wende die Aussiedlung nach Deutschland, wo die meisten Verwandte besaßen, als attraktive Möglichkeit erschien, ist verständlich.

Die meisten Deutschen haben sich jedoch unter den neuen demokratischen Bedingungen und ihrer Anerkennung als nationale Minderheit in Polen zum Bleiben entschieden. Sie können ihre kulturellen Traditionen und die Verbindungen nach Deutschland pflegen und werden aus Deutschland unterstützt. Sie tragen heute ihren Teil zum Auf- und Umbau Polens und seiner Gesellschaft bei. Von Deutschland wie von Polen wird dabei stillschweigend geduldet, dass viele Deutsche in Polen faktisch eine Doppelstaatsbürgerschaft und neben ihrem polnischen Pass auch einen deutschen Pass besitzen. Schätzungen gehen davon aus, dass rund 200 000 Personen eine doppelte Staatsbürgerschaft haben.

Politische Vertretung

Mit ihrer Legalisierung wurde die deutsche Minderheit in ihrem geschlossenen Siedlungsgebiet Oberschlesien auch zu einer politischen Kraft. Dies zeigte sich bei den Wahlen, die seit 1990 in Polen stattgefunden haben. Zahlreiche Gemeinden im Oppelner Schlesien haben seither einen deutschen Bürgermeister, deutsche Vertreter sitzen in vielen Gemeinderäten und im Oppelner Landtag.

Bei den Parlamentswahlen im Jahre 1991 konnte die deutsche Minderheit sieben Abgeordnetenmandate und einen Senatsitz erringen, bei den Wahlen im September 1993 dagegen bei geringerer Wahlbeteiligung nur vier Abgeordnetenmandate und einen Sitz im Senat. Nach der Wahl 1997 hat die Minderheit ihren Senatsitz verloren, obgleich die Zahl der Stimmen für den deutschen Kandidaten gleich blieb. Sie wird im Parlament noch durch zwei Abgeordnete vertreten. Eine Erklärung für die schwindende Zahl der deutschen Vertreter wird in einem generellen Desinteresse der Minderheit an polnischer Politik gesehen. Ein weiterer Grund ist die zunehmende Integration der jüngeren Angehörigen der Minderheit in Polen, die ihre wichtigsten kulturellen Belange gesichert sehen und keine spezielle deutsche Lobby im Parlament mehr für notwendig halten.

Die sachliche, um Verständigung bemühte und von Loyalität zum polnischen Staat geprägte Tätigkeit der Minderheitspolitiker wird in Polen wie in Deutschland anerkannt. Für die Deutschen in Polen bedeutet ihre Parlamentsvertretung neben der politischen Aufwertung auch die Gewissheit, dass ihre Probleme auf höchster politischer Ebene zur Sprache gebracht werden können.

Aus der Bundesrepublik Deutschland wurde die deutsche Minderheit in Polen in den vergangenen Jahren nachhaltig, vor allem auch finanziell, unterstützt. Die Bundesregierung stellte für die Kulturarbeit der deutschen Minderheitenorganisationen seit Beginn der neunziger Jahre jährlich rund 25 Millionen Mark zur Verfügung. Dabei achtete man darauf, durch die Zuwendungen aus Deutschland die Trennung zwischen den Deutschen und ihren polni-

schen Nachbarn nicht unnötig zu vertiefen. Der größte Teil der Hilfsmaßnahmen kommt allen Bewohnern der jeweiligen Orte oder Regionen zugute. So wurden beispielsweise Krankenhäuser mit Geräten und Medikamenten ausgestattet oder die Wasserversorgung bestimmter Gebiete durch entsprechende Baumaßnahmen verbessert. Die Minderheitenorganisationen wurden durch Auf- und Ausbau von Begegnungszentren, Büchereien, Kultur- und Sprachlehrinstitutionen unterstützt.

Neben staatlichen Stellen erfährt die deutsche Minderheit durch zahlreiche Wohlfahrtsverbände, Organisationen und Privatpersonen weitere Unterstützung für ihre Arbeit. Hierbei ist in Deutschland wie in Polen die Tätigkeit deutscher landsmannschaftlicher Organisationen wie des Bundes der Vertriebenen, die auch politische Forderungen artikulieren, nicht unumstritten.

Die der deutschen Minderheit nach Abschluss des Grenzvertrages zugedachte Rolle einer Brücke zwischen Deutschland und Polen ist heute noch eine Zukunftsvision. Für viele Angehörige der Minderheiten geht es heute in erster Linie darum, das ihnen nach 1945 zugefügte Unrecht wiedergutzumachen und ihre nationale Identität zu sichern. Das ist ein langwieriger Prozess, bei dem allen Seiten Kompromisse abverlangt werden. In den Kreisen der deutschen Minderheit hatte man teilweise auch besonders hohe Erwartungen bezüglich der Hilfe aus der Bundesrepublik, die sich in der Praxis als unerfüllbar erwiesen. So wird von staatlicher deutscher Seite nichts unterstützt, was der Integration der deutschen Minderheit in der polnischen Gesellschaft – bei aller Förderung ihrer kulturellen Eigenart – zuwiderläuft. Auf der anderen Seite befürchteten viele Polen in Oberschlesien, bei Erfüllung aller Forderungen der deutschen Minderheit schließlich zu Fremden im eigenen Land zu werden. Diese heiklen Probleme kön-

nen nur durch gemeinsame Anstrengungen aller Beteiligten, der deutschen Minderheit, ihrer polnischen Nachbarn, des polnischen und des deutschen Staates, zu einem friedlichen und für alle Seiten akzeptablen Ende geführt werden.

Die Zeichen dafür sind günstig. So steht ein polnisches Minderheitenschutzgesetz kurz vor dem Abschluss, das eine besondere Behörde für Minderheitenbelange beim Ministerrat vorsieht. Dieser wird voraussichtlich ein beratendes Gremium aus Vertretern der Minderheiten zur Seite gestellt werden. Zahlreiche Probleme wie die Frage zweisprachiger Ortsschilder in den Siedlungsgebieten der Minderheiten oder das Recht zur Benutzung der Muttersprache im Behördenverkehr sollen ebenfalls zugunsten der Minderheiten entschieden werden.

Ein Vergleich der Aussiedlerzahlen der letzten Jahre zeigt deutlich, wie sehr aufgrund der offiziellen Anerkennung und der Entwicklung der deutschen Minderheitenorganisationen der Aussiedlungsdruck in Polen abgenommen hat (vgl. S. 7).

Die deutsche Minderheit in Polen bietet heute ein heterogenes Bild. Die ältere Generation hat sich wohl oder übel mit ihrer Existenz in Polen abgefunden, ist aber nicht wirklich in die polnische Gesellschaft integriert. Sie pflegt ein Heimat- und Kulturbewusstsein, das sich an der deutschen Vorkriegszeit orientiert. Für sie ist Deutsch noch die Muttersprache, auch wenn sie es teilweise nur in oberschlesischer oder masurischer Färbung spricht, und Deutschland der kulturelle Bezugspunkt. Die jüngere Generation dagegen ist ein integrierter Teil der polnischen Gesellschaft, sprachlich und kulturell ganz überwiegend polnisch geprägt, für die der Bezug zu Deutschland allenfalls noch eine mehr oder weniger ausgeprägte Familientradition darstellt.



Vorwiegend ältere Menschen sind noch wie hier, im Gemeindehaus von Kotulin/Oberschlesien, an der Pflege deutschsprachiger Lieder interessiert.

Foto: Ullstein Bilderdienst

Geschichte der Deutschen in Rumänien

Anneli Ute Gabanyi

Seit über 850 Jahren leben auf dem Territorium des heutigen rumänischen Staates Deutsche. Die Siedlungsgebiete der meisten deutschen Gruppen – Siebenbürger Sachsen, Banater und Sathmarer Schwaben, Bessarabiendeutsche, Buchenlanddeutsche, Dobrudschadeutsche, Landler, Durlacher, Deutschböhmern, Steyrer, Temeswarer, Zipser – waren Rumänien erst nach dem Ersten Weltkrieg auf der Grundlage der in den Jahren 1919 und 1920 geschlossenen so genannten Pariser Vorortverträge zugesprochen worden. In Bessarabien, einem Teil des rumänischen Fürstentums Moldau, das zwischen 1812 und 1918 von Russland annektiert war, lebten seit Beginn des 19. Jahrhunderts Deutsche. Die Buchenlanddeutschen siedelten seit dem Ende des 18. Jahrhunderts in der bis 1918 zu Österreich gehörenden Bukowina. Die Sathmarer Schwaben wurden im 18. Jahrhundert im Nordwesten Rumäniens von ungarischen Grundherren angesiedelt. Zur Zeit Kaiser Karls VI. und der Kaiserin Maria Theresia wurden zudem Protestanten aus den österreichischen Erblanden, die sogenannten Landler, zwangsweise in drei auf siebenbürgisch-sächsischem Gebiet gelegene Gemeinden „umgesiedelt“, wo sie Brauchtum und Idiom beibehalten haben.

Bei der Volkszählung des Jahres 1930 bekannten sich 745 421 (4,1 Prozent) von insgesamt 18 057 028 rumänischen Staatsbürgern zur deutschen Nationalität, 1977 wiesen die rumänischen Statistiken 227 398 Deutsche (1,1 Prozent) aus. Bei der letzten Volkszählung vom 7. Januar 1992 wurden in Rumänien nur noch 119 646 Deutsche gezählt. Das entsprach 0,5 Prozent der Gesamtbevölkerung von damals 22 810 035. Zur Jahresmitte 1997 war der Anteil der Deutschen in Rumänien weiter gesunken. Schätzungen sprechen von 50 000 Deutschen (0,3 Prozent); die politische Vertretung der Rumäniendeutschen, das Demokratische Forum der Deutschen, geht hingegen noch von einer Zahl von knapp 100 000 in Rumänien verbliebenen Deutschen aus. Damit ist ein Kapitel deutscher Siedlungsgeschichte in Rumänien in seiner bisherigen Form zu Ende gegangen. Die Zahl der Deutschen aus Rumänien, die sich seit 1950 in der Bundesrepublik Deutschland niedergelassen haben, lag zum Ende des Jahres 1999 bei rund 430 000. Das entspricht zwölf Prozent aller Vertriebenen und Aussiedler in diesem Zeitraum.

Historischer Überblick

Die in Rumänien lebenden Deutschen unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Herkunftsgebiete, dem Zeitpunkt ihrer Einwanderung, ihrer Siedlungsgebiete und ihrer historischen Entwicklung. Die beiden zahlenmäßig wichtigsten noch in Rumänien verbliebenen Siedlergruppen umfassen zu ungefähr gleichen Teilen die Siebenbürger Sachsen, die im zentralrumänischen Hochland zwischen den West-, Ost- und Südkarpaten siedeln, und die Banater Schwaben in dem im Westen Rumäniens gelegenen Gebiet, das durch die Flüsse Donau, Theiss und Mieresch sowie durch das Karpatenbergländ begrenzt wird.

Die Niederlassung der Siebenbürger Sachsen, der ältesten deutschen Siedler auf dem Territorium des heutigen Rumänien, im „Lande jenseits der Wälder“, erfolgte im 12. Jahrhundert im Zuge der deutschen Ostkolonisation. Die ersten „deutschen Gäste“, die in der Hermannstädter Provinz angesiedelt wurden, folgten dem Ruf des ungarischen Königs Geysa II. (1141–1161) zum Schutz der Grenzen gegen Mongolen- und Tatareneinfälle sowie zur wirtschaftlichen Erschließung des Landes. Durch Innenkolonisation und neue Siedlerzüge wurde der den deutschen Kolonisten zugewiesene „Königsboden“ besiedelt. Name und Urheimat der Siebenbürger Sachsen – die Bezeichnung „Sachsen“ geht auf die mittelalterliche ungarische Kanzleisprache zurück – konnten nicht eindeutig bestimmt werden. Es gilt als gesichert, dass „unsere getreuen deutschen Gastsiedler“, wie sie 1224 in der ersten erhaltenen Reichsverleihung durch den ungarischen König Andreas II., dem so genannten „Goldenen Freibrief“, bezeichnet wurden, aus dem linksrheinischen fränkischen Raum nach Osten gezogen sind. In dem „Andreanum“ sind der besondere Status und die Vorrechte der ersten deutschen Siedlergruppe fixiert, die danach auf den gesamten Siedlungsraum der Siebenbürger Sachsen ausgedehnt wurden. Die deutschen Siedler waren nur dem ungarischen König untertan und wählten ihre „Sachsengrafen“ selber.

Zu ihren wichtigsten Privilegien gehörten außerdem die freie Richter- und Pfarrerwahl, die Gerichtsbarkeit nach eigenem Gewohnheitsrecht, Zollfreiheit und die freien Märkte. Im Gegenzug verpflichte-

ten sich die Kolonisten – Bauern, Handwerker und Bergleute – dem König einen Jahreszins zu entrichten sowie Kriegsdienst zu leisten. Die zum Schutz ihrer Wohnstätten errichteten Wehrkirchen und Kirchenburgen prägen auch heute noch das siebenbürgisch-sächsische Siedlungsgebiet.

Als oberstes Verwaltungs- und Rechtsgremium fungierte seit 1486 die „Sächsische Nationsuniversität“. Zusammen mit dem seit 1583 geltenden Eigen-Landrecht bildete sie die Basis der spezifischen Form der siebenbürgisch-sächsischen Selbstverwaltung. Zur politischen Selbständigkeit gesellte sich dank des 1542/1543 vollzogenen Übertritts der Siebenbürger Sachsen zum lutherischen Glauben die Unabhängigkeit ihrer evangelisch-lutherischen Kirche. Seit 1557 herrschte in Siebenbürgen Religionsfreiheit. Volksschulen waren in Siebenbürgen bereits im 14. Jahrhundert belegt, zu Beginn des 16. Jahrhunderts hatte fast jede siebenbürgisch-sächsische Gemeinde ihre Schule. 1541 wurde das erste Gymnasium gegründet, 1722 die allgemeine Schulpflicht eingeführt.

Jahrhundertlang war es den Siebenbürger Sachsen allen Kriegswirren und politischen Verwerfungen zum Trotz möglich gewesen, sich als ständische Nation zu behaupten und die Struktur ihres Gemeinwesens zu bewahren. Dies galt für die Zeit nach der Schlacht von Mohács 1526, als Siebenbürgen ein von Ungarn unabhängiges Fürstentum wurde und gegenüber den Türken tributpflichtig war, und es galt nach 1687 für die Herrschaft der Habsburger. Erst nach dem 1867 erfolgten Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn und der Gründung der Doppelmonarchie, als Siebenbürgen Teil des Königreichs Ungarn wurde, kam es im Jahre 1876 zur Aufhebung ihrer politischen Autonomie.

Die Banater Schwaben kamen im 18. Jahrhundert im Zuge einer groß angelegten Kolonisierungsaktion, nachdem das Banat nach mehr als fünfzigjähriger Türkenherrschaft im Jahre 1716 in eine Provinz des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation umgewandelt worden war. Um das verwüstete, menschenleere Sumpfgebiet wieder urbar zu machen und dort Gewerbe und Handel zu beleben, wurden Bauern, Handwerker, Berg- und Facharbeiter aus dem westlichen Grenzraum des deutschen

Sprachraums als Kolonisten angesiedelt. In drei so genannten „Schwabenzügen“ kamen die deutschen Siedler ins Banat. Ungefähr 15000 bis 20000 folgten dem Ruf Kaiser Karls VI. in den Jahren 1722 bis 1726. Während der Regierungszeit Kaiserin Maria Theresias (1740–1780) wurden weitere 22355 deutsche Siedler dort ansässig. Der Dritte Schwabenzug unter Kaiser Josef II. (1780–1790) brachte nochmals etwa 30000 Familien auf den kaiserlichen Kameraldomänen zur Ansiedlung.

Banater Schwaben sind, von wenigen Ausnahmen abgesehen, ebenso wenig „Schwaben“ wie die Siebenbürger Sachsen „Sachsen“ sind. Der Name geht auf die – im ungarischen Kanzleidiom übliche – Bezeichnung für die neuzeitlichen deutschen Ansiedler zurück. Die Banater Schwaben stammen vorwiegend aus den linksrheinischen Gebieten Rheinpfalz, Rheinhessen, Trier, Lothringen sowie aus Franken, in geringerer Zahl auch aus Bayern, Schwaben und den österreichischen Alpenländern. Im Laufe der Zeit hat sich bei ihnen die rheinfränkisch-pfälzische Mundart durchgesetzt.

Den banatdeutschen Siedlern, die hochentwickelte Agrar- und Handwerkstechniken mitbrachten, wurden mehrere Jahre Abgabefreiheit sowie eine eigene Verwaltung und Gerichtsbarkeit zugestanden. Viele mussten sich erst aus der Erbuntertänigkeit in ihren Herkunftsgebieten loskaufen. Nach der 1778 erfolgten Eingliederung des Banats in den ungarischen Staatsverband gerieten die Schwaben unter Assimilationsdruck seitens der neuen Verwaltung. Anders als die Siebenbürger Sachsen konnten sie nicht auf gewachsene politische Strukturen, eine eigene Nationalkirche und eine gefestigte kulturelle Identität zurückgreifen. Dadurch wurden die politischen und geistigen Eliten ihrer Sprache und Tradition stärker entfremdet, als dies bei den Siebenbürger Sachsen nach 1867 der Fall war.

Situation zwischen 1918 und 1944

Nach dem Zusammenbruch der Donaumonarchie sprachen sich Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben im Jahre 1919 in getrennten Erklärungen ausdrücklich für die Zugehörigkeit zum Königreich Rumänien aus. Sie taten dies in der Erwartung, ihren wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Status unter den neuen geschichtlichen Bedingungen abzusichern, wenn nicht sogar zu verbessern. In den Pariser Vorortverträgen von 1919 bis 1920 wurde Rumänien Siebenbürgen, die Nordbukowina und die Südbukowina zugesprochen. Der Botschafterrat in der Nachfolge der Pariser Friedenskonferenz erkannte die Zugehörigkeit Bessarabiens zu Rumänien an.

Der neue rumänische Staat verwirklichte jedoch nur einen Teil der den Minderheiten gemachten Versprechungen der so genannten „Karlsburger Beschlüsse“ vom 1. Dezember 1918. Zwar hatte die rumäni-

sche Regierung den Siebenbürger Sachsen die kulturelle Gruppenautonomie gewährt, doch im Zuge der 1921 eingeleiteten rumänischen Agrarreform wurde das Nationalvermögen der Siebenbürger Sachsen weitgehend enteignet. Die evangelische Kirche, welche die Schulautonomie besaß, verlor mehr als die Hälfte ihres Grundbesitzes. Dadurch wurden die Mittel für das deutschsprachige Schulwesen der Siebenbürger Sachsen erheblich geschmälert. Zudem wurde der den Minderheiten zugesagte muttersprachliche Unterricht durch die Einführung rumänischsprachiger Pflichtfächer reduziert, der Zugang nichtrumänischer Studenten zu den Universitäten erschwert. Versuche der Bukarester Regierung, ein die ethnischen Rumänen begünstigendes Einstellungsverfahren auch in der Wirtschaft einzuführen, scheiterten am Einspruch des Völkerbundes. Dank der vergleichsweise demokratischen politischen Rahmenbedingungen – eine politische Vertretung im Parlament sowie Presse- und Versammlungsfreiheit – war es der deutschen Minderheit jedoch möglich, ihre Rechte einzufordern und gegebenenfalls zu verteidigen.

Nach dem Ersten Weltkrieg gewannen analog zum Aufstieg autoritärer, nationalistischer Regime in Europa auch unter den Rumäniendeutschen nationalsozialistische „Erneuerungsbewegungen“ Zulauf. Deren militante Vertreter kamen nicht nur mit konservativen Politikern in Konflikt, die in dem Ausgreifen der nationalsozialistischen Ideologie eine Gefahr für die Deutschen in Rumänien sahen, sondern auch mit der rumänischen Regierung. Erst das Einschwenken der rumänischen Außenpolitik auf die Linie der Achsenmächte eröffnete Berlin die Möglichkeit, die politische, wirtschaftliche und kulturelle Organisation der Rumäniendeutschen umfassend auf das Dritte Reich auszurichten. Am 20. November 1940 erließ die rumänische Regie-

rung unter General Ion Antonescu ein Gesetz, welches der „Deutschen Volksgruppe in Rumänien“ den Status einer juristischen Person des öffentlichen Rechts verlieh. Dieses auf dem Prinzip der Personalautonomie der – deutschen – Minderheiten gegründete System war Ungarn und Rumänien im Jahre 1940 von Deutschland oktroyiert worden.

Anfang vom Ende: Krieg, Flucht, Verfolgung

Die Politik des Deutschen Reiches gegenüber Rumänien wirkte sich unmittelbar auf das Schicksal der dort lebenden deutschen Bevölkerung aus. Im Anschluss an die Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes besetzte die Sowjetunion am 26. Juni 1940 die Gebiete Bessarabien und die Nordbukowina, die Hitler in einem geheimen Zusatzprotokoll zu diesem Pakt der sowjetischen Einflussphäre zugestanden hatte. Noch vor dem sowjetischen Einmarsch wurden Deutsche aus diesen Gebieten zwangsweise in das damalige Reichsgebiet (Danzig-Westpreußen, Wartheland, Oberschlesien, kleinere Gruppen auch in das Protektorat Böhmen und Mähren, das Sudetenland und Lothringen-Luxemburg) umgesiedelt. Danach vereinbarte Berlin mit der rumänischen Führung auch die Umsiedlung der Deutschen aus der Südbukowina, der Dobrudscha und dem rumänischen Altreich. Dies betraf insgesamt 214630 Personen.

In dem Vertrag von Craiova trat Rumänien die Süddobrudscha an Bulgarien ab, am 30. August 1940 verfügte der Zweite Wiener Schiedsspruch die Teilung Siebenbürgens und die Angliederung Nordsiebenbürgens an Ungarn. Damit wurde erstmals in der Geschichte das Siedlungsgebiet



Bäuerliche Szenerie um die Kirchburg von Hetzelsdorf/Siebenbürgen, etwa 1935.

Foto: Ulfstein Bilderdienst

der Siebenbürger Sachsen geteilt; 70 000 Deutsche wurden zu ungarischen Staatsangehörigen. Durch all diese Territorialveränderungen und Bevölkerungsverschiebungen reduzierte sich die Zahl der in Rumänien lebenden Deutschen um mehr als ein Drittel.

Im Februar 1942 bzw. im Mai 1943 schloss Deutschland Abkommen mit Ungarn bzw. Rumänien, wonach die wehrfähigen Deutschen aus Nord- und Südsiebenbürgen zur Waffen-SS eingezogen wurden. Weitere Männer wurden in Einheiten der Wehrmacht, in der deutschen Rüstungsindustrie sowie in der Organisation Todt, einer technischen NS-Spezialtruppe, die im Krieg Aufgaben im militärischen Bauwesen übernahm, eingesetzt. Rund 15 Prozent von ihnen fielen im Krieg. Von den Überlebenden konnten nur wenige Tausend nach Rumänien zurückkehren, wo sie verhaftet und zum Teil jahrelang in Gefangenschaft gehalten wurden.

Um seine im Jahre 1940 verlorenen Territorien wiederzugewinnen, nahm Rumänien an der Seite des Deutschen Reiches am Russlandfeldzug teil. Mit dem am 23. August 1944 durchgeführten Staatsstreich gegen Marschall Ion Antonescu wechselte Rumänien auf die Seite der Alliierten, doch der damit verbundene Versuch, bei den Friedensverhandlungen als mit-kriegsführende Nation anerkannt zu werden, scheiterte. Die Eingliederung Rumäniens in das sowjetisch beherrschte Staatensystem und die zwangsweise kommunistische Umgestaltung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft waren nicht mehr aufzuhalten.

Nach dem Frontwechsel und der Besetzung Rumäniens durch sowjetische Truppen entstand für die auf rumänischem Staatsgebiet lebenden Deutschen eine völlig neue Lage von weit reichender, schicksalhafter Bedeutung. Allein die Deutschen aus dem ungarisch verwalteten Nordsiebenbürgen sowie aus Teilen des Banats konnten bis zum Jahresende 1944 evakuiert werden. Für die in Südsiebenbürgen und im rumänischen Altreich Zurückgebliebenen begannen Jahre der Entrechtung, Verschleppung und Diskriminierung, die ihren Willen, in den alten Siedlungsgebieten auszuharren, entscheidend schwächten.

Eine Vertreibung der Deutschen aus Rumänien oder massive gewaltsame Ausschreitungen seitens der Mehrheitsbevölkerung gegen Deutsche fanden zwar nicht statt. In den ersten Nachkriegsjahren übten die von der Sowjetunion eingesetzten Behörden im besetzten Rumänien jedoch Rache an den Deutschen, denen sie eine Kollektivschuld an der „Teilnahme Rumäniens am antisowjetischen Krieg und der Besetzung Rumäniens durch Nazideutschland“ zuwiesen.

So wurde im Januar 1945 die arbeitsfähige deutsche Bevölkerung Rumäniens – Män-



Foto: bildarchiv preussischer kulturbesitz

Ein scheinbar friedliches Leben im Jahre 1942. Marktszene in Kronstadt/Siebenbürgen.

ner zwischen 17 und 45 und Frauen zwischen 18 und 30 Jahren – zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion deportiert. Diese „Reparationsverschleppung“ war von den sowjetischen Besatzern angeordnet worden. Rumänische Polizei- und Armeeangehörige wurden an der Durchführung der Aktion beteiligt, nachdem Proteste rumänischer Regierungsvertreter sowie des rumänischen Königs bei den Westalliierten erfolglos geblieben waren. Ungefähr 15 Prozent der insgesamt 75 000 Deportierten kamen dabei ums Leben, von den Heimkehrenden wurden viele aus der Sowjetunion in die neu gegründete DDR entlassen, andere gelangten in die Bundesrepublik Deutschland sowie nach Österreich. Damit wurden Familien zerrissen, die nach Jahren der Trennung im Zuge der Ausreise ihrer in Rumänien verbliebenen Angehörigen auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland zusammengeführt werden konnten.

Allein die Deutschen verloren zeitweilig alle politischen Rechte. Das am 7. Februar 1945 erlassene Minderheitenstatut, welches die Gleichberechtigung aller Staatsbürger ohne Unterschied der Nationalität postulierte, galt nicht für die Mitglieder der deutschen Volksgruppe. Aus demselben Grund blieb den Rumäniendeutschen zwischen 1946 und 1950 auch das Wahlrecht verwehrt. Durch das Agrarreformgesetz vom 23. März 1945 verloren sie ihren landwirtschaftlichen Grundbesitz sowie ihre Häuser mit lebendem und totem Inventar. Damit wurde den rumäniendeutschen Bauern – im Jahre 1945 machten sie noch 77 Prozent der gesamten deutschen Bevölkerung aus – ihre wirtschaftliche Lebensgrundlage entzogen.

Nach der Ausrufung der Volksrepublik am 30. Dezember 1947 waren Deutsche ebenso wie die Mehrheitsbevölkerung und die anderen Minderheiten von den Maßnahmen im Zuge des „sozialistischen Auf-

bauprozesses“ betroffen. Mit dem Verstaatlichungsgesetz vom 11. Juni 1947 wurden alle privaten Industrie-, Gewerbebetriebe und Banken Rumäniens in Staatseigentum überführt, im August 1948 wurden die Schulen verstaatlicht.

Die geistigen und politischen Eliten der Deutschen wurden nach 1948 ebenso wie die der Rumänen oder Ungarn in Gefängnisse gesperrt oder in Straf- und Arbeitslager verbannt. Im Juni 1951 kam es im Zuge der sowjetisch-jugoslawischen Kontroverse zu einer Umsiedlungsaktion im Banat, bei der auch schätzungsweise 30 000 bis 40 000 Deutsche in die südsiebenbürgische Tiefebene verschleppt wurden. 1952 wurden zahlreiche Städte, darunter auch Deutsche, aus mehreren großen Städten zwangsevakuiert.

Nach dem Tode Stalins trat in Rumänien auch für die deutsche Minderheit eine Wende zum Besseren ein. Die Zwangslager wurden bis 1964 aufgelöst, die innerhalb Rumäniens Deportierten und Evakuierten durften in ihre Wohnorte zurückkehren und ein Teil der enteigneten Häuser und Höfe wurde an die Betroffenen zurück gegeben. Trotz der Rücknahme der einseitig diskriminierenden Maßnahmen war jedoch nicht zu übersehen, dass die Deutschen in Rumänien in ihrer Substanz schwer getroffen waren.

Daran änderte auch die Tatsache nichts, dass die Deutschen in Rumänien nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs das Recht auf Schulbildung in der Muttersprache bis zum Abitur nie verloren hatten. Dies ist auch der Grund für die – im Vergleich zu Aussiedlern aus anderen Gebieten – ausgezeichnete deutsche Sprachkompetenz, die ihrer raschen wirtschaftlichen und sozialen Eingliederung nach Aussiedlung in die Bundesrepublik Deutschland sehr förderlich war.

Ausreisen

In den ersten Jahren nach dem Machtantritt des neuen rumänischen Staats- und Parteichefs Nicolae Ceaușescu im Jahre 1965 erreichten die begrenzten Liberalisierungsmaßnahmen des Regimes auch die Rumäniendeutschen. Im Jahre 1968 kam es zur Gründung eines so genannten „Rates der Werktätigen deutscher Nationalität“. Es wurden neue deutsche Zeitungen und Zeitschriften ins Leben gerufen, ein Minderheitenverlag gegründet, deutsche Fernsehsendungen eingeführt sowie der landeskundlichen Forschung mehr Spielraum gewährt. Die Minderung des innenpolitischen Drucks und die zeitweilige Liberalisierung fanden jedoch unter den Deutschen nicht das vom Regime erwünschte positive Echo.

Vieles von dem, was seit Kriegsbeginn geschehen war, ließ sich nicht mehr rückgängig machen: die Trennung zahlreicher Familien infolge Krieg, Flucht und Deportation, die Zerstörung der wirtschaftlichen Existenzgrundlage der Deutschen in Stadt und Land, die soziale Deklassierung, die Zerstörung der gewachsenen dörflichen Gemeinschaften sowie der städtischen Mittelklasse, die Liquidierung eines Teils der rumäniendeutschen Eliten, der Verlust des ethno-kulturellen Identitätsgefühls sowie die zunehmende Isolierung vom deutschen Sprach- und Kulturraum.

Nach der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Bukarest 1967 trat für die Rumäniendeutschen das Ziel der Ausreise in den Vordergrund. Sie setzten auf die Fürsprache der Bundesregierung und auf die Bereitschaft der rumänischen Führung, humanitäre Fragen wie die Zusammenführung getrennter Familien im Einklang mit den bei der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte von 1975 eingegangenen internationalen Verpflichtungen zu lösen.

Die deutsche Bundesregierung hatte unter wechselnden Regierungen konsequent an ihrem doppelten Fürsorgeprinzip – Hilfe für die Bleibenden und zugleich Unterstützung für die Ausreisewilligen – festgehalten. Nach der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen stieg die Zahl deutscher Aussiedler aus Rumänien rasant an – von ungefähr 900 pro Jahr im Zeitraum 1950 bis 1967 auf durchschnittlich 3400 jährlich zwischen 1968 und 1971. Zwischen 1973 und 1977, als das Verfahren bereits in einigermaßen geregelten Bahnen verlief, erreichten die Aussiedlerzahlen durchschnittlich 7200 Personen pro Jahr. Anlässlich seines Rumänienbesuchs im Januar 1978 traf Bundeskanzler Helmut Schmidt mit Rumäniens Staats- und Parteichef Nicolae Ceaușescu eine Vereinbarung, wonach Rumänien sich verpflichtete, jährlich zwischen 12000 und 16000 Deutschen die Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland zu gestatten. Im Gegenzug sagte der Bundeskanz-

ler die Zahlung eines Pauschalbetrags pro Aussiedler zu. Dieser Betrag stieg von 5000 DM im Jahre 1978 auf 7800 DM zum Zeitpunkt der Wende an.

Seit Beginn der 1980er Jahre verschlechterte sich die Lage der deutschen Minderheit in Rumänien in erheblichem Maße. Infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise im Lande sank der Lebensstandard der gesamten Bevölkerung auf das niedrigste Niveau nach Kriegsende. Seitdem die rumänische Führung den Nationalismus der Mehrheitsbevölkerung zur Staatsideologie erhoben hatte, wuchs der Assimilationsdruck auf die Minderheiten. Der Gebrauch der Muttersprache in der Öffentlichkeit wurde eingeschränkt und viele der begrenzten Liberalisierungsmaßnahmen der sechziger Jahre im kulturellen und schulischen Bereich wurden zurückgenommen.

Die wachsenden Aussiedlerzahlen hatten einen verhängnisvollen Rückkoppelungseffekt zur Folge: Die örtlichen Gemeinschaften zerfielen sowie sinkende Lehrer- und Schülerzahlen an den deutschen Schulen führten zu einem verschlechterten Unterrichts- und Bildungsangebot. Als sich der Eisernen Vorhang nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Ceaușescu-Regimes am 22. Dezember 1989 öffnete, verließen innerhalb von sechs Monaten 111 150 Deutsche Rumänien.

Chancen und Risiken des Verbleibs in Rumänien

Viele Rumäniendeutsche zogen den „ungewissen Neubeginn“ in der Bundesrepublik Deutschland einem „noch ungewisseren Neubeginn in der Heimat vor“. Einer der Hauptgründe dafür war zweifellos der von über 80 Prozent der Deutschen lange vor der Revolution von

1989 gefasste Entschluss, Rumänien zu verlassen. Sie waren nicht bereit, ihre Entscheidung zu überdenken und verließen fluchtartig das Land. Misstrauen prägte das Bewusstsein auch jener Rumäniendeutschen, die ihren Ausreisewunsch wegen der erschwerten Einreise in die Bundesrepublik Deutschland aufschieben mussten. Auch herrschte – und herrscht – in Rumänien immer noch ein erhebliches Maß an Rechtsunsicherheit. Jene Deutschen, die im Vertrauen auf eine liberalere Wirtschaftsgesetzgebung einen Neuanfang wagen wollen, haben nicht selten mit Behördenwillkür und Korruption zu kämpfen. Die marktwirtschaftlichen Reformen schreiten langsamer voran als erwartet, die Wirtschaft stagniert, westliche Investitionen fließen zäh. Hinzu kommen die sozialen Härten des Transformationsprozesses, steigende Kriminalitätsziffern und nicht zuletzt auch die fehlende Perspektive für eine baldige Aufnahme Rumäniens in die europäischen und atlantischen Sicherheitsstrukturen.

Von den Deutschen in Rumänien werden allerdings die seit 1989 erfolgten positiven Veränderungen ihrer rechtlichen Lage nur unzureichend wahrgenommen. So wurden in der am 21. November 1991 verabschiedeten neuen rumänischen Verfassung die Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger und das Recht der nationalen Minderheiten auf die „Bewahrung, Entwicklung und Äußerung ihrer ethnischen, kulturellen, sprachlichen und religiösen Identität“ verankert. Zudem garantiert die Verfassung allen Parteien und Organisationen der nationalen Minderheiten, die bei den Wahlen nicht die für einen Parlamentssitz erforderlichen Stimmen erzielen konnten, je einen Abgeordnetensitz.

Die Deutschen kamen ebenso wie das rumänische Mehrheitsvolk in den Genuss der neu gewährten Presse- und Versamm-



Fuhrwerke auf der Dorfstraße von Frauendorf, Siebenbürgen, Mitte der sechziger Jahre.

Deutscher Bürgermeister im rumänischen Hermannstadt

Seit kurzem werden in Hermannstadt (rumänisch: Sibiu) in der Frühe schon die Hauptstraßen gewaschen. Das neue Regime bei der Stadtreinigung hängt direkt mit dem Amtsantritt von Bürgermeister Klaus Johannis zusammen. In seiner ersten Arbeitswoche als Stadtoberhaupt hat er die Zahl der Straßenreiniger von dreißig auf hundert angehoben. Als nächstes will er sich um die Müllabfuhr kümmern.

Mitte Juni ist der 41-jährige von den Wählern der siebenbürgischen Großstadt überraschend als Bürgermeister auserkoren worden. Anfang dieses Monats hat Klaus Johannis sein Amt angetreten und nicht lange gezögert, erste Zeichen zu setzen. Man spürt, da muss einer seinem Image gerecht werden: Die Wahl hat über die Landesgrenzen hinaus für Aufsehen gesorgt. Wie kann ein Deutscher, Angehöriger einer kleinen Minderheit, Bürgermeister einer rumänischen Stadt werden? „Die Rumänen glauben, dass er als Deutscher wenigstens nicht stiehlt“, hatte Ilie Serbanescu, ein bekannter Publizist und Zeitungsherausgeber im fernen Bukarest, noch ironisch überspitzt formuliert.

Das Demokratische Forum der Deutschen in Rumänien (DFDR) hatte den Schulinспекtor Klaus Johannis zum Kandidaten gemacht. [...] Die Siebenbürger Sachsen in der 170 000 Einwohner großen Stadt können nicht allein den Newcomer ins Amt gehoben haben. Die deutsche Minderheit ist in den vergangenen zehn Jahren auf 2000 Köpfe geschrumpft. Ein Mehrfaches, nämlich 46 000 Bürger, haben jedoch Johannis die Stimme gegeben.

Klaus Johannis sieht seinen Walsieg als Ausdruck der Politikverdrossenheit im Land. „Wir haben in unserem Wahlkampf darauf gesetzt, dass die Bürger keine klassische Partei wählen wollen“, sagt der Bürgermeister selbstbewusst. [...] Eigentlich haben die Rumänen zehn Jahre nach der Wende das Vertrauen in die Politikerkaste überhaupt verloren. Einzig in Hermannstadt hatten die Bürger eine Alternative, und sie nutzten sie.

Im Wahlkampf, betont der neue Bürgermeister, sei die ethnische Zugehörigkeit kaum offen angesprochen worden. Einzig ein Konkurrent stellte einmal zwischen den beiden Wahlgängen die spöttische Frage, ob denn die Bürger von Hermannstadt wirklich glaubten, dass der Deutsche nun allen ein Visum Richtung Westen verschaffen werde. Klaus Johannis sieht seine Wahl auch als Zeichen für das Klima der Toleranz in der Stadt und als positives Beispiel für den ganzen Balkan.

Dafür spricht, dass seit kurzem – noch vor der Wahl – an den Einfahrtsstraßen von Hermannstadt/Sibiu zweisprachige Ortsschilder montiert worden sind. Klaus Johannis will andererseits nicht verheim-

lichen, dass seine Zugehörigkeit zur deutschen Minderheit die Wahlchancen positiv beeinflusst hat. Die Deutschen von Hermannstadt gelten als fleißig, ernsthaft und unbestechlich: „Das ist die ganze Palette der Tugenden, die uns zugeschrieben werden“, zuckt Klaus Johannis etwas hilflos mit den Schultern. Nicht umsonst kennt die rumänische Sprache die Redewendung von der „deutschen Sache“, wenn etwas besonders gut gelaufen ist. [...]

„Die Leute vermuten, dass ich als Deutscher gute Kontakte zu Europa und besonders nach Deutschland habe“, weiß Johannis. Deutschland ist noch immer das Land, das man bewundert. Der neue Stadtvater wird da als Türöffner Richtung Westen gesehen, als Mann, der Investoren in die Stadt im Zentrum Rumäniens locken soll. Andere Regionen, etwa im Westen an der Grenze zu Ungarn oder im Umfeld von Bukarest, haben da bisher mehr abbekommen. Der Bürgermeister zweifelt nicht daran, dass er potentielle Interessenten stärker auf Hermannstadt aufmerksam machen kann: Das deutsche Forum habe schon immer Brückenfunktion gehabt. Einiges an humanitärer Hilfe, die allen Bürgern der Stadt zugute kam, ist in den ersten Jahren über das Forum gelaufen. [...]

Als Bürgermeister der Deutschen von Hermannstadt will sich Klaus Johannis gewiss nicht sehen. Das wäre auf Dauer auch kein Programm. Die Abwanderung der Siebenbürger Sachsen, deren Verfahren vor Jahrhunderten als Siedler gekommen waren, ist zwar gestoppt. Doch mit nur noch 2000 Angehörigen sei die kritische Schwelle längst unterschritten. In Hermannstadt waren es 1990 rund zehn Mal mehr. Doch noch immer gibt es eine deutsche Wochenzeitung, eine deutsche Abteilung am Stadttheater und deutsche Schulen vom Kindergarten bis zum Gymnasium. Als ehemaliger Schulinспекtor ist Klaus Johannis darauf besonders stolz: „Nicht weil Deutsch gesprochen wird, sondern weil die Qualität besonders gut ist, schicken die Eltern ihre Kinder hin.“ Mit dem Nachwuchs der deutschen Minderheit könnte man die Klassen längst nicht mehr füllen. Bis zu 90 Prozent der Schüler sind Rumänen, die sich durch den Besuch der deutschen Schule bessere Berufschancen ausrechnen.

„Jemand, der bewusst Deutsch lernt, zeigt vielleicht ein größeres Interesse als jemand, der von zu Hause noch ein paar Brocken kann“, zeigt sich Johannis gelassen. Die Tatsache, dass in Hermannstadt deutsche Kultur vermittelt werde, müssten auch potentielle Investoren als Standortvorteil erkennen: Mit diesem Satz wirbt Klaus Johannis für seine Stadt.

Stephan Israel, „Einer, der wenigstens nicht stiehlt“, in: Frankfurter Rundschau vom 18. Juli 2000.

lungsfreiheit. Den 1945 zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion deportierten Deutschen wurden Entschädigungen gewährt. Das Demokratische Forum der Deutschen in Rumänien (DFDR) konnte sich als echte Interessenvertretung der Rumänendeutschen etablieren.

Die aus den Parlamentswahlen vom November 1996 hervorgegangene Koalitionsregierung aus Christdemokraten, Sozialdemokraten und Liberalen, an der auch die Vertretung der ungarischen Minderheit beteiligt ist, setzte in der Geschichte Rumäniens qualitativ neue Standards. Der rumänische Außenminister Adrian Severin entschuldigte sich öffentlich für die in kommunistischer Zeit an den Deutschen begangenen Verbrechen.

Erstmals nimmt ein Vertreter der deutschen Minderheit das Amt eines Staatssekretärs in dem unmittelbar beim Amt des Premierministers angesiedelten Minderheitendepartement wahr. Es wurde ein interministerieller Rat zum Schutz der Minderheiten gegründet; ein Minderheitenrat vertritt auch die Interessen der nichtpolitischen Minderheitenorganisationen. Die neue Regierung traf außerdem wichtige Entscheidungen zugunsten der Minderheiten und nicht zuletzt auch der Deutschen: Die Entschädigungen für die Deportierten wurden erhöht, ihre Rechte ausgeweitet; die spezielle Diskriminierung der Deutschen bei der Bodenreform von 1945 wurde bei der Novellierung des 1991 erlassenen Bodengesetzes berücksichtigt; in Ortschaften mit mehr als 20 Prozent Minderheitenbevölkerung wurde der Gebrauch der Muttersprache vorgeschrieben, auch wurde dort das Anbringen von Ortsschildern in der Sprache der Minderheiten verfügt. Mit Nachdruck widmet sich das Kultusministerium der Erhaltung des kulturellen Erbes der Deutschen.

Sinkende Akzeptanz in Deutschland

Die Furcht der Rumäniendeutschen davor, dass die Option einer Ausreise nur befristet sein könnte und dass eine spätere Aussiedlung zu Nachteilen in der Bundesrepublik Deutschland führen könnte, stellt ein weiteres Motiv des nach der Wende fortdauernden Ausreiseflusses dar. Zwar hatte im Januar 1990, wenige Wochen nach dem Sturz Ceausescus, der damalige Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher in Siebenbürgen erklärt, die Rumäniendeutschen müssten nicht befürchten, dass die Bundesrepublik angesichts der neuen Lage ihre Tore für aussiedlungswillige Deutsche aus Rumänien schließen werde. Deren Sorge, das nunmehr geöffnete Tor in die Bundesrepublik Deutschland könnte von innen her wieder geschlossen werden, war jedoch stärker – und nicht unbegründet.

Zahlen der Aussiedler aus Rumänien

1990	111 150
1991	32 178
1992	16 146
1993	5811
1994	6615
1995	6519
1996	4284
1997	1777
1998	1005
1999	855

Die Bundesregierung sah sich bald gezwungen, die wachsende Zahl von ausreisenden Deutschen aus den ehemals kommunistischen Ländern einzuschränken. Seit Mitte des Jahres 1990 wurde eine Reihe von gesetzlichen Maßnahmen beschlossen mit dem Ziel, die Einreise dieser Personengruppe in die Bundesrepublik zahlenmäßig zu beschränken. So wurden die Aufnahmebestimmungen für Aussiedler verschärft, ihre Freizügigkeit auf dem Territorium der Bundesrepublik befristet eingeschränkt, Eingliederungshilfen und Renten gekürzt.

Diese Maßnahmen haben nicht nur unter den in Rumänien verbliebenen Deutschen, sondern auch unter den in der Bundesrepublik Deutschland lebenden deutschen Aussiedlern aus Rumänien Besorgnis und Enttäuschung hervorgerufen. Von einer „neuerlichen Enteignung“ und von Behandlung der Aussiedler als „Deutsche zweiter Klasse“ ist die Rede. Landsmannschaftliche Vertreter der Rumäniendeutschen werfen der Bundesregierung eine unangemessene Benachteiligung der Spätaussiedler aus dem südosteuropäischen Raum vor. Sie fordern die politischen Verantwortlichen auf, ihrer Schutz- und Obhutspflicht gemäß Artikel 116 des Grundgesetzes nachzukommen und die Aussiedlung der noch in Rumänien verbliebenen Landsleute unter den gleichen Bedingungen wie in der Vergangenheit zu gewährleisten.

Stabilisierung und Wandel

Vordringliches Ziel der Politik der Bundesrepublik Deutschland nach der Wende war die Stabilisierung der deutschen Minderheit in Rumänien. Der Weg dazu führte über die Verbesserung der diplomatischen Rahmenbedingungen in den bilateralen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Rumänien sowie über ein weit verzweigtes Netz vielfältiger materieller Hilfeleistungen. So wurden aufgrund der am 21. April 1992 erfolgten Unterzeichnung des Vertrags über Freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rumänien die rechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Bedingungen für das künftige Überleben der deutschen Minderheit in

Rumänien verbessert. In Zusammenarbeit mit der rumänischen Regierung wurden Programme verabschiedet, die es ermöglichen sollen, den Bestand der deutschen Minderheit zu sichern und sie bei der Neugestaltung ihres gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens zu unterstützen. Förderprogramme im Bereich der Landwirtschaft und zur Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieben sollen Unternehmen Starthilfen gewähren. Es wurden medizinische und soziale Hilfsprogramme eingeleitet und Maßnahmen zur Ausbildungsförderung sowie zur Sicherung des kulturellen Erbes in Angriff genommen. Allein in den ersten fünf Jahren nach der Wende betrugen die von der Bundesregierung geleisteten Hilfen für die deutsche Minderheit in Rumänien 122 Millionen DM.

Die noch in Rumänien verbliebenen Deutschen und ihre politischen Vertreter haben jedoch auch eigene Vorstellungen von den Rahmenbedingungen, die ihre Fortexistenz in Rumänien zudem positiv beeinflussen könnten. Hierzu gehören die Stabilisierung des sicherheitspolitischen Umfeldes Rumäniens, eine größere Freizügigkeit in der EU, verbesserte Arbeitsmöglichkeiten für Rumäniendeutsche in der Bundesrepublik Deutschland sowie ein breiteres Angebot an Studienmöglichkeiten für rumäniendeutsche Studierende an Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Gemeinschaft der Deutschen ist nicht nur infolge der Auswanderung geschrumpft, sondern auch durch die demographische Entwicklung. Nach dem Dezember 1989 waren vor allem junge Menschen massiv ausgewandert. Entsprechend hoch ist das Durchschnittsalter der noch Verbliebenen; die Sterbeziffern betragen das Dreifache der Zahl der Neugeborenen.

Die Gründe, die Rumäniendeutsche zum Verzicht auf die Aussiedlung in die Bundesrepublik Deutschland bewegen, sind unterschiedlicher Art. Einige bleiben, weil sie sich in ihrer Eigenschaft als Pfarrer, Lehrer, Schriftsteller oder Wissenschaftler moralisch dazu verpflichtet sehen. Andere harren aus, weil sie Angehörige, die nicht mehr ausreisen wollen oder können, nicht im Stich lassen wollten. In Kreisen der Evangelischen Kirche in Siebenbürgen geht man davon aus, dass es sich bei den Siebenbürgern, die nicht auswandern werden, zunehmend um „Alte und Behinderte“, also sozial und physisch Schwache handelt. Zur Kategorie jener, die ihre Ausreise hinauszögern, gehören auch Vertreter der mittleren Altersgeneration, die nicht bereit sind oder sich nicht in der Lage fühlen, in der Bundesrepublik einen beruflichen Neuanfang zu wagen. Doch auch viele der zum Bleiben Entschlossenen haben, sofern dies möglich war, vorsorglich einen Antrag auf Einreise in die Bundesrepublik gestellt.

Auch die Institutionen der Rumäniendeutschen als die traditionellen Grundpfeiler ihrer Minderheitenexistenz mussten sich den neuen politischen Rahmenbedingungen anpassen. An den deutschen Schulen gehören über 90 Prozent der Schülerinnen und Schüler nicht der deutschen Minderheit an. Damit sind sie längst zu einer Mischform zwischen fremd- und muttersprachlicher Bildungsinstitution und damit zu „Begegnungsschulen“ für Kinder deutscher, rumänischer und ungarischer Herkunft geworden. Gefahr für den Fortbestand deutscher Kindergärten und Schulklassen geht primär von dem Mangel an deutschen Lehrkräften aus.

Auch die Kirchen – die Evangelisch-Lutherische Kirche für die Siebenbürger



Überblick über deutschsprachige Publizistik im Rumänien der siebziger Jahre.

Sachsen und Landler und die Katholische Kirche für die Banater und Sathmarer Schwaben – müssen sich neuen Herausforderungen stellen und neuen Aufgaben zuwenden. Gläubige und Pfarrer der Evangelisch-Lutherischen Kirche müssen sich den Bedingungen einer „Diasporakirche“ anpassen. Es gelte, so ihr Bischof Christoph Klein, sich auf die traditionelle Rolle der „Volkskirche“ im Sinne einer „Kirche für das Volk“ zu besinnen, die „seit jeher Motor des wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Lebens der Siebenbürger Sachsen“ gewesen sei.

Angesichts der durch die Aussiedlung entstandenen Alters- und Sozialstrukturen

der Deutschen tritt die kirchliche Diakonie zunehmend in den Vordergrund. Zu den wichtigen neuen Funktionen der Kirchen gehört zudem die Sicherung wertvollen Kulturguts und der Kirchenarchive. Aufgelassene Kirchen werden anderen Konfessionen überlassen, leer stehende Pfarrhäuser in Begegnungszentren umfunktionierte. Eine weitere wichtige Aufgabe ist das Erteilen des – nach der Wende an den Schulen wieder zugelassenen – Religionsunterrichts.

Zu einer relevanten Rückwanderungsbewegung ausgesiedelter Deutscher nach Rumänien ist es seit 1989 nicht gekommen. Seit 1990 meldeten sich bei der ein-

schlägigen Interessengemeinschaft weniger als hundert in Hermannstadt Interessierte.

Entscheidend für den Fortbestand der deutschen Minderheit wird letztlich die Fähigkeit der Rumäniendeutschen sein, ihre Identität zu wahren und sie in ein Europa der Vaterländer und der Regionen einzubringen. Traditionelle Formen sozialer Struktur und Organisation wie die „Nachbarschaften“ der Siebenbürger Sachsen und Landler, die sich unter den gewandelten Bedingungen zu Mustern eines neuen, multiethnischen Zusammenlebens gewandelt haben, könnten dabei wegweisend sein.

Die Entwicklung in Russland und in der Sowjetunion

Alfred Eisfeld

Deutsches und russisches Siedlungsgebiet grenzen nirgends unmittelbar aneinander, doch gab es seit dem Mittelalter immer häufiger Kontakte zwischen diesen beiden Völkern. Diplomaten, Geistliche und Kaufleute standen am Anfang dieser Entwicklung, doch bereits im 15. Jahrhundert versuchte Iwan III. (1462–1505) Fachleute für einen längeren Aufenthalt in Russland zu gewinnen.

Mit der Hinwendung Russlands zu Europa durch Peter I. (1689–1725) stieg der Bedarf an ausländischen Fachleuten sprunghaft. Unter den angeworbenen Offizieren, Wissenschaftlern, Baumeistern und Handwerkern waren zahlreiche Untertanen deutscher Fürsten. Die meisten von ihnen blieben in Russland nur für eine begrenzte Zeit, ein Teil aber für immer. Sie bildeten die Anfänge der städtischen deutschen Bevölkerung.

Mit dem Regierungsantritt der Zarin Katharina II. (1762–1796) erfuhr die russische Ausländerpolitik eine grundlegende Wandlung. Die außenpolitische Expansion mit der Stoßrichtung Schwarzes Meer und Balkan im Süden und Polen im Westen wurde von Bemühungen zur wirtschaftlichen Erschließung des Landes begleitet. Dabei ließ sich Katharina II. (Prinzessin Sophie Friederike Auguste von Anhalt-Zerbst) von denselben merkantilistischen, auf die Steigerung des wirtschaftlichen Wohlstands des Landes zielenden Vorstellungen leiten, die auch in Preußen, Österreich-Ungarn, Dänemark und in den britischen Kolonien Nordamerikas zur Stärkung des jeweiligen Staates beitrugen

sollten. Der „Populationstheorie“ (mehr Arbeitskräfte = stärkere Wirtschaftskraft) entsprechend erhoffte man, den wirtschaftlichen Aufschwung des Landes vor allem durch die Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte erreichen zu können.

Russland stand vor dem Problem, dass es über keine ausreichende Reserve an persönlich freien Siedlern verfügte. Die Bauern waren durch die Leibeigenschaft an ihre Grundherren gebunden. Siedler konnten daher nur im Ausland gewonnen werden.

Am 22. Juli 1763 erließ Katharina II. ein Einladungsmanifest, in dem ausländischen Kolonisten bei ihrer Umsiedlung nach Russland eine Reihe von Privilegien in Aussicht gestellt wurde. Dies waren: Religionsfreiheit, Befreiung vom Militär- und Zivildienst, Steuerfreiheit für bis zu 30 Jahren, Selbstverwaltung und staatliche Unterstützung bei der Umsiedlung. Das Manifest wurde an verschiedenen europäischen Höfen verbreitet. Das größte Echo fand es in den hessischen Territorien, in Nordbayern, in Nordbaden, in der Pfalz und in einigen Teilen der Rheinprovinz. Diese Landesteile hatten besonders stark unter dem Siebenjährigen Krieg (1756–63) gelitten.

Zwischen 1764 und 1767 wanderten zwischen 23 000 und 29 000 Personen aus Deutschland nach Russland aus. Unter den Auswanderern war auch eine kleinere Anzahl von Franzosen, Holländern und Schweden. Die Kolonisten kamen über Lübeck und die Ostsee nach Russland. Ei-

nen Teil der Einwanderer siedelte man in der Nähe Petersburgs an, die meisten jedoch wurden für die Kolonisation der Wolgasteppe in der Nähe des Städtchens Saratow bestimmt. Dort gründeten sie insgesamt 104 Kolonien, von denen einige durch Nomadenüberfälle vernichtet wurden.

Die Kolonisten bekamen je Familie rund 30 Hektar Land zur Bewirtschaftung. Das Land wurde der jeweiligen Kolonie zum erblichen Besitz überlassen. Der Rechtsstatus der Kolonisten war aber unterschiedlich. Der größte Teil der Kolonisten hatten sich von Regierungskommissaren anwerben lassen und bekam die im Einladungsmanifest genannten Privilegien. Sie waren formal freie Bauern. Eine Reihe von Kolonien wurden von privaten Lokatoren (von den Landesherren beauftragten Gründern) gegründet. Die Einwohner dieser Kolonien mussten von Anfang an den zehnten Teil ihrer Ernte an die Lokatoren bzw. deren Bevollmächtigten abführen. Sie gerieten in ein Hörigkeitsverhältnis und hatten mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Lage begann sich erst zu normalisieren, nachdem alle Kolonien im Jahre 1779 dem Fürsorgekomitee für Ausländer und dessen Kontor in Saratow unterstellt worden waren.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Kolonien bei Petersburg und an der Wolga blieb in den ersten Jahrzehnten hinter den Erwartungen zurück. Die russische Regierung glaubte aber weiterhin an den Nutzen einer ausländischen Kolonisation. In den Jahren 1800 bis 1803 wurde die „Instruktion für die innere Ordnung und Verwal-

tung“ für die Kolonien gesetzlich verantwortet. Damit waren die Selbstverwaltung der Kolonien durch Personen ihres Vertrauens gesichert und die Voraussetzungen für eine gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung geschaffen.

Einwanderung in das Schwarzmeergebiet

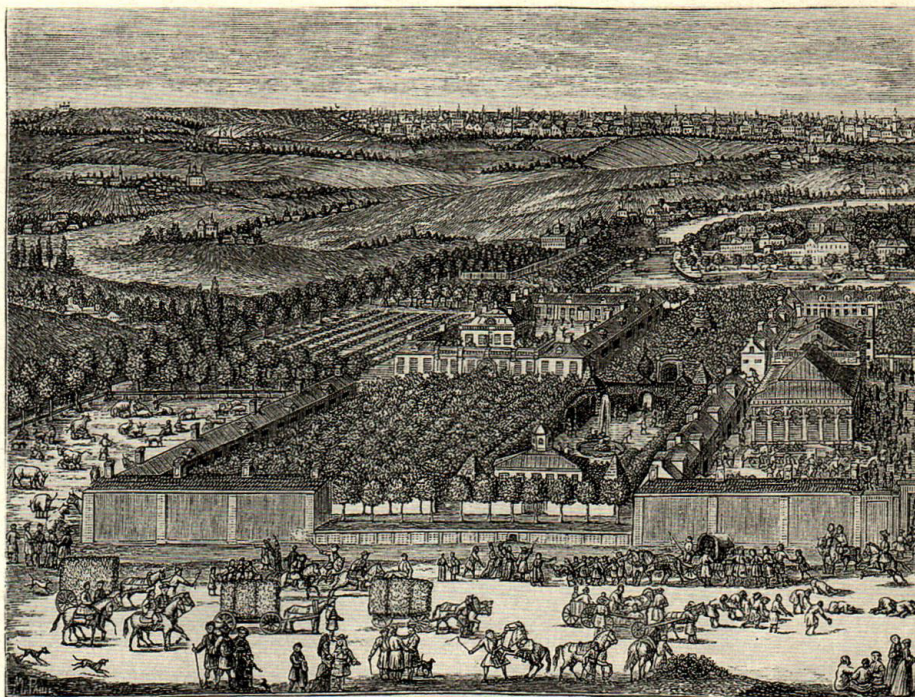
Unter Katharina II. gelang es Russland, in mehreren Feldzügen die Türkei zu besiegen. In den Friedensverträgen von Küçük Kainardzj (1774) und von Jassy (1792) sicherte sich Russland die gesamte Nordküste des Schwarzen Meeres bis hin zum Dnestr. Schon während der Feldzüge begann man mit der Ansiedlung von Griechen, Albanern, Armeniern und Slawen. Im Jahre 1785 trafen auch die ersten deutschen Kolonisten aus Danzig und Umgebung ein. Ihnen folgten kleinere Gruppen von Mennoniten, die als tüchtige Landwirte bekannt waren und die Rolle von „Musterwirten“ übernehmen sollten.

Die russische Regierung beschloss 1804, nicht mehr als 200 Familien als Kolonisten pro Jahr aufzunehmen. Diese Einwanderer sollten freie Bürger sein, die schuldenfrei und mit Genehmigung ihrer Heimatgemeinden nach Russland auswandern. Es sollten gesunde, verheiratete Bauern und Handwerker sein, die Bargeld oder Waren im Wert von mindestens 300 Gulden als Eigentum nachweisen konnten. An diese Kriterien hat man sich bei der Auswahl der Kolonisten dann auch gehalten, an die zahlenmäßige Beschränkung nicht immer.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war der Südwesten Deutschlands sehr stark durch Steuerabgaben und Rekrutierungen für die napoleonischen Kriege (1792–1815) belastet. Zudem befand sich das 1805 zum Königreich erhobene Württemberg im Umbruch. König Friedrich bemühte sich, aus den vielen, kurz zuvor noch unabhängigen Territorien einen zentralisierten Staat zu schaffen.

Zusätzlich zu diesen Erschwernissen litt die Bevölkerung unter den schlechten Ernten der Jahre 1809 bis 1816. Die im Südwesten zahlreichen Pietisten waren durch Reformen im kirchlichen Bereich Ende des 18. Jahrhunderts so sehr in Unruhe geraten, dass im Jahre 1800 sogar das Militär zur Wiederherstellung der Ordnung eingreifen musste.

Der Notstand im materiellen und im kirchlichen Bereich veranlasste viele tausend Menschen, ihre alte Heimat zu verlassen. Ein Teil dieser Auswanderer wählte das Schwarzmeergebiet als zukünftige Heimat. Nach Erhalt der russischen Pässe wurden die Auswanderer auf Schiffen bis Wien oder Budapest gebracht. Von dort gelangte ein Teil auf der Donau weiter bis Izmail,



Deutsche Vorstadt von Moskau um 1700 nach einem russischen Holzschnitt. Hier sammelte Peter der Große bereits in seiner Jugend erste Erfahrungen mit Ausländern.

der andere Teil auf dem Landweg nach „Neurussland“. Ihr Ziel erreichte jedoch nur ein Teil der Auswanderer. Mangelhafte Versorgung, Krankheiten und unzureichende ärztliche Betreuung hatten ein Massensterben zur Folge. Von den rund 9000 württembergischen Auswanderern der Jahre 1816/17 sollen allein in Izmail etwa 3000 verstorben sein.

Die Überlebenden wurden in den neu gegründeten Kolonistenbezirken Großliebental bei Odessa (1804–06), Kutschurgan (1808), Glückstal (1803–10), Beresan (1809–10), Molotschna (1800–06), auf der Krim (1804–10), in den „Planer Kolonien“ bei Mariupol (1823–42) und in den „Schwedenskolonien“ (1806) im Gouvernement Jekaterinoslaw angesiedelt. Etwa 500 Familien schwäbischer (aus der Kirche ausgetretener) Separatisten gründeten 1818 sieben Kolonien in der Nähe von Tiflis in Georgien.

In Bessarabien, das durch den Friedensvertrag von Bukarest (1812) zu Russland gekommen war, wurden ab 1814 die „Warschauer Kolonisten“ angesiedelt. Es waren etwa 8000 Personen aus dem Herzogtum Warschau. In den Jahren 1816–18 bekamen diese Kolonien Zuzug aus Südwestdeutschland.

Die Gesamtzahl der Deutschen, die sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts als Bauern und Handwerker in den Kolonien und Städten Neurusslands niederließen, betrug etwa 55 000 Personen. Unter ihnen waren neben den Schwaben und Badenern auch Einwanderer aus dem Elsass, aus Lothringen, aus der Schweiz, aus der Pfalz und aus Bayern vertreten.

Ihren Dörfern gaben sie zur Erinnerung an die alte Heimat Namen wie Rohrbach,

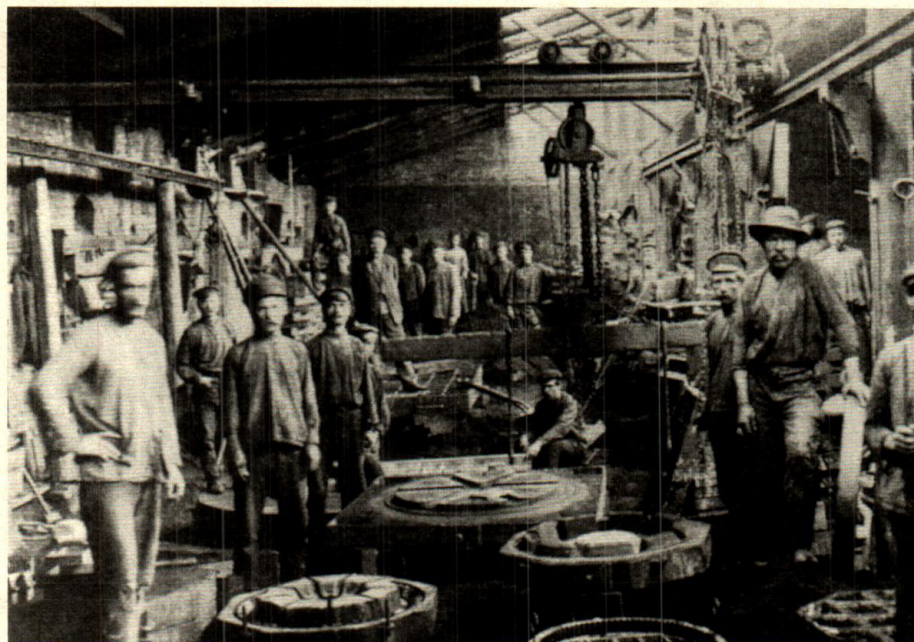
Landau, Rastatt, München, Speyer, Worms oder Zürichthal. Diese Ortsnamen wurden erst als Folge des Zweiten Weltkrieges durch andere ersetzt.

Kolonien im 19. Jahrhundert

Die Kolonien im Schwarzmeergebiet hatten bei ihrer Gründung die gleichen Schwierigkeiten zu überwinden wie die anderen Kolonien. Ihre Entwicklung konnte aber erfolgreicher verlaufen, da die Bedingungen dafür insgesamt günstiger waren. So wurden im Schwarzmeergebiet bis zu 65 Hektar Land pro Familie zugeteilt. Das Land ging in Privatbesitz des jeweiligen Bauern über. Es wurde am Erbfrecht festgehalten, wonach der Hof ungeteilt in die nächste Generation vererbt wurde. Einige Höfe wurden halbiert, blieben aber leistungsfähig.

Im Schwarzmeergebiet wurden Offiziere, Beamte und Adelige mit Landzuteilung für ihre Dienste belohnt. Diese Ländereien mussten allerdings binnen zehn Jahren aufgesiedelt und wirtschaftlich erschlossen werden, andernfalls fielen sie an die Krone zurück oder wurden vom Staat zurückgekauft. Ausländische Ansiedler wurden vorwiegend auf solchen Ländereien angesiedelt.

Bei Bedarf konnten für bestehende Kolonien Ländereien von russischen und ukrainischen Gutsbesitzern, die ihr Land mangels einer bäuerlichen Bevölkerung nicht bearbeiten lassen konnten, dazu gepachtet oder gekauft werden. An der Wolga gab es diese Möglichkeit nicht. Dort war die Bevölkerungsdichte höher und die Gutsbesitzer hatten das uneingeschränkte Besitz-



Gießerei der Firma Niebuhr in Olgafeld/Gouvernement Taurien (Schwarzmeergebiet).

recht über ihr Land. In den Kolonien war das Land dagegen Gemeindeneigentum und sollte für alle Gemeindemitglieder gleiche Bedingungen gewährleisten. Daraus resultierten Nachteile, welche die wirtschaftliche Entwicklung nachhaltig bremsten. Bei einer wachsenden Bevölkerung und periodischer Umverteilung des Landes wurde der Boden weniger intensiv bearbeitet, und der Landanteil pro Kopf ging bis zum Jahre 1834 auf etwa 5,6 Hektar zurück. Die unbeständigen Ernteerträge machten eine Kapitalbildung zum Ankauf von zusätzlichem Land nicht möglich. Die Versorgung der nachwachsenden Bevölkerung mit Land musste daher aus den unzureichenden Zuteilungen des Staates erfolgen.

Die Kolonien Neurusslands profitierten auch davon, dass dort von Anfang an Handwerker ihren Beruf ausüben durften. Sie fertigten nicht nur Gebrauchsgegenstände und Kleidung, sondern auch landwirtschaftliche Geräte und Fuhrwerke. Aus einer Reihe dieser Handwerksbetriebe gingen Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte hervor.

Ferner kam den Kolonien Neurusslands die zielstrebige Betreuung durch das „Fürsorgekomitee für ausländische Ansiedler“ zugute. Beamte des Komitees inspizierten die Kolonien regelmäßig und verstanden es, im Laufe der Jahre eine ganze Reihe von neuen landwirtschaftlichen Kulturen, Viehrassen und Bodenbearbeitungsmethoden einzuführen. Sie legten großen Wert darauf, dass Schafzucht, Obst-, Gemüse- und Weinbau über den eigenen Bedarf hinaus betrieben wurden.

Zum Haupterzeugnis der Kolonien wurde Brotgetreide. Je nach Bodenbeschaffenheit wurden Roggen und Weizen, weniger Gerste und Hafer angebaut. Getreide aus den Wolgakolonien wurde um 1800 bereits auf den Märkten in Astrachan, Samara, Kasan und in den zentralen Gouverne-

ments Russlands verkauft. Zu dieser Zeit begann auch der Bau von Wind- und Wassermühlen, denen Ende des Jahrhunderts die Dampfmühlen folgten.

Getreideanbau und -handel im Schwarzmeergebiet haben vom Ausbau der Häfen am Schwarzen sowie am Asowschen Meer und vom Ausbau der Verkehrswege profitiert. Mit dem Bau von Eisenbahnlinien von Moskau nach Odessa, Rostow am Don, Sewastopol und Saratow wurden die Kolonistenbezirke fester Bestandteil des gesamtrussischen Marktes. Getreide aus den Kolonien des Schwarzmeergebietes wurde zudem zu einem wichtigen Exportgut und die Region entwickelte sich zu einer der Kornkammern Europas.

Kirche und Schule

Zu den Privilegien des Einladungsmanifestes von 1763 gehörte das Recht auf freie Religionsausübung und den Bau von Kirchen und Bethäusern. Trotz der schwierigen Bedingungen wurden im Wolgagebiet bis 1771 mit staatlicher Unterstützung 13 Kirchen gebaut und die Gemeinden zu Kirchspielen zusammengefasst. Eine Kirchenstruktur und -leitung konnte aber erst nach der Genehmigung des „Kirchengesetzes für die Evangelisch-Lutherische Kirche in Russland“ im Jahre 1832 aufgebaut werden. Die Kolonien an der Wolga und östlich davon gehörten zusammen mit den Gemeinden Moskaus zum Moskauer Konsistorialbezirk. Dem Petersburger Konsistorialbezirk gehörten alle Gemeinden der Hauptstadt sowie Wolhyniens, Bessarabiens und des Schwarzmeergebietes an.

Die katholischen Kolonien gehörten bis 1848 zur polnischen Erzdiozese Mohilev. Nach dem Abschluss eines Konkordats zwischen Rom und Russland wurde für die

Fabriken

landwirtschaftl. Maschinen und Geräte

J. G. Niebuhr,

in Olgafeld, in New-York,
Gouv. Taurien. Gouv. Jekaterinow.

Gegründet 1881.

Fabrikation von Mähmaschinen mit Strohtrahmen und Stahlfingern, versehen mit der Schutzmarke „LAPPA NOVA“.

3- und 4-schneidige Säger mit gewöhnlicher Schneidmaschine.

3-, 4-, 5- und 6-schneidige Drill-Säger mit und ohne Hebevorrichtung. Diese Hebevorrichtung gestattet ein spielend leichtes Heben und Senken aller Säge zugleich.

Maisrebler, Reihenschneidmaschinen (Drillen) „ЖЕЛЪ“ kleine und große mit 9, 11, 13, 15, 17 und 19 Böhren mit Gummischläuchen.

3-, 4-, 5-schneidige Dreifachmaschinen. Pflanzmähnen.

Adresse für Briefe:
Почт. отд. В.-Порачикъ, Таур. губ., вол. Олгавельск., с-мъ Я. Г. Нибуръ.

Adresse für Telegramme:
Ворхуй-Порачикъ, Нибуръ.

Illustrierte Kataloge stehen jederzeit franko und gratis zur Verfügung.

Anzeige von Niebuhr im Jahre 1912.

katholischen deutschen Kolonien ein eigenes Bistum Tiraspol gegründet. Bischofssitz wurde Saratow.

Eigene Strukturen bauten sich die Gemeinden der Mennoniten, die Separatistengemeinden Neurusslands und die ursprünglich chiliastischen (in einer Endzeiterwartung Lebenden) schwäbischen Gemeinden Transkaukasiens auf. Sie unterstanden ebenso wie die 1879 anerkannten Baptisten unmittelbar dem „Departement für fremde Konfessionen“.

Eng mit der Kirche verbunden war die Kirchenschule. Der Unterricht ging auf die Initiative der Geistlichen zurück, die nicht nur auf einer allgemeinen Schulpflicht bestanden, sondern auch bemüht waren, den Unterricht zu verbessern. Da die Lehrkräfte von den Kolonisten bezahlt wurden, bestand jedoch die Tendenz, den jeweils billigeren und somit häufig wenig qualifizierten Lehrer anzustellen. Mit steigendem Wohlstand wurde es möglich, Lehrerbildungsanstalten und Ende des Jahrhunderts auch eine Reihe von weiterführenden Lehranstalten bis zu Mädchengymnasien aufzubauen. Einen besonders guten Ruf hatten die Lehranstalten der deutschen Gemeinden in Moskau und Petersburg. Ebenfalls auf Initiative der Kirchengemeinden erfolgte die Gründung von mehreren Kranken-, Armen- und Waisenhäusern.

Erster Weltkrieg

Die wirtschaftliche Verflechtung der Kolonien mit dem gesamtrussischen Markt ging auch einher mit dem Hineinwachsen der Kolonisten in die Gesellschaft. Die Kolonien standen zwar außerhalb der allgemeinen Verwaltung, doch behinderte dies keineswegs eine Intensivierung der Beziehungen zu ihrer Umgebung. Im russi-

schen Vielvölkerstaat gab es zahlreiche Völker und Gebiete mit eigener Gesetzgebung und anderen Traditionen. Die Ostseeprovinzen Estland, Livland und Kurland sowie Finnland und Polen sind Beispiele dafür. Sonderverwaltungen gab es auch für verschiedene Gebiete und Volksstämme im Kaukasus und in Turkestan.

Die deutschen Städteinwohner und Kolonisten waren loyale Untertanen ihres Landesherren und kamen dem Land in schweren Zeiten zur Hilfe, auch wenn sie wegen der Befreiung vom Militärdienst dazu nicht verpflichtet waren. Während des Krimkrieges (1853–56) etwa leisteten die Kolonisten Neurusslands freiwillig Fahrdienste, nahmen Verwundete auf, lieferten erhebliche Mengen an Lebensmitteln und Viehfutter für den Bedarf der Armee.

Nach der Niederlage im Krimkrieg wurde eine Reihe von Reformen in Angriff genommen, die zur Stärkung Russlands beitragen sollten. Die Kolonisten waren insbesondere durch die Aufhebung der Selbstverwaltung und die Einführung der Militärpflicht betroffen. Mennoniten konnten für sich eine Ausnahmeregelung erreichen: Sie hatten Dienst ohne Waffe zu leisten. Für viele war auch das mit ihrem Glauben nicht zu vereinbaren, und es begann eine Auswanderung nach Übersee.

Von weit größerer Tragweite war die von den Slawophilen (Denkrichtung, die sich auf die russische Tradition berief – im Gegensatz zu den „Westlern“, die für die Übernahme westlicher Ideen eintraten) initiierte Diskussion um die „Deutsche Frage in Russland“. In den Gouvernements Wolhynien, Podolien und Kiew gab es zu Beginn der 1880er Jahre mehrere Zehntausend deutscher Siedler und Pächter. Die Slawophilen befürchteten, dadurch werde eine Russifizierung dieser Gebiete behindert. Mehr noch, sie sahen die Gefahr einer Germanisierung dieser Grenzgebiete Russlands und forderten eine Verdrängung der deutschen Bauern.

Das Fremdenrecht von 1887 entsprach dieser Forderung. Mehrere Zehntausend Deutsche verließen das Land und wanderten nach Übersee aus.

Die deutschfeindliche Stimmung hielt aber an und führte zur Russifizierung des deutschen Schulwesens (1891) und den Versuchen, eine gesetzliche Grundlage für die Verdrängung russischer Untertanen deutscher Volkszugehörigkeit zu schaffen (1910 und 1912). Diese Versuche konnten abgewehrt werden, doch nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurden 1915 unter Umgehung des Parlaments die so genannten Liquidationsgesetze erlassen. Auf Grund dieser Gesetze sollten der deutsche Grundbesitz in einem Grenzstreifen von 150 Kilometern Tiefe liquidiert und die Bauern ausgesiedelt werden. Dies hatte in den Jahren 1915/16 den wirtschaftlichen Ruin und die Vertreibung von rund 200 000 Kolonisten aus Wolhynien zur Fol-

ge. Die russische Regierung befürchtete, sie würden die deutschen Truppen unterstützen. Russlanddeutsche Soldaten der Zarenarmee wurden von der Front gegen Deutschland abgezogen und an der türkischen Front im Kaukasus eingesetzt.

Obwohl die Truppen des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns keine größeren russischen Gebiete besetzen konnten (Polen einmal ausgenommen), wurden die Liquidationsgesetze bis 1917 auf alle deutschen Kolonien im europäischen Teil Russlands sowie in Turkestan und Sibirien ausgedehnt. Das war zwar sicherheitspolitisch nicht erforderlich und volkswirtschaftlich schädlich, entsprach aber dem Zeitgeist. Die Deutschen Russlands wurden als „innerer Feind“ gesehen und bekämpft.

Revolution und Bürgerkrieg

Die Provisorische Regierung verkündete nach der erzwungenen Abdankung des Zaren Nikolaus II. im März 1917 die Bürgerrechte für alle Einwohner des Russischen Reiches. Daraufhin versuchte eine Reihe von Völkern des Reiches das Selbstbestimmungsrecht für sich in Anspruch zu nehmen und über ihre Zukunft selbst zu entscheiden.

Die deutsche „Autonomiebewegung“ schuf sich im Jahre 1917 ihre regionalen Zentren in Odessa, Saratow, Moskau, Tiflis, Omsk und Slawgorod. Die Programme der einzelnen Komitees waren sehr ähnlich, aber die Zeit reichte für ein Zusammenwachsen zu einer Bewegung nicht aus. Nach der Oktoberrevolution des Jahres 1917 entbrannte ein jahrelanger Bürgerkrieg, in dessen Verlauf sich die Entwicklung in den einzelnen Gebieten völlig unterschiedlich vollzog.

In den Kolonien an der Wolga musste die von Bürgerlichen getragene deutsche Autonomiebewegung seit Sommer 1918 dem „Kommissariat für deutsche Angelegenheiten im Wolgagebiet“ weichen. Die Regierung in Moskau erkannte die neu geschaffene „Arbeitskommune des Gebietes der Wolgadeutschen“ als Autonomes Gebiet an. Das entsprechende Dekret wurde am 19. Oktober von Lenin unterzeichnet.

Die Kolonien im Ural, in Sibirien, in Kasachstan und im Kaukasus befanden sich während des Bürgerkrieges zwischen den Bolschewiken und den gegenrevolutionären „Weißen“ (1918–1920) längere Zeit im Machtbereich der Weißen. Die Ukraine wurde nach dem Separatfrieden zwischen der ukrainischen Regierung und den Mittelmächten vom 9. Februar 1918 von deutschen und österreichischen Truppen besetzt. Während dieser Besatzungszeit hofften einige Vertreter der deutschen Bevölkerung auf eine Normalisierung der Verhältnisse und auf Mitwirkung am Aufbau eines ukrainischen Staates.

Andere sahen folgende Lösungsmöglichkeiten: Entweder es müsste eine deutsche Kronkolonie Krim-Taurien geschaffen werden, in der alle Kolonisten Russlands unter dem Schutz des Deutschen Reiches anzusiedeln wären, oder alle Kolonisten siedelten auf deutsches Reichsgebiet um. Die Reichsregierung war an keiner der beiden Lösungen interessiert.

Nach dem Abzug der deutschen und österreichischen Truppen blieben die Kolonien schutzlos und wurden wiederholt von Banden überfallen. Die Kolonien in Bessarabien kamen nach dessen Besetzung durch rumänische Truppen zu Rumänien und hatten bis 1940 keine Verbindung mehr zu ihren Nachbarkolonien bei Odessa. Familiäre Verbindungen wurden unterbrochen.



Arbeiter- und Bauernkooperative im Ort Balzer Mitte der zwanziger Jahre, nachdem das Gebiet der Wolgadeutschen zu einer Autonomen Republik aufgewertet worden war.

Zwischenkriegszeit

Nach dem Ende des Bürgerkrieges und dem Übergang von der Politik des Kriegskommunismus zur Neuen Ökonomischen Politik begann sich das Land langsam zu erholen. Lebensmittel-Requirierungen waren einer Naturalsteuer gewichen, und Überschüsse durften frei veräußert werden. Die Kolonisten in der Ukraine und an der Wolga konnten aber davon vorerst nicht profitieren. Beide Gebiete litten 1921/22 unter einer verheerenden Missernte.

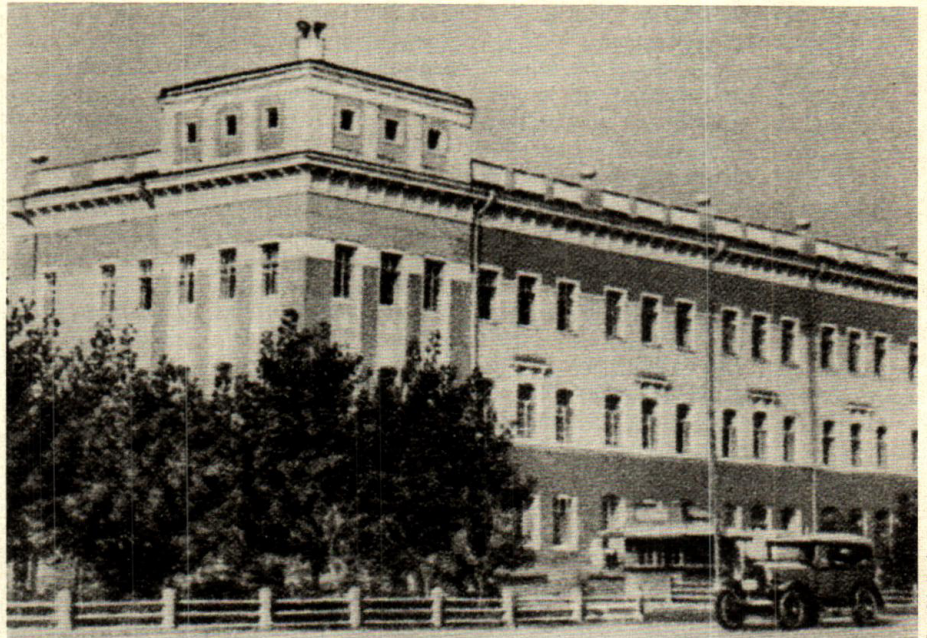
Der berühmte Hilferuf des Schriftstellers Maxim Gorki an Europa und Amerika wurde von der US-Hilfsorganisation *American Relief Administration*, vom Völkerbund und einer Reihe anderer nationaler, internationaler und konfessioneller Hilfsorganisationen beantwortet. Für viele Tausende Menschen kam aber jede Hilfe zu spät. Ganze Landstriche wurden entvölkert. So verringerte sich die Bevölkerung der Wolgakolonien 1921 durch Hungertod und Abwanderung in andere Gebiete um 26,5 Prozent. Die Missernte von 1924 hatte nochmals einen Bevölkerungsrückgang von 5,1 Prozent zur Folge. Erst nach Überwinden der Folgen dieser Hungersnot konnten auch die deutschen Kolonien an den Wiederaufbau herangehen.

Die neue Nationalitätenpolitik hatte zum Ziel, die verschiedenen Völker der Sowjetunion (1922 gegründet) für die Mitwirkung am Aufbau des Sozialismus zu gewinnen. Den nationalen Belangen sollte durch die Gründung von nationalen Verwaltungseinheiten vom Dorfrat bis hin zur Autonomen Republik besser Rechnung getragen werden.

Wachsende Minderheitenrechte

Das Autonome Gebiet der Wolgadeutschen wurde Anfang 1924 zu einer Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik (ASSR) der Wolgadeutschen aufgewertet. Die Kolonien in der Ukraine fasste die sowjetische Regierung 1925 zu fünf deutschen Rayons (Landkreisen) zusammen. Bis 1931 wurden es deren acht. Je ein Rayon bestand Ende der 1920er Jahre in Georgien, in Aserbaidschan, auf der Krim und in der Region Altai. Dort, wo es nur wenige deutsche Dörfer gab, wurden nationale Dorfsowjets gegründet. Im Jahre 1929 gab es in der UdSSR außerhalb der Wolgarepublik und der Rayons insgesamt 550 deutsche Dorfsowjets.

Mit der Gründung der nationalen Verwaltungseinheiten erhob die kommunistische Regierung die jeweilige Nationalsprache auch zur Amts- und Unterrichtssprache. Die psychologische Auswirkung dieser Änderung kann nicht hoch genug eingeschätzt werden, war es doch während des Ersten Weltkrieges verboten, in der Öffentlichkeit Deutsch zu sprechen. Da die meisten kein Russisch oder Ukrainisch sprachen, war es für die Verständigung



Regierungsgebäude der Wolgarepublik in der Hauptstadt Engels im Jahre 1938.

wichtig, dass Gesetze ins Deutsche übersetzt wurden und die lokalen Behörden und Gerichte in Deutsch verhandelten.

Die nationalen Minderheiten der UdSSR konnten ein Bildungswesen aufbauen, das vom Kindergarten bis zur Hochschule reichte. In der Ukraine konnten bis 1931 bereits 98 Prozent der schulpflichtigen deutschen Kinder die Schule besuchen. Im Jahre 1932 gab es außer den Grund- und Mittelschulen 14 verschiedene Fachhochschulen, eine Arbeiterfakultät zur Vorbereitung auf ein Hochschulstudium, eine Abteilung am Pädagogischen Institut in Odessa. Weitere deutsche Fachhochschulen waren im Entstehen.

In der Wolgarepublik konnten bis Ende der dreißiger Jahre fünf Hochschulen und elf Fachhochschulen aufgebaut, ein deutsches Nationaltheater, ein Kindertheater, ein Staatsverlag und eine Reihe von Zeitungen und Zeitschriften gegründet werden. In den Jahren 1933 bis 1935 brachte der Deutsche Staatsverlag in Engels 555 Titel mit einer Gesamtauflage von mehr als 2,8 Millionen Exemplaren auf den Markt. Darunter waren 176 Schulbücher mit einer Gesamtauflage von knapp 1,5 Millionen.

Staatliche Übergriffe

Die Existenz der ASSR der Wolgadeutschen und der deutschen Rayons in anderen Landesteilen konnte die Bevölkerung jedoch nicht vor staatlichen Übergriffen schützen. Mit Beginn der Enteignung der Bauern und der Kollektivierung der Landwirtschaft waren die deutschen Bauern wohl eher einem noch stärkeren Druck ausgesetzt. Die ASSR der Wolgadeutschen wurde bis zum 1. Juli 1931 zu 95 Prozent kollektiviert, während der Landesdurchschnitt erst bei 57,7 Prozent lag. Damit war die Wolgarepublik als erste größere Verwaltungseinheit voll unter Kontrolle. Ehemals wohlhabende Bauern

wurden enteignet und mit ihren Familien in entlegene Gegenden im Hohen Norden Russlands, nach Sibirien und in die Trockensteppen Mittelasiens verbannt. Dieses Schicksal erlitten nicht nur Deutsche aus verschiedenen Landesteilen, sondern auch Hunderttausende Bauern anderer Volkszugehörigkeit.

Im Jahre 1929 hofften Tausende von deutschen Bauern, sich diesem Druck entziehen und mit Hilfe der Deutschen Botschaft in Moskau nach Übersee auswandern zu können. Bis einschließlich 1927 konnten Tausende von Bauern, vor allem Mennoniten, das Land auf diesem Wege mit Zustimmung der Moskauer Regierung verlassen. Mit dem Beginn der Kollektivierung der Landwirtschaft gab es diese Möglichkeit nicht mehr, doch rund 14 000 Bauern kamen nach Moskau.

Der damalige Botschafter und die Reichsregierung waren gegen die Aufnahme dieser in Lebensgefahr befindlichen Flüchtlinge in Deutschland. Die Reichsregierung begründete ihre ablehnende Haltung bei der Aufnahme dieser Flüchtlinge mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der Befürchtung, die deutsch-sowjetischen Beziehungen würden sich dadurch verschlechtern. Erst nachdem die sowjetischen Behörden in der Nacht vom 17. zum 18. November 1929 einen Teil der Flüchtlinge gewaltsam aus Moskau entfernt hatten, konnten schließlich 5750 Personen über Deutschland nach Übersee ausreisen.

Die Machtübernahme der NSDAP in Deutschland hatte auch Auswirkungen auf die Deutschen in der UdSSR. Während das Bildungswesen der ASSR der Wolgadeutschen noch ausgebaut wurde, ergriffen die Behörden bereits eine Reihe von Maßnahmen gegen die deutsche Bevölkerung der verschiedenen Siedlungsgebiete. Schon im Jahre 1934 wurden alle Deutschen in der Sowjetunion, einschließlich

Foto: Privatbesitz

der kommunistischen Emigranten aus Deutschland und Österreich, von der Öffentlichkeit unbemerkt in Listen erfasst. Die Deutschen wurden erneut zum „inneren Feind“. Man verdächtigte sie der Verbindung mit dem nationalsozialistischen Regime in Deutschland. Aufgrund dieser Listen erfolgten die Verhaftungen während der Stalinschen Säuberungen und die Deportation nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion 1941. Im Oktober 1935 wurden der deutsche Rayon Puln in Wolhynien aufgelöst und die deutsche Bevölkerung in andere Gebiete umgesiedelt.

Die Repressionen betrafen 1935 bereits die Bevölkerung verschiedener Gebiete. So wurden aus Kolonien in Aserbaidschan etwa 600 Männer, Frauen und Kinder nach Karelien deportiert. In Schnellverfahren vor den „Dreiergerichten“ (bestehend aus einem Mitglied der Kommunistischen Partei, dem Milizchef und dem Sicherheitschef) wurden die Verhafteten wahllos der Spionage, illegalen Verbindung mit dem Ausland, Propaganda für eine auswärtige Macht oder Zellenbildung einer sowjetfeindlichen Partei beschuldigt. Die Verhafteten wurden in der Regel von der Umwelt völlig isoliert in Arbeitslagern gehalten. Nur Einzelne haben diese Zeit überlebt.

Seit der Öffnung der sowjetischen Archive Anfang der 1990er Jahre ist der Öffentlichkeit durch zahlreiche Publikationen bekannt, dass die Verhafteten unschuldig waren. Sie wurden Opfer der Planerfüllung, da jedes Verwaltungsgebiet eine von der Partei- und Staatsführung bestimmte Anzahl von „Volksfeinden“ oder „Spionen“ zu verurteilen hatte. Funktionäre, die ihr „Soll“ nicht erfüllten, wurden selbst verhaftet. Allein in der Ukraine wurden in den Jahren 1937/38 122 237 Deutsche zum Tode, 65 603 zu Gefängnis- bzw. Lagerhaft von 10 bis 25 Jahren und 7180 zu Lager- bzw. Gefängnishaft von drei bis fünf Jahren verurteilt.

Mit der Zuspitzung der internationalen Beziehungen in Europa Ende der dreißiger Jahre (Anschluss Österreichs, Sudetenkrise) schränkte Stalin die Rechte der Deutschen in der Sowjetunion weiter ein. Der Unterricht in den deutschen Rayons außerhalb der ASSR der Wolgadeutschen wurde ab dem Schuljahr 1938/39 in Russisch bzw. Ukrainisch erteilt. Im November 1938 lösten die Behörden den Deutschen Rayon im Altai und Ende März 1939 sämtliche deutschen Rayons in der Ukraine auf.

Der Zweite Weltkrieg und seine Folgen

Bereits in den ersten Wochen nach dem Überfall deutscher Truppen am 22. Juni 1941 verloren die sowjetischen Behörden die Kontrolle über die westlichen Gebiete. Flüchtlinge und zurückweichende Armeeeinheiten machten die Verkehrswege unpassierbar. Mitten in diesem Chaos begann am 10. Juli die Deportation der

Deutschen von der Krim. Ihnen erklärte man: „Wir bringen euch ins Hinterland, damit ihr nicht unter den Kriegshandlungen zu leiden habt.“ Bis Oktober wurden etwa 100 000 Deutsche aus ukrainischen Gebieten östlich des Dnepr nach Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan deportiert.

Im August 1941 wurden Kampf- und Sondereinheiten der Armee und des Volkskommissariats des Innern (NKWD), das für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung sowie für die Aufsicht über Gefängnisse und Straflager zuständig war, auf die Orte der Wolgarepublik verteilt. Die Verbindung zur Außenwelt wurde unterbrochen. Am 30. August wurde in der Regierungszeitung der Wolgarepublik „Nachrichten“ der Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 28. August 1941 „Über die Übersiedlung der Deutschen, die in den Wolgarayons wohnen“ veröffentlicht. Darin wurde die Bevölkerung pauschal der Kollaboration mit Deutschland und der Vorbereitung von Anschlägen beschuldigt. Um ein Blutvergießen zu verhindern, habe das Präsidium des Obersten Sowjets es für notwendig gefunden, die gesamte deutsche Bevölkerung der Wolgarayons nach Sibirien und Kasachstan umzusiedeln.

Anfang September beschlagnahmten die Behörden die Wohnhäuser, das Vieh und Inventar. Die Bevölkerung wurde unter Mitnahme von geringen Lebensmittel- und Kleidungsvorräten an Bahnhöfen und Schiffsanlegestellen gesammelt und anschließend nach Osten transportiert. Das Gebiet der ASSR der Wolgadeutschen teilten die Behörden unter Verletzung der Verfassungen der ASSR der Wolgadeutschen und der Russischen Unionsrepublik am 7. September zwischen den Gebieten Saratow und Stalingrad auf. Gleichzeitig mit den etwa 400 000 Wolgadeutschen wurden etwa 80 000 Deutsche aus anderen Gebieten des europäischen Teils sowie rund 25 000 Personen aus Georgien und Aserbaidschan nach Sibirien und Mittelasien deportiert. Bis Ende 1941 wurden nach amtlichen Unterlagen 799 459 Personen mit 344 Zügen deportiert. In den Jahren 1942 bis 1944 folgten ihnen weitere etwa 50 000 Deutsche aus Leningrad und aus kleineren Siedlungsgebieten.

Deportationserlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der Sowjetunion vom 28. August 1941

Die Deportierten unterstanden in den Verbannungsorten der Aufsicht von Kommandanten des Innenkommissariats. Sie durften ihren Aufenthaltsort ohne Sondergenehmigung nicht verlassen und mussten sich regelmäßig beim Kommandanten melden. Im Anschluss an die Deportation der Zivilbevölkerung wurden ab Oktober 1941 auch deutsche Soldaten und Offiziere der Roten Armee von der Front abgezogen und Einheiten der „Arbeitsarmee“ zugeteilt. Diese Bezeichnung sollte suggerieren, mit dem Einsatz in den Arbeitskolonnen der „Arbeitsarmee“ würde man sich wie an der Front dem Feind entgegenwerfen und sein Land verteidigen.

Die arbeitsfähige deutsche männliche Bevölkerung wurde aus den Verbannungsorten ab Oktober 1941 durch die Kreiswehersatzämter zur Arbeitsarmee einberufen. Ab 1942 wurden auch kinderlose Frauen und später auch Frauen, die keine Säuglinge hatten, zur Arbeitsarmee einberufen.

Die Trupps der mobilisierten Deutschen wurden beim Bau von Industrieanlagen, Bahnlinien, Straßen und Kanälen sowie im Bergbau eingesetzt. Allein zum Bau eines Rüstungsbetriebes in Solikamsk kamen 12 000 Deutsche. Andere Einsatzorte waren beispielsweise Swerdlowsk, Nishnij Tagil.

PROLETARIAT ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

24. Jahrgang.

Nachrichten

Organ des Gebietskomitees der KPdSU(B) und des Obersten Sowjets der ASSRdWD, des Stadtkomitees der KPdSU(B) und des Stadtsowjets der Deputierten der Werktätigen von Engels

Nr. 204 Sonnabend, den 30. August 1941 Preis 15 Kop.

ERLASS

DES PRÄSIDIUMS DES OBERSTEN SOWJETS DER UNION DER SSR

Über die Übersiedlung der Deutschen, die in den Wolgarayons wohnen

Laut genauen Angaben, die die Militärbehörden erhalten haben, befinden sich unter der in den Wolgarayons wohnenden deutschen Bevölkerung Tausende und aber Tausende Diversanten und Spione, die nach dem aus Deutschland gegebenen Signal Explosionen in den von den Wolgadeutschen besiedelten Rayons hervorrufen sollten. Über das Vorhandensein einer solch großen Anzahl von Diversanten und Spionen unter den Wolgadeutschen hat keiner der Deutschen, die in den Wolgarayons wohnen, die Sowjetbehörden in Kenntnis gesetzt, folglich verheimlicht die deutsche Bevölkerung der Wolgarayons die Anwesenheit in ihrer Mitte der Feinde des Sowjetvolkes und der Sowjetmacht.

Falls aber auf Anweisung aus Deutschland die deutschen Diversanten und Spione in der Republik der Wolgadeutschen oder in den angrenzenden Rayons Diversionssakte ausführen werden und Blut vergossen wird, wird die Sowjetregierung laut den Gesetzen der Kriegszeit vor die Notwendigkeit gestellt, Strafmaßnahmen gegenüber der gesamten deutschen Wolgabevölkerung zu ergreifen.

Zwecks Vorbeugung dieser unerwünschten Erscheinungen und um kein ernstes Blutvergießen zuzulassen, hat das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR es für notwendig gefunden, die gesamte deutsche in den Wolgarayons wohnende Bevölkerung in andere Rayons zu übersiedeln, wobei den Übersiedelnden Land zuzuteilen und eine staatliche Hilfe für die Einrichtung in den neuen Rayons zu erteilen ist. Zwecks Ansiedlung sind die an Ackerland reichen Rayons des Nowosibirsker und Omsker Gebiets, des Altaigaus, Kasachistans und andere Nachbarortschaften bestimmt.

In Übereinstimmung mit diesem wurde dem Staatlichen Komitee für Landesverteidigung vorgeschlagen, die Übersiedlung der gesamten Wolgadeutschen unverzüglich auszuführen und die Übersiedelnden Wolgadeutschen mit Land und Nutzpländern in den neuen Rayons sicherzustellen.

Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR M. KALININ.

Sekretär des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR A. GORKIN.

Moskau, Kreml, 28. August 1941.

Iwdel', Workuta oder Tscheljabinsk. Die Gesamtzahl der Deutschen in der Arbeitsarmee wird auf etwa 100 000 Personen geschätzt.

Die deutsche Bevölkerung westlich des Dnepr war wegen des raschen Vormarsches der Wehrmacht im Sommer 1941 für sowjetische Behörden nicht mehr erreichbar und wurde nicht deportiert. Der südwestliche Teil der Ukraine gehörte zum rumänisch verwalteten Transnistrien. Dort befanden sich etwa 130 000 Deutsche. Der größte Teil der Ukraine wurde der Zivilverwaltung als Reichskommissariat Ukraine (RKU) unterstellt. Im RKU gab es zu dieser Zeit etwa 200 000 Deutsche. Diese Schwarzmeerdeutschen hießen in der Verwaltungssprache „Volksdeutsche“ und standen formal unter dem Schutz des Deutschen Reiches.

Trecks nach Westen

Nach der Einrichtung der Zivilverwaltung wurde die Aufnahme der Deutschen in die „Volksliste Ukraine“ begonnen, der die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit folgen sollte. Nach der Niederlage bei Stalingrad Anfang Februar 1943 begann der Rückzug deutscher Truppen und der Zivilverwaltung. Wegen der damals üblichen Durchhalteparolen kam der Abmarschbefehl oft so spät, dass nur noch eine überstürzte Flucht möglich war.

Die weitaus meisten Schwarzmeerdeutschen verließen die Ukraine in zwei Trecks. Der erste Treck setzte sich im November 1943 in Richtung Reichsgrenze in Bewegung. Er bestand aus etwa 90 000 Personen mit Fuhrwerken und Vieh. Der so genannte „Große Treck“ bestand aus etwa 125 000 Deutschen aus Transnistrien, dem Gebiet zwischen Dnestr und Bug. Er legte in der Zeit von Januar bis Juli 1944 eine Strecke von rund 2000 Kilometern zu Fuß zurück. Die Flüchtlinge dieser beiden Trecks waren zum größten Teil zur „Germanisierung“ des Warthelandes, das heißt zur Ansiedlung auf polnischem Land, bestimmt. Sie wurden dort erfasst und eingebürgert. Diese Einbürgerung wurde nach Kriegsende durch das „Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit“ vom 22. Februar 1955 von der Bundesrepublik Deutschland anerkannt.

Der Aufenthalt in dieser Region dauerte nicht lange. Die Front rückte näher, und die Flucht wurde fortgesetzt. Bei Kriegsende wurden rund 200 000 Russlanddeutsche auf diesem Gebiet und in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands von der Roten Armee überrollt und gewaltsam in die Sowjetunion zurückgebracht. Etwa 150 000 Russlanddeutsche befanden sich bei Kriegsende in den westlichen Besatzungszonen. Etwa die Hälfte von ihnen wurden von den Westalliierten an die sowjetischen Repatriierungs-Kommandos ausgeliefert und ebenfalls in die UdSSR „repatriert“. Der anderen Hälfte gelang es, unterzutauchen und der Auslieferung zu entgehen.

Bei dieser „Repatriierung“ kam es vielfach zur Trennung von Familien. Die Menschenverluste während der Festnahme und des Transports werden auf 15 bis 30 Prozent geschätzt. Die Überlebenden wurden in der Sowjetunion in Sondersiedlungen unter Aufsicht des Innenkommissariats zusammengefasst. Sie hatten wie die Arbeitsarmisten bis Ende 1955 Schwerstarbeit zu leisten. Im September 1955 verhandelte Bundeskanzler Adenauer über die Freilassung der letzten noch in sowjetischer Gefangenschaft verbliebenen Kriegsgefangenen. Zur selben Zeit waren alle etwa 1,5 Millionen Russlanddeutsche, vom Säugling bis zum Greis, in Gewahrsam. Am 17. September 1955 wurden die in der Sowjetunion rechtskräftig verurteilten Kollaborateure und die in Gefangenschaft geratenen Militärangehörigen begnadigt; die nicht verurteilten Russlanddeutschen blieben zunächst gefangen und rechtlos. Sie ersetzten vielfach die nach Hause zurückkehrenden deutschen Kriegsgefangenen.

Normalisierung der Lage

Die deutsch-sowjetischen Verhandlungen vom September 1955 hatten aber auch für die Russlanddeutschen Erleichterungen zur Folge. Am 13. Dezember 1955 hob ein Dekret des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR das Regime der Sondersiedlungen auf, und ihre Insassen konnten ab Anfang 1956 den Ort ihres Gewahrsams verlassen. Sie durften aber nicht an ihre Heimatorte zurückkehren und bekamen keine Entschädigung für ihr 1941 beschlagnahmtes Eigentum.

Sie blieben Vertriebene im eigenen Land, behaftet mit dem Makel, Angehörige des besiegten Feindstaates zu sein. Noch heute ist in Zeitungen zu lesen, die Russlanddeutschen würden von ihrer Umgebung oft für Nachfahren von Kriegsgefangenen gehalten.

Nicht zurückgegeben wurde auch das gemeinschaftliche Eigentum an Grund und Boden der Kolchosen und Kooperativen, das die Bauern bei der Kollektivierung in die Kolchose einbrachten. Die Schulen, Bibliotheken, Redaktionen, den Deutschen Staatsverlag in Engels und das Zentralmuseum der ASSR der Wolgadeutschen hat der Staat ebenfalls behalten. Das Jahr 1956 war somit in jeder Hinsicht die Stunde Null in der Nachkriegsentwicklung der Russlanddeutschen.

Die Deportation, das Verbot der Rückkehr und die seit 1956 einsetzende Binnenemigration führten zu einer, im Vergleich mit den Vorkriegsjahren, völlig neuen Bevölkerungsverteilung.

Im Jahre 1926 siedelten in der Ukraine 31,8 Prozent, in übrigen europäischen Teilen der Sowjetunion (einschließlich Krim und Nordkaukasus) 54,6 Prozent, in Sibirien 6,6 Prozent, in Kasachstan 4,1 Prozent

und in Mittelasien 0,8 Prozent der deutschen Bevölkerung. Im Jahre 1979 siedelten dagegen in der Ukraine (einschließlich Krim und Karpato-Ukraine) 1,8 Prozent, im europäischen Teil der UdSSR (ohne die Ukraine) 18,6 Prozent, in Sibirien 23,8 Prozent, in Kasachstan 46,5 Prozent und in Mittelasien 9,3 Prozent der deutschen Bevölkerung. Den höchsten Anteil an der Bevölkerung stellte sie in den Gebieten Zelinograd (12,7 Prozent), Karaganda (10,4 Prozent), Pavlodar (10,1 Prozent) und Kustanaj (10,0 Prozent). Durch den lange andauernden Einsatz in Bergbau und Industrie hat sich auch eine soziale Umschichtung ergeben. Während 1926 erst 15 Prozent der Deutschen in den Städten wohnhaft waren, stieg dieser Anteil bis 1979 auf etwa 50 Prozent im Landesdurchschnitt. Nur in Kasachstan und Kirgisien war der Urbanisierungsgrad mit 45 Prozent bzw. 41 Prozent niedriger.

Die deutsche Bevölkerung der Städte ist in den letzten Jahrzehnten überwiegend in der Industrie oder im Dienstleistungsbereich beschäftigt. In der Industrie üben sie zumeist ungelernte Berufe aus, im Dienstleistungsbereich sehr häufig schlecht bezahlte Tätigkeiten wie Raumpflegerinnen oder Verkäuferinnen. Seit den sechziger Jahren steigt auch die Zahl der Ingenieure, Techniker, Lehrer, Ärzte und anderer akademischer Berufe.

Die Generation der Russlanddeutschen, die in der Zeit zwischen 1941 und 1956 schulpflichtig war, hatte zum großen Teil keine Möglichkeit, eine Schule zu besuchen. Mit Beginn des Schuljahres 1957/58 sollte es möglich sein, auf Wunsch der Eltern von der ersten Klasse an den Unterricht in der Muttersprache einzuführen oder „die Muttersprache als selbständiges Fach nach besonderem Lehrplan zu unterrichten“. In einer Reihe von Gebieten wurden solche Klassen gebildet. Die Versorgung mit Lehrern, Schulbüchern und Anschauungsmaterial konnte jedoch nicht gewährleistet werden.

Das Fehlen eines deutschsprachigen Unterrichts führte zu einer rasch voranschreitenden Russifizierung. Während von allen Deutschen, die sich 1926 als solche eintragen ließen, noch 95 Prozent Deutsch als ihre Muttersprache bezeichneten, ging dieser Anteil 1959 auf 75 Prozent, 1970 auf 66,8 Prozent, 1979 auf 57,7 Prozent und 1989 auf 48,7 Prozent zurück.

Deutsch hat seine Funktion als Mittel öffentlicher Kommunikation fast völlig eingebüßt. Zwischen 1942 und 1956 erschien keine Zeitung, kein Buch in der Muttersprache von etwa 1,5 Millionen Menschen. Im Jahre 1957 begannen in Moskau, die Wochenzeitschrift „Neues Leben“ und in Slawgorod die Kreiszeitung „Rote Fahne“ zu erscheinen. Radio Alma-Ata strahlte seine erste Rundfunksendung in deutscher Sprache aus. Seit 1966 erschien in Kasachstan die Tageszeitung „Freundschaft“, und in den drei Jahrzehnten nach der Aufhe-

bung der Sondersiedlung wurde eine Anzahl von Büchern deutscher und deutsch-schreibender Autoren herausgegeben.

Die Auflage von durchschnittlich 2000 Exemplaren war für die zwei Millionen Deutschen sehr niedrig. Die Pro-Kopf-Versorgung der deutschen Bevölkerung der UdSSR lag in den Jahren 1960–85 bei nur 0,38 deutschsprachigen Büchern je Einwohner. Die entsprechende Quote für die Wolgarepublik lag im Jahre 1935 bei 120 Büchern je Einwohner.

Religiöse Gemeinschaften

Die Kirchen der Russlanddeutschen, wie auch die der anderen Völker der UdSSR, waren seit den dreißiger Jahren geschlossen. Nur wenige Pfarrer überlebten die Verfolgung der 1930er und 1940er Jahre. Der Glaube war damit aber nicht verschwunden. Die ersten Kirchengemeinden entstanden schon während der Zeit der Sondersiedlungen und der Arbeitslager. Kirchengemeinden sind oft bis heute die einzige Einrichtung, in der die Muttersprache und der Gesang gepflegt werden.

Im Unterschied zu anderen Völkern konnten die Russlanddeutschen nur wenig von der Wiedenzulassung der Kirchen während des Zweiten Weltkrieges profitieren. Ihre Kirchenbauten befinden sich, so weit sie noch vorhanden sind, in Orten, für die Deutsche bis Ende der 1980er Jahre keine Zuzugsgenehmigung bekamen. Sie waren bemüht, Kirchen in den neuen Siedlungsgebieten zu errichten. Die erste evangelisch-lutherische Kirche konnte 1956 in Zelinograd (Kasachische SSR), die erste katholische Kirche 1969 in Frunze (Kirgisische SSR) eine staatliche Registrierung und damit Zulassung erreichen.

Ende der 1980er Jahre gab es in der UdSSR etwa 500 deutsche evangelisch-lutherische Gemeinden und Gruppen. Davon waren 250 bis 300 Gemeinden staatlich registriert. Im November 1988 wurde Pastor Harald Kalnins in der Jesuskirche in Riga zum Bischof gewählt. Die Gemeinden außerhalb Lettlands wurden zu einer „Deutschen Evangelisch-Lutherischen Kirche in der Sowjetunion“ mit Sitz in Riga zusammengefasst.

Die Zahl der Mennoniten wurde Ende der 1980er Jahre auf etwa 50 000 geschätzt, die rund 50 Gemeinden, vor allem in der Region Altai und in den Gebieten Omsk und Orenburg bildeten. Die Bevölkerung dieser Gebiete wurde während des Krieges nicht ausgesiedelt. Seit Ende der 1980er Jahre setzte aber eine starke Auswanderung nach Deutschland ein.

Evangeliumschröten-Baptisten und Pfingstler bildeten in der UdSSR nur wenige deutsche Gemeinden in den Siedlungsgebieten Kasachstans, Mittelasiens und Sibiriens. Die meisten gehörten zu nationalgemischten Gemeinden. Baptistengemeinden lehnten eine staatliche Registrierung

oft ab, um den Behörden kein Mitspracherecht zu geben. Sie standen unter starkem Druck und wurden häufig zur Auswanderung veranlasst.

Die katholischen Russlanddeutschen konnten bis Ende der 1980er Jahre die staatliche Registrierung von 20 bis 30 Gemeinden erreichen. Die meisten katholischen Gemeinden waren multinational. Sie wurden von Priestern verschiedener Volkszugehörigkeit betreut. In den letzten Jahren konnten einige wenige Deutsche katholische Theologie an einem Seminar im Baltikum studieren. Der Bedarf an Priestern ist aber dadurch bei weitem nicht befriedigt.

Problematisch war die Versorgung mit Bibeln, Gesangbüchern und anderen Druckerzeugnissen, da diese von sowjetischen Verlagen nicht aufgelegt wurden und der Selbstdruck untersagt war. Der Lutherische Weltbund in Genf bekam in den achtziger Jahren wiederholt Einfuhrgenehmigungen für Bibeln, für den Kleinen Katechismus und andere religiöse Schriften. Baptisten der registrierten Gemeinden standen auch mehrere tausend Liederbücher und Neue Testamente zur Verfügung. Die nicht registrierten Baptistengemeinden versorgten sich mit Druckerzeugnissen aus Untergrunddruckereien. Mindestens fünf solcher Druckereien sind von den Behörden entdeckt und deren Betreiber zu mehrjährigen Lagerstrafen verurteilt worden.

Der Religionsunterricht war für Schulkinder bis Ende der achtziger Jahre gesetzlich verboten. Daraus resultierten für viele Gläubige Wissenskonflikte. Die Kinder durften nicht mit zum Gottesdienst und wurden dadurch von der Familie getrennt. Wurden sie dennoch mitgenommen, so geriet der Geistliche mit dem Gesetz in Konflikt.

Autonomie- und Ausreisebewegung

Die Diskriminierung und Benachteiligung der deutschen Bevölkerung der UdSSR auf den angesprochenen Gebieten resultierte aus ihrem rechtlichen und politischen Status. Sie wurden nicht voll rehabilitiert und galten sowohl bei Behörden als auch bei der Bevölkerung als nicht gleichberechtigt. Die Anschuldigung der Kollaboration mit dem Feind während des Krieges wirkt noch immer nach. Das Dekret des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 29. August 1964 hat zwar den Vorwurf der Kollaboration zurückgenommen, aber das Verbot der Rückkehr in die früheren Siedlungsgebiete blieb in Kraft. Das wurde durch das nicht veröffentlichte Dekret vom 3. November 1972 indirekt bestätigt.

Die deutsche Bevölkerung der Sowjetunion hat seit der Amnestie des Jahres 1955 wiederholt versucht, die Staats- und Parteiführung von der Notwendigkeit einer vollen politischen und rechtlichen Rehabilitation sowie der Wiederherstellung der Autonomen Republik an der Wolga zu überzeugen. Bis 1964 waren es zumeist Bittgesuche von Einzelpersonen und kleineren Gruppen.

Im Jahre 1965 ist daraus eine Autonomiebewegung hervorgegangen, die zwei Delegationen zu Verhandlungen mit der Staats- und Parteiführung entsandte. Die Delegationen erreichten ihr Ziel nicht. Das führte zur Resignation und einer wachsenden Ausreisebewegung in den 1970er Jahren.

Der Autonomiegedanke wurde aber nie aufgegeben. In der Existenz einer lebensfähigen autonomen Republik mit einem funktionierenden Bildungswesen, mit ei-



Eine Gruppe deutschstämmiger Sowjetbürger demonstriert am 31. März 1980 auf dem Roten Platz in Moskau für ihre Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland. Sie entrollen Plakate mit Aufschriften wie „Sowjetdeutsche rufen SOS“ und „Laßt uns in die Heimat“. Sicherheitsbeamte griffen sofort ein und verhafteten die Demonstranten.

nem Verlag, mit Bibliotheken, Theatern, Presse, Funk und Fernsehen sah die deutsche Volksgruppe die Voraussetzung für den eigenen Fortbestand. Im Sommer 1972 bereitete sich deshalb erneut eine Delegation auf Verhandlungen in Moskau vor. Die Sicherheitsorgane bekamen davon Kenntnis und verhinderten die Fahrt nach Moskau.

Im Zeichen von Perestrojka (Umgestaltung) und Glasnost (Transparenz, Durchlässigkeit) der Ära Gorbatschow ist die Debatte um die Autonomie der Deutschen verstärkt wieder in Gang gekommen. Verglichen mit den Unabhängigkeitsbewegungen in Estland, Lettland und Litauen, mit der Bewegung der Krim-Tataren oder den Nationalitätenkonflikten im Kaukasus und in Mittelasien verlief die deutsche Autonomiebewegung in der UdSSR wesentlich ruhiger. Sie war gewaltfrei und zielte nicht auf Sezession ab. Zu Beginn des Jahres 1987 begannen in den deutschsprachigen Zeitungen Beiträge zu bis dahin tabuisierten Themen wie: ASSR der Wolgadeutschen, Arbeitslager, Deportation oder Autonomiebewegung zu erscheinen.

Im April 1988 bildeten die an verschiedenen Orten des Landes bereits existierenden inoffiziellen Gruppen der Autonomiebewegung eine Arbeitsgruppe. Sie bekam die Bezeichnung „dritte Delegation“ und sollte Verhandlungen mit der Partei- und Staatsführung aufnehmen.

Die vierte Delegation der Autonomiebewegung hat während ihres Aufenthalts in Moskau im Juli/August 1988 in zahlreichen Schriftstücken die ungelösten Probleme der Volksgruppe dargelegt und Lösungsvorschläge formuliert. Die personelle Zusammensetzung dieser Delegation zeigte, dass die Bewegung alle Regionen des Landes sowie alle Altersgruppen und sozialen Schichten erfasst hatte.

Im Jahr 1989 gab es zahlreiche Aktivitäten der Autonomiebewegung und Signale von offizieller Seite, die auf eine volle politische und rechtliche Rehabilitierung und Wiederherstellung der Autonomie bis zum Jahresende hoffen ließen. Ende März schlossen sich die einzelnen Gruppen zur Allunionsgesellschaft „Wiedergeburt“ zusammen. Im Statut der Gesellschaft wurde die volle Rehabilitierung der Deutschen in der Sowjetunion und deren Gleichberechtigung mit den anderen Völkern des Landes sowie die Wiederherstellung ihrer Staatlichkeit – der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik an der Wolga – als Hauptziele genannt. In einem Appell an die nicht-deutsche Bevölkerung des Wolgagebiets wurde versichert, dass die im Gebiet sesshafte Bevölkerung durch die Wiederherstellung der Rechte der deutschen Bevölkerung keine Nachteile erleiden werde. Man wolle vielmehr gemeinsam ein besseres Leben aufbauen.

Die Gesellschaft „Wiedergeburt“ wurde zwar bis zur Auflösung der UdSSR nicht staatlich registriert, doch den von ihr vertretenen Problemen schenkte man Aufmerksamkeit. Am 12. Juli 1989 bildete die Nationalitätenkammer des Obersten Sowjets der UdSSR eine Kommission zur Untersuchung der Lage der Deutschen in der UdSSR. Diese Kommission bereiste verschiedene Siedlungsgebiete und legte dem Obersten Sowjet der UdSSR am 28. November einen Bericht vor, in dem sie auf die Notwendigkeit einer Wiederherstellung der Autonomie hinwies. Der Oberste Sowjet der UdSSR stimmte dieser Schlussfolgerung im Prinzip zu.

Zuvor hatte das Zentralkomitee (ZK) der kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) im September seine Plattform zur Nationalitätenpolitik formuliert und der Oberste Sowjet der UdSSR am 14. Novem-

ber 1989 die Deportationen der Kriegsjahre für gesetzwidrig und verbrecherisch erklärt sowie die Gewährleistung der Rechte der deportierten Völker gefordert.

Die Gegner einer deutschen Autonomie organisierten zahlreiche Protestkundgebungen im Gebiet Saratow und in Moskau und verhinderten damit weitere Schritte. Diese Proteste haben zu einer Zuspitzung der Lage der im Wolgagebiet ansässigen Deutschen und zum Teil zu deren Abwanderung geführt.

Die Verschärfung der Auseinandersetzung führte zu einer Spaltung der Autonomiebewegung in eine populistische Strömung und eine Gruppierung, die auf der Plattform der KPdSU stand. Die Partei- und Staatsführung versuchte 1990/91, mit Hilfe ihrer Anhänger die Schaffung einer „Assoziation“ – einer Kulturautonomie ohne Territorium – als Lösung anzubieten. Eine überwältigende Mehrheit der Delegierten der III. Außerordentlichen Konferenz der Wiedergeburt lehnte diesen Vorschlag im August 1990 ab und sprach sich für die Wiederherstellung der territorialen Autonomie als einzig möglicher Garantie für den Fortbestand als Volksgruppe in der UdSSR aus.

Entscheidungen über die Zukunft der deutschen Volksgruppe sollte der „I. Kongress der Sowjetdeutschen“ treffen, zu dessen Vorbereitung der Ministerrat der UdSSR ein Organisationskomitee einsetzte.

Die Regierung hat aber am 7. März 1991 den Kongress kurzfristig auf unbestimmte Zeit vertagt. Begründet wurde dieser Schritt damit, dass die entsprechenden Rechtsakte in den Obersten Sowjets der UdSSR und der Russischen Unionsrepublik noch nicht abschließend behandelt worden seien.

Trotz der amtlich und über die Medien mitgeteilten Verschiebung des Kongresses und der Behinderung von Delegierten kamen über 500 gewählte Vertreter von Russlanddeutschen nach Moskau. Auf Antrag der Leitung der Gesellschaft „Wiedergeburt“ erklärte sich die Versammlung zum „Außerordentlichen Kongress der Sowjetdeutschen“, und es wurde symbolisch die „Deutsche Sozialistische Sowjetrepublik an der Wolga“ ausgerufen. Mit der Realisierung der Beschlüsse wurde ein gewählter „Provisorischer Rat“ beauftragt. Der stellvertretende Ministerpräsident Gusjew erklärte den Kongress und die dort gefassten Beschlüsse für illegal.

Im Herbst 1991 schien man einer Lösung nahe, denn Anfang Juni wurde der 1938 liquidierte „Deutsche Rayon“ im Altai wiederbegründet. Die schwankende Regierung der UdSSR wurde nach dem August-Putsch aufgelöst und die Regierung Russlands schien entschlossen handeln zu wollen.

Im November 1991 haben Bundeskanzler Helmut Kohl und Präsident Boris Jelzin



Foto: Privatbesitz

Protestkundgebung der Gegner einer Wiederherstellung der Wolgarepublik im Dezember 1989 auf dem Platz vor der ehemaligen evangelisch-lutherischen Kirche in Marx.

während dessen Besuchs in Bonn eine Gemeinsame Erklärung unterzeichnet. Russland bekannte sich darin zur „Wiederherstellung der Republik der Deutschen in den traditionellen Siedlungsgebieten ihrer Vorfahren an der Wolga“ sowie zur Schaffung und Förderung von nationalen Bezirken für die Deutschen in ihren gegenwärtigen Siedlungsgebieten.

Bei dieser Gelegenheit brachte Jelzin jedoch das Truppenübungsgelände um den

Eltonsee als Gegend, in der die Wolgadeutschen ihre Zukunft aufbauen könnten, ins Gespräch. Diese Auffassung hatte er am 8. Januar 1992 im Gebiet Saratow bekräftigt, und er machte deutlich, dass mit der Wiederherstellung der Wolgarepublik in absehbarer Zeit nicht mehr zu rechnen sei.

Die inhaltliche Politik der Regierungen der UdSSR und Russlands, die Absage an die Wiederherstellung der Wolgarepublik sowie der zunehmende Verdrängungs-

druck in Kasachstan und in Mittelasien führten dazu, dass in den Jahren 1991 und 1992 knapp 343 000 Russlanddeutsche nach Deutschland aussiedelten und über 801 000 einen Aufnahmeantrag stellten.

Ende 1991 hat die UdSSR aufgehört zu existieren. Mit der Herausbildung neuer Staaten fanden sich die im Lande verbliebenen Russlanddeutschen auf dem Gebiet dieser Staaten und mussten getrennte Wege gehen.

Die Situation in der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS)

Ute Heinen

Mit der Auflösung der Sowjetunion Ende 1991 und der Bildung unabhängiger Staaten begann für die Russlanddeutschen ein neues Kapitel ihrer Geschichte.

Statt wie bisher in einem Staatsverband leben die Russlanddeutschen in einer Reihe neuer, noch in der Konsolidierungsphase befindlicher Staaten mit ihrer je speziellen politischen und wirtschaftlichen Lage, nationalen und kulturellen Werten sowie unterschiedlichen Minderheitensituationen.

Staatenbildung und Migration

Alle Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion erlebten einen rasanten wirtschaftlichen Niedergang, wobei das traditionelle Nord-Süd-Gefälle grundsätzlich erhalten blieb. Produktivitätsrückgang durch den Abbau planwirtschaftlicher Lenkung ohne gleichzeitigen Aufbau marktwirtschaftlicher Strukturen, Importdruck durch den Wegfall der außenwirtschaftlichen Abschottung, mangelnde Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt, sinkende Realeinkommen der Bevölkerung sowie ausbleibende Gehaltszahlungen, Kaufkraftverlust und Arbeitslosigkeit sind einige der Faktoren, die das Bild in den neunziger Jahren in mehr oder minder großem Umfang prägten. Verminderte staatliche Anwendungen für Bildung und Gesundheitsversorgung zählten zu den Folgen. Die soziale Lage der Bevölkerung verschlechterte sich, viele Menschen, insbesondere Alte, Alleinerziehende und kinderreiche Familien gerieten an den Rand der Verarmung. „Nach Angaben des Instituts für Wirtschaftsforschung im Wirtschaftsministerium Kasachstans kann das derzeitige Durchschnittseinkommen nicht einmal das vom Arbeitsministerium berechnete Existenzminimum sichern. Große

Teile der Bevölkerung – Schätzungen schwanken zwischen 62 und 89 Prozent – leben in absoluter Armut. Auf drei Beschäftigte kommen zehn Arbeitslose. Zudem ist das staatliche Gesundheitswesen fast völlig zusammengebrochen. Medikamente sind für die Mehrheit der Bevölkerung kaum noch erschwinglich“ (Info Dienst 35/1999).

Die Konsolidierung neuer Nationalstaaten auf dem Territorium des Vielvölkerstaates Sowjetunion verschärfte die Lage. Das Fehlen klarer ethnischer Grenzen vieler Staaten, Konflikte innerhalb ethnischer Gruppen (zum Beispiel in Tadschikistan) und hohe Minderheitenanteile an der jeweiligen Landesbevölkerung (Kasachstan bildete den Spitzenreiter mit nur 40,1 Prozent Kasachen an der Gesamtbevölkerung) waren maßgebliche Faktoren dieser Problemsituation. 60 Millionen Menschen lebten außerhalb der Republiken ihrer Titularnation, 40 Millionen in ethnischen Mischehen.

Insbesondere in den mittelasiatischen Staaten bahnten sich Interessen zur Wiederbelebung der von der Sowjetunion unterdrückten kulturellen, sprachlichen und religiösen, das heißt islamischen, Identität den Weg.

Die Stärkung der jeweiligen Titularnation durch die Erhebung der eigenen Sprache zur Staatssprache wie auch die Unterstützung der Rückwanderung außerhalb des Staatsgebietes lebender Angehöriger der Titularnation (allein 60 000 Kasachen kehrten mit Unterstützung der kasachischen Regierung aus der Mongolei zurück) bedingten einen verstärkten Verdrängungsdruck gegenüber den Minderheiten. Die russische Sprache hat jedoch in allen Staaten der GUS einen hohen Stellenwert als Verkehrssprache beibehalten. So wurde eine gigantische Bevölkerungsbewegung in Gang gesetzt, innerhalb derer zwischen 1989 und 1995 neun Millionen Men-

schen, oft unfreiwillig, ihre Siedlungsgebiete verließen, darunter Russen, Ukrainer, Weißrussen und Russlanddeutsche.

Aussiedlung und Bleibehilfen

Unter dem Eindruck der wirtschaftlichen Umbruchsituation und ethnisch begründeter Benachteiligungen in einigen asiatischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion und aus Enttäuschung darüber, dass die Wiederherstellung der Staatlichkeit an der Wolga nicht erreicht werden konnte, entwickelte sich seit Ende der achtziger Jahre ein massenhafter Aussiedlerstrom in die Bundesrepublik Deutschland. Der Wunsch nach Familienzusammenführung mit bereits in Deutschland lebenden Verwandten und die Tatsache, dass es Russlanddeutschen erst seit Ende der achtziger Jahre in größerer Zahl möglich war auszuwandern, sind weitere Gründe.

Aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion siedelten

1990:	147 950 Personen
1991:	147 320 Personen
1992:	195 576 Personen
1993:	207 347 Personen
1994:	213 214 Personen
1995:	209 409 Personen
1996:	172 181 Personen
1997:	131 895 Personen
1998:	101 550 Personen
1999:	103 599 Personen

in die Bundesrepublik Deutschland aus.

Seit Mitte der neunziger Jahre ist die Zahl der Ausreiseanträge rückläufig, seit 1996 auch die Zahl der tatsächlichen Ausreisen. Dies dürfte in nicht unerheblichem Maße auch auf die Einführung eines Sprachtests im Rahmen des Aufnahmeverfahrens zurückzuführen sein.

Neben der Aussiedlung in die Bundesrepublik Deutschland hat sich die Ansiedlung in den Siedlungsschwerpunkten in der Russländischen Föderation für viele Familien zur Alternative entwickelt. Insbesondere die Siedlungsschwerpunkte Westsibiriens mit den beiden Deutschen Nationalen Rayons (Landkreise), aber auch die Wolgaregion und der Raum St. Petersburg nehmen Russlanddeutsche aus Kasachstan und den asiatischen Staaten auf. Viele reisen nämlich nicht nach Deutschland aus, weil sie die ehemalige Sowjetunion nicht verlassen wollen, in gemischt-nationale Ehen leben oder die Aufnahmevoraussetzungen für Deutschland nicht erfüllen.

Die Öffnung der Sowjetunion bzw. ihrer Nachfolgestaaten ermöglicht es der Bundesrepublik Deutschland seit 1990, ihre Aussiedlerpolitik um ein zweites Standbein zu ergänzen. Vor dem Hintergrund der hohen Aussiedlungszahlen war und ist es das Ziel der Bundesregierungen, die Lebensbedingungen in den Siedlungsgebieten zu stabilisieren und damit den Verbleib der deutschen Minderheiten in der GUS zu fördern. Noch mit der Sowjetunion wurde 1990 der „Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ geschlossen. Es folgten Verträge mit Kasachstan (1996) und der Ukraine (1996). Die Verträge festigen für die Russlanddeutschen ihre Stellung als Minderheiten. Der Bundesrepublik Deutschland wird damit die Förderung der deutschstämmigen Bürgerinnen und Bürger dieser Nationalstaaten in ihren jeweiligen Siedlungsgebieten erleichtert. Die deutschen Minderheiten sind zu einem wichtigen Faktor der bilateralen Beziehungen mit den Staaten der GUS geworden.

Die Maßnahmen und Projekte werden von bilateralen Regierungskommissionen zwischen dem betreffenden GUS-Staat und der Bundesrepublik Deutschland auf jährlichen Sitzungen diskutiert und beschlossen. Vertreter der Russlanddeutschen nehmen als Delegationsmitglieder an den Sitzungen teil.

Bereits 1990 lief das Hilfsprogramm in Russland an. Als Koordinator der Projekte wurde der „Verein für das Deutschtum im Ausland e.V.“ (VDA) beauftragt. Zu einer Zeit, da die Weltmacht Sowjetunion keiner anderen Organisation die Tätigkeit auf ihrem Territorium gestattete, leistete der VDA in einem völlig neuen Projektumfeld Pionierarbeit. Neben der kulturellen Förderung durch Sprachunterricht, der Einrichtung von Begegnungsstätten mit Bibliotheken und der Unterstützung von russlanddeutschen Medien erforderte die Umbruchsituation auch eine wirtschaftliche und soziale Stabilisierung der deutschen Minderheit. So wurden Gewerbebetriebe wie Käsereien, Molkereien, Bäckereien und Metzgereien eingerichtet sowie medizinische und sonstige humanitäre Hilfe geleistet. Schließlich umfasste die För-

derung auch den Ausbau von Siedlungsschwerpunkten, wie zum Beispiel der Deutschen Nationalen Rayons in Westsibirien. Probleme bei der Abrechnung der Projekte durch den VDA führten schließlich dazu, dass die Projektkoordination 1993 – nachdem sich die politischen Voraussetzungen geändert hatten – der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) übertragen wurden. Seit dem Jahr 2000 obliegt die Koordination ausschließlich der GTZ.

Neue Schwerpunkte

Die 1998 gewählte Bundesregierung und der neue Aussiedlerbeauftragte Jochen Welt führen grundsätzlich die Förderung für die Russlanddeutschen fort. Auch gibt es aus Regierungssicht keine Hinweise darauf, dass unter Präsident Wladimir Putin eine andere russische Politik in diesem Bereich zu erwarten wäre.

Allerdings setzt die deutsche Seite neue Schwerpunkte: Die Bundesregierung verfolgt verstärkt die Politik eines aktivieren des Staates, der Initiativen fördert und im Sinne einer Anschubfinanzierung lediglich den Rahmen für die Realisierung schafft.

Investive Maßnahmen und Großprojekte, wie zum Beispiel der Bau einer Ziegelei im Rayon Asowo oder der Ausbau einer russlanddeutschen Siedlung in St. Petersburg, werden nicht mehr finanziert. Ursache ist unter anderem, dass ihre Steuerung und Finanzplanung sich als besonders schwierig erwies.

Dagegen sollen Partnerschaften zwischen Deutschland und den GUS-Staaten, zum Beispiel Länder-, Städte-, Gemeinde-, Kreis-, Verbands- und Vereinspartnerschaften, verstärkt genutzt werden. Diese gesellschaftliche Vernetzung und der da-

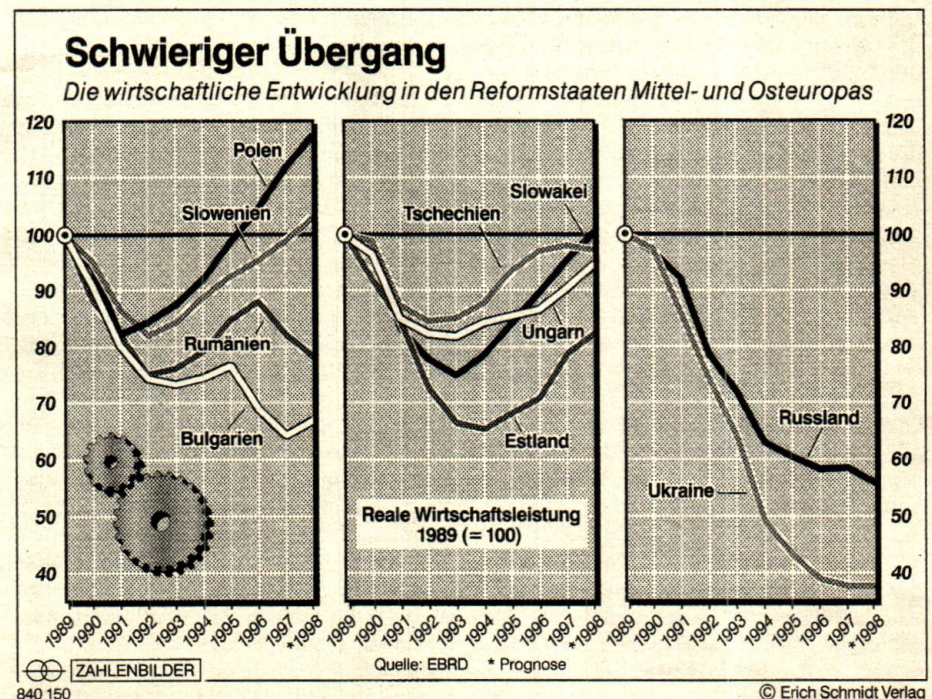
mit verbundene Kulturaustausch beziehen Menschen anderer Nationalitäten ein und sollen damit die gegenseitige Akzeptanz fördern sowie die Passgenauigkeit von Angeboten erhöhen. Im Sinne der „Hilfe zur Selbsthilfe“ und einer Breitenförderung sollen die Angebote mehr Menschen unmittelbar zugute kommen und die Eigenverantwortung der Russlanddeutschen stärken. Sowohl von der Minderheit selbst als auch von der jeweiligen Titularnation, um deren Staatsangehörige es sich handelt, muss grundsätzlich ein angemessener – auch finanzieller – Eigenbeitrag zum jeweiligen Gesamtprogramm geleistet werden.

Schwerpunkte der Förderkonzeption sind

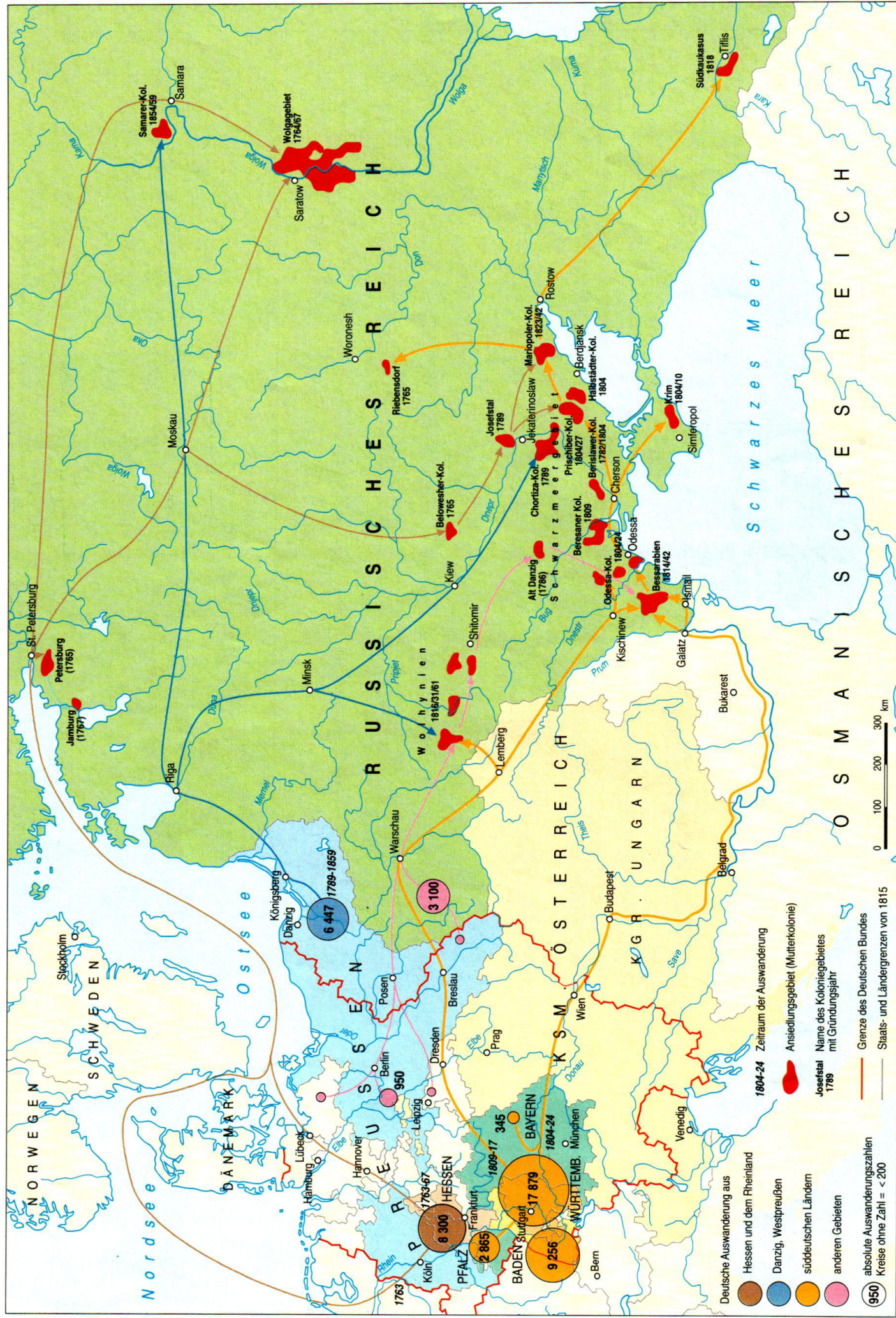
- ◇ ein 1996 eingerichtetes Begegnungsstättenprogramm in Russland und Kasachstan mit dem neuen Schwerpunkt Aus- und Fortbildungsmaßnahmen,
- ◇ außerschulischer Deutschunterricht,
- ◇ Förderung von Kultur, Sprache und Medien im Rahmen der auswärtigen Kulturpolitik,
- ◇ die Unterstützung der Selbstorganisationen deutscher Minderheiten,
- ◇ kleinere Wirtschaftshilfen,
- ◇ Hilfen im medizinischen Sozialbereich,
- ◇ Städtepartnerschaften und
- ◇ Informationsarbeit.

Für dieses Hilfsprogramm stehen im Jahr 2000 insgesamt 86 Millionen DM zur Verfügung (einschließlich der Mittel zur Auswärtigen Kulturförderung).

Neben der Bundesregierung engagieren sich auch Bundesländer wie zum Beispiel Baden Württemberg und Bayern, die Kirchen und weitere öffentliche sowie private Träger für die Deutschen in der GUS.

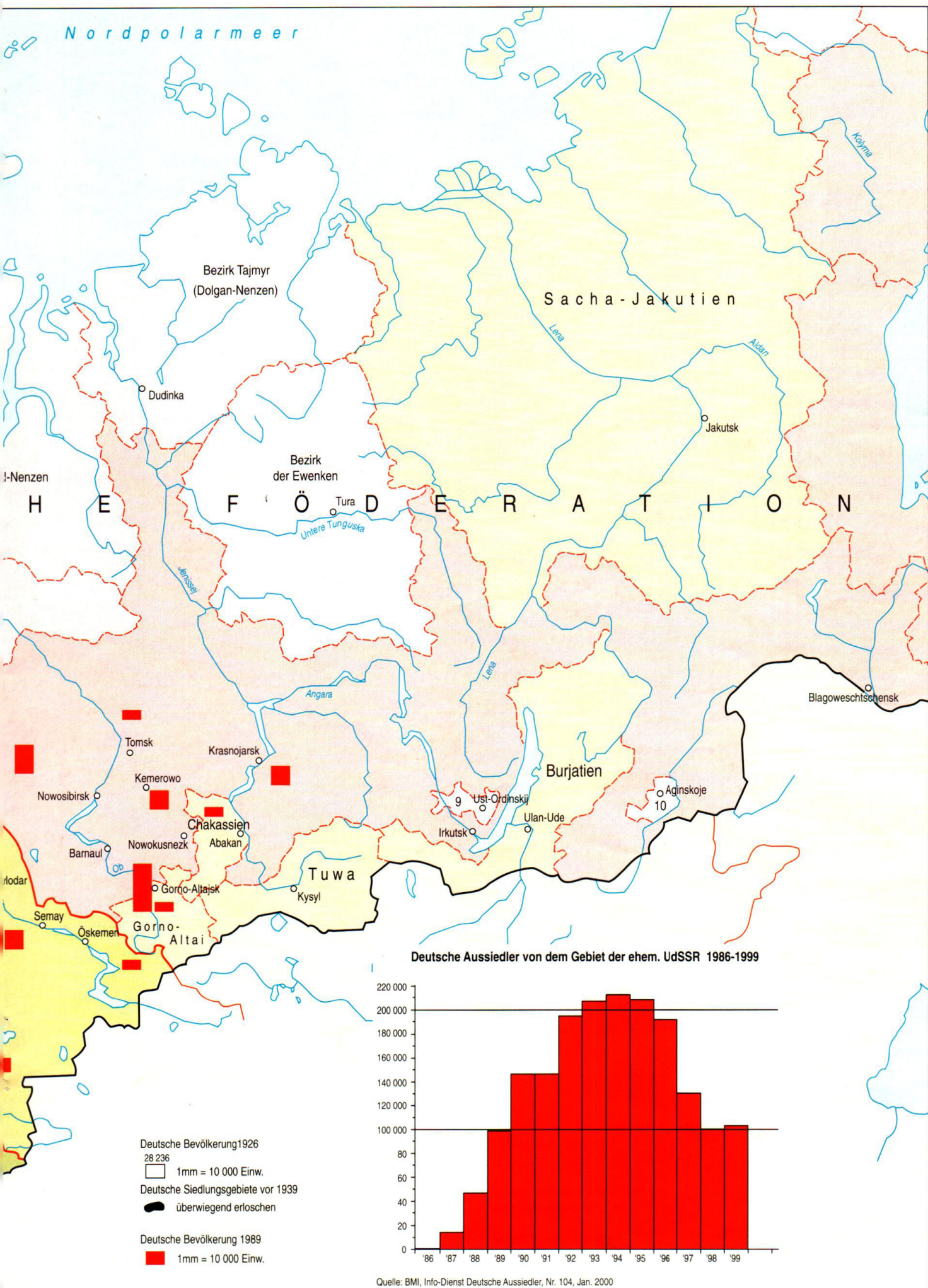


Deutsche Auswanderung nach Russland im 18. und 19. Jahrhundert



Ehemalige und heutige Siedlungsgebiete der Deutschen im Bereich der fr





Deutsche Aussiedler aus Polen und Rumänien





Gebirgstal bei Almaty (vorher Alma-Ata) der früheren Hauptstadt von Kasachstan.

Schwierige Lage

Die Lage der deutschen Minderheiten in den einzelnen Staaten der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) ergibt kein einheitliches Bild. Ihre Zahl kann nur geschätzt werden. Die letzte Volkszählung der Sowjetunion fand im April 1989 statt, wobei davon auszugehen ist, dass viele Russlanddeutsche sich aus Angst vor Diskriminierung nicht zu ihrer deutschen Volkszugehörigkeit bekannten. Lediglich in Kasachstan und Kirgisistan fanden 1999 Volkszählungen statt. In Russland wurde sie auf das Jahr 2002 verschoben.

Insgesamt, bilanziert Alfred Eisfeld für das Jahr 1998, „hat sich in allen GUS-Staaten der wirtschaftliche Niedergang und der Verlust an Zukunftsperspektiven fortgesetzt. Dazu schlug die unübersehbare Lähmung Russlands in allen Bereichen des politischen und gesellschaftlichen Lebens durch. Sie fand ihren Ausdruck in dem Wechsel zweier Regierungen und einem fortschreitenden Verfall des Rubelkurses.“

Im Folgenden wird die Situation der deutschen Minderheiten in Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, der Ukraine und in Russland schlaglichtartig skizziert (zu den einzelnen Mitgliedsstaaten der GUS vgl. auch „Informationen zur politischen Bildung“ Nr. 249 zum Thema „Gemeinschaft unabhängiger Staaten“, S. 14 ff.). Des weiteren leben kleine deutsche Minderheiten in Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, Turkmenistan, Usbekistan, Weißrussland sowie in den Baltischen Staaten, die nicht zur GUS gehören.

Bei der Bewertung der Entwicklung sind auch die Folgen zu berücksichtigen, die durch die Aussiedlungsbewegung für die

verbliebenen Angehörigen der Minderheiten entstehen. Fast jede Familie hat Verwandte in Deutschland, was Ausreisewünsche zur Familienzusammenführung nach sich zieht. Durch zahlenmäßige Reduktion des deutschen Bevölkerungsanteils sinken die Chancen auf Erhalt eines deutschen kulturellen Umfelds und muttersprachliche Bildung.

Mit dem Ziel einer breiteren Interessenvertretung forcierten die „Wiedergeburt“-Gesellschaften (s. S. 24, 30f.) verschiedener GUS-Staaten die Schaffung eines umfassenden Volkstages als Gremium, das im Namen der Russlanddeutschen mit allen Regierungen der GUS verhandeln könnte. Als Interimsorgan wurde der „Zwischenstaatliche Rat der Russlanddeutschen“ gewählt. Uneinigkeit unter den Verbänden und fehlende Finanzierungsmöglichkeiten verhinderten jedoch die Einsetzung des Volkstages.

Republik Kasachstan

Von den bei der Volkszählung im Jahr 1989 registrierten über 957 000 Russlanddeutschen (und damit der größten deutschen Bevölkerungsgruppe in einer Sowjetrepublik) siedelten zwischen 1992 und 1999 insgesamt 732 950 Personen nach Deutschland aus. Weitere wanderten in die Siedlungsschwerpunkte Russlands. Nach den Ergebnissen der Volkszählung vom Februar/März 1999 haben sich noch 353 400 Personen in Kasachstan als deutsche Volkszugehörige bekannt, allerdings bei anhaltender Ausreisetendenz. Siedlungsschwerpunkte in Kasachstan sind der Norden der Republik mit den Gebieten Karaganda, Akmola, Pawlodar und Kustanay sowie in Almaty im Süden.

Die wirtschaftliche Lage Kasachstans ist so schwierig, dass die Migration aus dem

Land zunehmend durch die sozialen Bedingungen begründet scheint. So stand zum Beispiel einem Anstieg der Konsumentenpreise um 335,9 Prozent in den Jahren 1993–1997 ein Rückgang der Reallöhne von 10,9 Prozent gegenüber. Erst 1996 setzte eine schwache Trendwende ein. Das staatliche Gesundheitswesen ist weitgehend zusammengebrochen. Die Aussiedlungsmotive sind jedoch auch ethnisch bedingt: Durch die Einführung von Kasachisch als Staatssprache und die damit verbundene Notwendigkeit des Erlernens einer weiteren Sprache befürchten viele Russlanddeutsche, sich noch weiter von der deutschen Kultur zu entfernen. Hinzu kommt ein spürbarer Druck gegenüber Minderheiten in dieser Umbruchphase, der von unten aus nationalistischen und islamisch fundamentalistischen Parolen gespeist ist. „Selbst Hochqualifizierte werden immer häufiger bei der Vergabe von Arbeitsstellen zugunsten kasachischer Bewerber übergangen“ (Info-Dienst 35/1999, S. 6).

Die kasachische Regierung betont ihr Interesse am Verbleib der Deutschen im Lande. 1992 wurde die deutsch-kasachische Regierungskommission ins Leben gerufen, die in den Folgejahren ein umfangreiches Förderungsprogramm beschloss. Dazu zählte 1996 die Einrichtung eines Sozialfonds zur Unterstützung insbesondere von ehemaligen Angehörigen der Arbeitsarmee. Die Umsetzung erweist sich auf kasachischer Seite infolge der Finanznot als schwierig. In Sozialstationen werden kostenfreie Arzneimittel an bedürftige Deutsche und ihre Nachbarn ausgegeben. Die kasachischen Behörden wollen die aufwendigen Zollformalitäten kurzfristig abbauen, die derzeit die Einführung humanitärer Güter erschweren.

Das Deutsche Haus in Almaty hat sich zum Zentrum für die deutsch-kasachische Zusammenarbeit entwickelt. Hier ist auch der 1992 gegründete Rat der Deutschen Kasachstans ansässig, ein bei der kasachischen Regierung registrierter Zusammenschluss von 14 Gebietsorganisationen der Russlanddeutschen.

Gefördert werden ferner der außerschulische Sprachunterricht sowie rund 50 Begegnungszentren. Die Jugendarbeit und verschiedene Ausbildungsprojekte sind weitere Schwerpunkte.

In Almaty erscheint die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ (ehemals „Freundschaft“, gegründet 1966). Im staatlichen kasachischen Radio sind deutsche Fenster eingerichtet, in denen neben allgemeinen Themen auch über die Lebensbedingungen der Deutschen in Kasachstan berichtet wird. Allerdings ist das Radioprogramm nur mit neuen Radiogeräten zu empfangen, über die viele der Adressaten nicht verfügen. Deshalb plant der Rat der Deutschen Kasachstans die Etablierung eines eigenen Programms. Im Fernsehen wird 60

Minuten wöchentlich die Sendung „Guten Abend“ ausgestrahlt. In Almaty hat auch das einzige deutsche Theater in der ehemaligen Sowjetunion seinen Sitz, das auch Gastspielreisen in der GUS und nach Deutschland unternimmt. Eine angeschlossene Theaterakademie wurde 1998 geschlossen. Rückläufige Deutschkenntnisse der Zuschauer bewirken, dass die Aufführungen heute simultan übersetzt werden müssen.

Kirgisische Republik

Die Situation in Kirgisistan ist durch die starke Abwanderung nichtkirgisischer Bevölkerungsteile gekennzeichnet. Zu den Ursachen dieser Entwicklung gehören der wirtschaftliche Niedergang des Landes seit Beginn der Wirtschaftstransformation verbunden mit einem erheblichen Absinken des Lebensstandards und hoher Arbeitslosigkeit, ein wachsendes Nationalbewusstsein sowie eine damit einhergehende Benachteiligung nichtkirgisischer Bevölkerungsteile. Von den über 100 000 Angehörigen der deutschen Minderheit 1989 sind nach der Volkszählung 1999 lediglich 21 500 deutschstämmige Bürgerinnen und Bürger im Lande verblieben, die überwiegend in der Hauptstadt Bischkek oder in der Umgebung leben. Auch die kirgisische Regierung bedauert den Weggang der Deutschen. Präsident Askar Akajew hat ihn in einem Interview in der in Moskau erscheinenden Zeitung „Neues Leben“ vom 7. April 1998 als „volkswirtschaftlichen Schaden“ bezeichnet, dem sein Land entgegenzuwirken sucht. So wurde zum Beispiel die Benachteiligung von Arbeitnehmern, die nicht Kirgisisch sprechen, gesetzlich untersagt.

1992 wurde die deutsch-kirgisische Regierungskommission gegründet. Am 29. Januar 1992 unterzeichnete Präsident Akajew den Erlass „über die Bildung deutscher nationaler Kulturbezirke sowie nationaler Produktionsstrukturen und kommerzieller Einrichtungen in der Republik Kirgisistan“. Das Parlament wurde daran nicht beteiligt. Auf der Basis des Erlasses sollen in den Orten Sokuluk und Tschuj der muttersprachliche Unterricht in Schulen und Vorschulen sowie Kulturhäuser aufgebaut und Zusammenschlüsse von Landwirten und Unternehmern geschaffen werden. Der Interessenvertretung der Russlanddeutschen in Kirgisistan, dem „Volksrat der Deutschen“, haben sich auch elf Unternehmen angeschlossen. Er hat seinen Sitz im 1998 eröffneten Kirgisisch-Deutschen Haus, das auch eine Sozialstation, ein Begegnungszentrum sowie ein Zentrum für Jugendarbeit beherbergt.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Ausreisen beschloss die Deutsch-Kirgisische Regierungskommission 1998 die Konzentration auf soziale Hilfen. So werden die Einrichtung von Sozialstationen sowie die Lieferung von Medikamenten und medizinischen Präparaten unterstützt. In



Zweisprachige Broschüre katholischer Hilfswerke zur Information der Russlanddeutschen über die Bundesrepublik Deutschland vom Januar 2000.

Bischkek bildet ein deutscher Automobilkonzern Jugendliche zu Kfz-Mechanikern aus. Die Ausbildung wird auch in Deutschland anerkannt.

Republik Tadschikistan

Von circa 32 000 im Jahr 1989 in Tadschikistan lebenden Deutschen sind im Jahr 2000 lediglich noch etwa 1000 bis 2000 im Lande verblieben. In Tadschikistan entbrannte 1992 (bis 1993), vornehmlich in den südlichen Landesteilen, ein äußerst gewaltsamer Bürgerkrieg, der große Flüchtlingsströme nach sich zog. Um der Kriegsgefahr zu entgehen, verließen deutsche Familien Hals über Kopf das Land und versuchten über Moskau nach Deutschland zu gelangen. Am 23. August und am 10. November 1992 wandten sich die Russlanddeutschen an Bundeskanzler Kohl mit der Bitte um „Sofortmaßnahmen zur dringlichen Evakuierung aller Russlanddeutschen aus Tadschikistan“. Eine pauschale, ungeprüfte Übernahme aller Flüchtlinge aus Tadschikistan wurde von der Botschaft jedoch unter Hinweis auf geltendes Recht (ein geregelter, mit einer Einzelfallprüfung verbundenes Aufnahmeverfahren) abgelehnt. Die Bundesregierung sah die Deutschen nur im gleichen Maße betroffen wie die übrige Zivilbevölkerung. Jedoch wurde das Aufnahmeverfahren beschleunigt. Die vorrangige Behandlung der Ausreisearträge durch die Deutsche Botschaft in Taschkent ermöglichte 1992 und 1993 insgesamt 8106 Deutschen, Tadschikistan zu verlassen.

Die noch im Lande verbliebenen Russlanddeutschen werden vorrangig durch Paketsendungen für besonders bedürftige Familien unterstützt. Es bestehen zwei Begegnungszentren; über die deutsche Botschaft werden Sprachkurse für die deutsche Minderheit und Mitglieder anderer Nationalitäten in Tadschikistan organisiert.

Ukraine

Nach der Volkszählung aus dem Jahr 1989 lebten in der Ukraine 37 849 Russlanddeutsche. Sie siedelten vornehmlich verstreut im Süden bei Odessa und im Gebiet des Dnepr-Deltas sowie kompakt in der Karpato-Ukraine. Die Karpato-Ukraine war in der Zwischenkriegszeit Teil der Tschechoslowakei sowie in der Kriegszeit Teil Ungarns und kam erst 1945 zur Sowjetunion. Bei den Deutschen dort ist ein starker Auswanderungstrend festzustellen.

Offenbar als Reaktion auf die russische Politik im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der Staatlichkeit der Deutschen an der Wolga lud der damalige Präsident der Ukraine, Leonid Krawtschuk, am 23. Januar 1992 Deutsche aus Sibirien, Kasachstan und Mittelasien zur Umsiedlung in die Ukraine ein, unabhängig davon, ob sie oder ihre Familie aus der Ukraine stammten. Zur Betreuung der Umsiedler wurde der Ukrainisch-Deutsche Fonds gegründet, der neben den von der Ukraine bereitgestellten fünf Millionen Rubel auch mit Mitteln aus Deutschland unterstützt werden sollte.

Obwohl die politischen Rahmenbedingungen gut waren und auch die Bereitschaft zur Wiedergutmachung von Kriegsunrecht innerhalb der Bevölkerung hoch einzuschätzen war, erwies sich die Ansiedlung der Deutschen als problematisch: Diejenigen Russlanddeutschen, die nicht nachweisen konnten, dass ihre Vorfahren aus der Ukraine deportiert worden waren, konnten frühestens nach fünf Jahren die ukrainische Staatsbürgerschaft beantragen. Sie stellte eine Voraussetzung für den Landerwerb dar, der auch danach aufgrund des Fehlens eines Bodenerwerbsgesetzes erschwert, wenn nicht sogar unmöglich war. Viele Russlanddeutsche, unter ihnen auch Umsiedler aus Kasachstan und Mittelasien, kehrten daher oft nach jahrelangem Wohnen in einem nur als Übergangsunterkunft gedachten Container der Ukraine den Rücken und siedelten nach Deutschland aus.

Zur Lösung dieser Problematik wurde am 3. September 1996 ein Abkommen zwischen den Regierungen der Ukraine und der Bundesrepublik Deutschland über die Zusammenarbeit bei der Förderung der deutschen Minderheit geschlossen. Es formuliert in Artikel acht ausdrücklich die Verpflichtung Deutschlands zur Unterstützung der deutschen Minderheit in der Ukraine. In der Folge vereinbarte im Februar 1998 die Deutsch-Ukrainische Regierungskommission, die bisherigen Fördermaßnahmen in der Südukraine, vor allem im Gebiet Odessa, fortzusetzen. In der Stadt Odessa wurde 1993 mit Hilfe des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales und der Bayerischen Lutherischen Landeskirche ein Kulturzentrum, das Bayerische Haus, eingerichtet. Es verfügt über ein umfassendes kulturelles An-

gebot (zum Beispiel Konzerte und Vorträge) sowie ein Sprachkursangebot. Zugleich versteht es sich als Zentrum deutsch-ukrainischer Begegnungen.

Russland

Die multinationale Föderation umfasst 21 Republiken mit nichtrussischen Titularnationen und eigenen Verfassungen, sechs Regionen, 49 Gebiete sowie zehn autonome Kreise. Die Bevölkerung ist weder als Titularnation noch als Staatsvolk eindeutig definiert. Sie gehört zur ostslawischen Sprachengruppe und konfessionell zur russisch-orthodoxen Kirche. Die Titularnationen der Republiken und nationalen Gebietseinheiten gehören verschiedenen Völkern und Sprachgruppen an (unter anderem ostfinnische, kaukasische, türkische, mongolische) und haben einen unterschiedlichen religiösen (darunter moslemischen und buddhistischen) und kulturellen Hintergrund. (Vgl. Informationen zur politischen Bildung, Nr. 249.)

Zum Zeitpunkt der Volkszählung 1989 bekannten sich 842 295 Einwohner der Russländischen Föderation zu ihrer deutschen Volkszugehörigkeit. Mit geschätzten 800 000 Personen ist die Minderheitsgruppe auch im Jahr 2000 noch sehr groß. Doch aus Russland gibt es ebenfalls Ausreisen in beachtlichem Umfang, wenn sie auch in der Relation wesentlich geringer sind als die aus Kasachstan. So siedelten von 1992 bis 1999 aus der Russländischen Föderation 460 693 Personen aus, die Zahl der Aussiedler aus Kasachstan betrug im gleichen Zeitraum 732 950 Personen. Hierfür dürfte vor allem die wesentlich stabilere Minderheitensituation maßgeblich sein. Trotz der auch in Russland sehr schwierigen wirtschaftlichen Situation, die sich nach einer leichten Besserung mit der Rubel-Krise im Sommer 1998 nochmals verschärfte, wurde die Russländische Föderation nach dem Zerfall der Sowjetunion zum Aufnahmeland für Russlanddeutsche aus den mittelasiatischen Staaten der GUS.

Die Siedlungsgebiete der Russlanddeutschen in der Russländischen Föderation liegen heute in Westsibirien, in den Gebieten Tomsk, Nowosibirsk, Barnaul und Omsk. Hier befinden sich auch die beiden 1991 und 1992 wieder errichteten Deutschen Nationalen Rayons Halbstadt (Altai-Region) und Asovo (bei Omsk). Weitere Siedlungsschwerpunkte befinden sich an der Wolga: Burni im Rayon Engels und Stepoje im Rayon Marx, beide im Gebiet Saratow, sowie Galki mit einigen umliegenden Ortschaften im Rayon Kamyschin, Gebiet Wolgograd, die innerhalb der Grenzen der ehemaligen Wolgarepublik liegen. Für eine Wiedererrichtung der Wolgarepublik selbst gibt es aufgrund der politischen Entwicklung in der Ära Jelzin (1991–1999) kaum noch Chancen.

1993 beschloss die Deutsch-Russische Regierungskommission im Gebiet Leningrad

Augenzeugenbericht eines Russlanddeutschen

[...] Auf der Krim gab es viele große Kolonien mit bis zu tausend Einwohnern. Auch in den Städten Simferopol, Sewastopol, Feodosia und Kertsch wohnten viele Deutsche. Insgesamt lebten auf der Krim mehr als 50 000 Deutsche.

Im Jahre 1930 wurden wir enteignet. [...] Wir arbeiteten im Kolchos. Und dann kam der Hunger in den Jahren 1932/33 als Folge der übereilten Kollektivierung. [...] Ganze Dörfer starben aus. Kinder, deren Eltern gestorben waren, zogen bettelnd durchs Land. Millionen kamen ums Leben. [...]

Und dann, wir hatten uns einigermaßen erholt, kam ein neuer Schlag: Im November 1937 um zwei Uhr nachts wurde mein Vater verhaftet und zur gleichen Zeit seine Brüder und zwölf Vettern. [...] Von ihnen allen haben wir nie mehr etwas gehört. Es war die Zeit der großen „Säuberung“ Stalins.

Das Ende für die Deutschen auf der Krim kam dann im August 1941, als die deutschen Truppen sich näherten. Innerhalb von vier Stunden mussten alle Deutschen zur Evakuierung bereit sein. Pro Person durften nur fünfzig Kilogramm Gepäck mitgenommen werden. Wer sich weigerte, sollte als Staatsfeind erschossen werden. [...] Außer uns wurden auch die Krimtataren, allerdings erst 1944, aus ihrer Heimat vertrieben. Sie dürfen auch bis heute nicht zurückkehren. Wir wurden in Viehwagen verladen, immer 120 Menschen in einen Wagen. Es war so eng, dass man sich kaum rühren konnte. Wir waren zwei Wochen unterwegs und wurden dann im Kaukasus ausgeladen, wo wir in Kolchosen arbeiten mussten.

Anfang Oktober wurden wir wieder verladen, insgesamt 5000 Menschen, und am 28. Oktober in der Nacht an einer kleinen Station etwa 900 km südlich von Petropawlowsk im nördlichen Kasachstan ausgeladen. Es herrschte hier schon strenger Frost und Schneesturm. Wir aber hatten keine Winterkleidung. Frost waren wir im milden Klima der Krim nicht gewöhnt. Die Nacht mussten wir unter freiem Himmel verbringen. Am Morgen kamen Schlitten, die uns in Dörfer brachten, in denen wir in die Häuser der dortigen Einwohner eingewiesen wurden. Die Bevölkerung, die noch nie Deutsche gesehen hatte und der die sowjetische Propaganda die schrecklichsten Dinge über uns berichtet hatte, empfing uns feindselig. [...]

Wir mussten auf freiem Felde bei Kälte bis zu 20 Grad zwölf bis vierzehn Stunden täglich mit hungrigem Magen arbeiten. Alte Leute und Kinder begannen bald zu sterben, und auch wir jungen Leute wurden immer schwächer. Im Januar 1942 wurden alle arbeitsfähigen Männer in die so genannte Arbeitsarmee eingezogen. Wir wurden nach Tscheljabinsk in ein großes metallurgisches Werk

gebracht, das Rüstungsgüter produzierte. [...] Insgesamt arbeiteten dort 78 000 Deutsche. Wir mussten zwölf bis vierzehn Stunden im Freien arbeiten ohne einen freien Tag und im Winter bei grimmiger Kälte. Wir lebten in kalten hölzernen Baracken, schliefen auf nackten Brettern ohne Decken, so wie wir von der Arbeit kamen. Uns quälten Kälte, Hunger, unerträglich schwere Arbeit und Läuse, die uns wund machten, da wir monatelang kein Bad nehmen konnten. Ich erfror mir die Zehen, so dass ich vor Schmerzen kaum gehen konnte. Die Leute starben wie die Fliegen. Sie wurden aber nicht gleich beerdigt, sondern erst, wenn etwa hundert Leichen zusammenkamen. Dann kam ein Lastwagen. Die Toten wurden wie Holzstücke in eine große Grube geworfen. Dieses Werk in Tscheljabinsk wurde auf unseren Knochen aufgebaut – und nicht nur dieses Werk. Zur Arbeit wurden wir von Wachsoldaten mit Wolfshunden begleitet. [...]

Fünf Jahre lang mussten wir unter solchen Bedingungen arbeiten. [...]

Mitte 1947 wurden wir aus der Arbeitsarmee entlassen, und ich kam in ein Werk nach Glasow. [...]

Wir befanden uns nun in einem „Speziallager“, unterstanden einer speziellen Kommandantur und mussten uns dort jede Woche melden. Bei Fluchtversuch würden wir zu fünfundzwanzig Jahren Zwangsarbeit verurteilt. [...]

Nach Stalins Tod wurden die „Speziallager“ aufgehoben, wir durften reisen und erhielten zum ersten Mal einen Pass. Doch mussten wir unterschreiben, dass wir nie mehr in unser Heimatgebiet zurückkehren würden und dass wir keine Ansprüche an den Staat für die enteigneten Werte stellen würden. Damit wurde das uns angetane Unrecht legalisiert.

Wir fuhren dann im Jahre 1956 nach Karaganda. Dort arbeitete ich wieder als Elektroschweißer. Wir bekamen zwei Söhne und eine Tochter. Karaganda ist eine Stadt von 625 000 Einwohnern, von denen 78 000 Deutsche sind. Viele wollten nach Deutschland ausreisen. Man organisierte eine Unterschriftensammlung von einigen Tausend Unterschriften, die der Deutschen Botschaft gesandt wurden. Die Organisatoren wurden verhaftet und bis zu drei bis fünf Jahren Haft verurteilt. Ich selbst habe siebenmal einen Antrag auf Ausreise gestellt. Ein Vetter meiner Frau lebte in der Bundesrepublik und hatte uns angefordert. Mein Gesuch wurde immer abgelehnt, und erst jetzt, im Juni 1987, konnten wir ausreisen. Meine Kinder aber sind noch dort, und ich hoffe, dass auch sie herkommen können, solange ich noch lebe. [...]

Sven Steenberg, Die Rußlanddeutschen. Schicksal und Erleben, München 1989, S. 117 ff.



Foto: dpa

Siedlung Neudorf-Strelna in der Nähe von St. Petersburg Anfang 2000. In diese mit deutschen und russischen Mitteln erbauten Ein- und Zweifamilienhäuser sind Ende des Vorjahres die ersten deutschstämmigen Familien eingezogen.

einen weiteren Siedlungsschwerpunkt für die Russlanddeutschen auszubauen. In Peterhof-Strelna wurde eine Modellsiedlung mit Häusern für Familien aus Mittelasien und Kasachstan konzipiert. Ein erster Bauabschnitt sollte 50 Wohneinheiten umfassen, in einem zweiten sollten weitere 68 Häuser folgen. Die Häuser waren zunächst als genossenschaftliches Eigentum geplant, sollten aber später von den Bewohnern käuflich erworben werden können. Durch eine breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit sollte die Bevölkerung der Umgebung von dem Projekt überzeugt werden. In einer Umfrage äußerten sich nach Auskunft der Agentur für territoriale Entwicklung Neudorf-Strelna von 1333 Befragten 69 Prozent „positiv“, 21 Prozent „neutral“ und 9,8 Prozent „eher negativ“ bzw. „negativ“. Dennoch gab es Proteste gegen die Siedlung.

Die ersten fertig gestellten Häuser wurden 1998 bezogen. Aufgrund von Problemen mit den lokalen Behörden, die es für die Neusiedler erschwerten, ein dauerhaftes Wohnrecht für die Region zu erhalten, und wegen erheblich gestiegener Projektkosten beschloss die Bundesregierung, das Projekt nicht weiter zu betreiben. Dies entsprach auch ihrer Entscheidung, keine Großprojekte mehr zu fördern. Eine abschließende Förderung von 500 000 DM soll den Abschluss der ersten Bauphase sicherstellen. Sie enthielt darüber hinaus Mittel für Kleinunternehmen, um den Neubürgern eine wirtschaftliche Basis zu sichern.

Die Siedlungsschwerpunkte in der Russländischen Föderation sind zum Anziehungspunkt für Russlanddeutsche aus Kasachstan und den anderen asiatischen Staaten der GUS geworden. Sie und die umliegenden Gebiete mit einem hohen Anteil an russlanddeutscher Bevölkerung stehen

im Zentrum des Engagements der Bundesrepublik Deutschland für die Russlanddeutschen. Dazu zählt insbesondere auch Westsibirien.

In Russland existiert eine Vielzahl von gesellschaftspolitischen Vereinigungen der Russlanddeutschen, darunter zum Beispiel der „Internationale Verband der Russlanddeutschen“ oder der „Internationale Verband der Deutschen Kultur“ (IVDK). Uneinigkeit untereinander hat jedoch die Zusammenführung unter einem Dach bisher verhindert. Die Gesellschaft „Wiedergeburt“, die seit ihrer Gründung 1989 die Autonomiebewegung vertrat, konnte ihre Registrierung beim russischen Staat als föderale Gesellschaft nicht mehr erreichen.

Ein neuer Anlauf zur Initiierung einer gesellschaftspolitischen Bewegung wurde mit der erneuten Gründung einer gesamt-russischen Organisation „Wiedergeburt“ auf einer Konferenz von „Vertretern gesellschaftlicher Vereinigungen und national-territorialer Einheiten der Deutschen in der Russischen Föderation“ am 18. März 2000 in Moskau gestartet.

Autonomiebestrebung

Seit den sechziger Jahren kämpfte die deutsche Autonomiebewegung für die Rehabilitierung der Russlanddeutschen. Ziel war die Wiederherstellung ihrer am 28. August 1941 im Sinne der sowjetischen Verfassung von 1936 widerrechtlich aufgelösten Republik an der Wolga. Mit ihrer Wiedereinrichtung verbanden die Russlanddeutschen die Schaffung eines politischen, kulturellen und wissenschaftlichen Zentrums für in der gesamten ehemaligen UdSSR lebende Deutsche als eine wesentliche Voraussetzung für den Erhalt der

Volksgruppe, ihrer Sprache und Identität (vgl. hierzu auch S. 20 ff.). Die Wiederherstellung dieser Republik an der Wolga ist bis heute ein Kristallisationspunkt für Angehörige der deutschen Minderheiten, unabhängig von ihrer aktuellen Staatszugehörigkeit. Auch die Bundesrepublik Deutschland misst der vollen Rehabilitierung der Russlanddeutschen hohe Bedeutung bei.

Am 26. April 1991 verabschiedete der Oberste Sowjet der Russländischen Föderation ein Gesetz „Über die Rehabilitierung der repressierten Völker“, das auch die Wiederherstellung der während des Zweiten Weltkrieges aufgelösten Autonomen Republiken und Gebiete vorsah. Die Umsetzung des Gesetzes wurde jedoch ausgesetzt und bis heute nicht vollzogen. Dies wird durch die Verfassung vom 12. Dezember 1993 untermauert, die insofern neue Tatsachen schuf, als Grenzen zwischen den Subjekten der Föderation nur in gegenseitigem Einvernehmen geändert werden können.

Scheitern der Wolgarepublik

Im November 1991 unterzeichneten der ehemalige Präsident Boris Jelzin und der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl eine Gemeinsame Erklärung, in der auch der Punkt der Wiedererrichtung der Wolgarepublik enthalten war. Insbesondere drei Faktoren machten das Projekt zunichte:

◇ Das Angebot eines steppenartigen Geländes am Eltonsee, das außerhalb der traditionellen Grenzen der Wolgarepublik liegt und früher als Militärversuchsgelände gedient hatte, als Ort der Wiederansiedlung,

◇ das Moratorium des Obersten Sowjets der Russländischen Föderation vom Dezember 1991, das Gebietsveränderungen für die Dauer von fünf Jahren untersagte sowie

◇ Proteste der in den Siedlungsgebieten an der Wolga mittlerweile ansässigen russischen Bevölkerung.

Im Januar 1992 distanzierte sich Präsident Jelzin sichtlich von seiner kurz zuvor gegebenen Zusage. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages reagierte, indem er die für den Wiederaufbau der Wolgarepublik für das Haushaltsjahr 1992 bereit gestellten 50 Millionen DM sperrte. Die Mittel sollten, so war es mit dem Vorsitzenden des Staatskomitees für Nationalitätenpolitik Leonid Prokopjew und den Gebietsverwaltungen abgestimmt, vor allem der Bevölkerung jener Landkreise zugute kommen, die zur Wolgarepublik gehört hatten.

Im Sommer 1992 wurden neue Hoffnungen genährt. Am 23. April 1992 unterzeichneten der damalige Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen Horst Waffenschmidt (MdB) und für die Russische Regierung Minister Valerij Tischkow das

„Protokoll über die Zusammenarbeit zur stufenweisen Wiederherstellung der Staatlichkeit der Russlanddeutschen“. In einem ersten Schritt sollte nach einem Erlass von Präsident Jelzin vom 21. Februar 1992 im Gebiet Saratow ein erster deutscher Landkreis an der Wolga ausgebaut werden (das Vorhaben war zu diesem Zeitpunkt jedoch durch das Moratorium über Gebietsveränderungen nicht realisierbar). Ihm sollte im Gebiet Wolgograd ein *Okrug* (Bezirk, dessen Einwohner überwiegend einer Minderheit angehören) folgen. Umgesetzt wurde das Vorhaben indes nicht. Lediglich in den Orten Bogdaschkino und in Galki, die beide im Gebiet Wolgograd liegen, konnte je ein deutscher Gemeinderat eingesetzt werden.

In den verschiedenen Regionen und Staaten mündete die Diskussion um die Autonomie und die Taktik der russischen Regierung in wenig konkrete Überlegungen, Russlanddeutsche zum Beispiel in Kaliningrad, auf der Krim und in Jekaterinenburg anzusiedeln. In diese Zeit fällt auch das Angebot des damaligen ukrainischen Präsidenten Leonid Krawtschuk vom 23. Januar 1992, in dem er 400 000 Deutschen aus Sibirien, Kasachstan und Mittelasien die Ansiedlung in der Ukraine in Aussicht stellte.

Kulturautonomie

1996 beschloss die russische Regierung die Kulturautonomie als Lösung der Nationalitätenfrage. Am 19./20. Dezember 1997 wurde die Konstituierung einer „National-kulturellen Autonomie“ der Russlanddeutschen in Gang gesetzt. Die Kulturautonomie beinhaltet die Gewährung größerer kultureller Selbstbestimmung in eigenen Bildungs- und Kultureinrichtungen, jedoch ohne ein eigenes Territorium.

Das „Programm für die Entwicklung der sozial-ökonomischen und kulturellen Basis für die ‚Wiedergeburt‘ der Russlanddeutschen für die Jahre 1997 bis 2006“ im August 1997 sieht eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen in 21 Republiken, Regionen und Gebieten Russlands vor. „Zur Finanzierung sollen Mittel aus dem Haushalt Russlands und der beteiligten Regionen und Gebiete sowie Mittel aus Deutschland eingesetzt werden. In den in Aussicht genommenen zehn Jahren würde es möglich sein, über 100 000 Umsiedler vor allem aus GUS-Republiken aufzunehmen, über 22 000 Arbeitsplätze zu schaffen und circa 1 470 000 Hektar Land zu bewirtschaften“ (Eisfeld 1999). Am 19./20. Dezember 1997 fand in Moskau der Gründungskongress der föderalen Kulturautonomie statt, unter dessen Dach die lokalen Kulturautonomien zusammengefasst werden sollen.

Die Erwartungen der deutschen Minderheit an die Kulturautonomie waren gespalten. Einerseits wurden neue Impulse zur Stabilisierung der Minderheitensituation durch den Ausbau der deutschen Sprache und Kultur erwartet. Andererseits kriti-

sierte zum Beispiel Alexander Fahrenbruch (damaliger Vorsitzender der „Wiedergeburt“ in der Russländischen Föderation) die rechtliche und finanzielle Basis der Kulturautonomie: „Das Gesetz über die nationale Kulturautonomie sieht die Schaffung einer gesellschaftlichen Struktur vor, die direkt in das staatliche System eingebunden ist. Und nicht zu vergessen die Finanzierung durch den Staat, die dem Gesetz nach möglich ist – sie kann funktionieren oder auch nicht, ist also völlig vom Staat [...] abhängig“ (Neues Leben, 23. Dezember 1996). In einer gemeinsamen Erklärung betonten elf russlanddeutsche Verbände, dass die Kulturautonomie in keiner Weise die Frage einer territorialen Autonomie löse, sahen sie aber als Ansatzpunkt für weitere Schritte an.

In den ersten Jahren ihres Bestehens (bis Mitte 2000) konnte die Kulturautonomie insgesamt betrachtet die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen. Eine Ursache dafür sind Konflikte zwischen den russlanddeutschen Verbänden und russischen Stellen. Im Programm selbst liegende Ungereimtheiten, wie zum Beispiel die Möglichkeit mehrerer Kulturautonomien auf einem Territorium, waren eine weitere Ursache. Im Ergebnis wurden die Möglichkeiten zur Initiierung von Projekten nicht nachhaltig genutzt. Sowohl die russische Regierung als auch die deutsche Regierung, welche die Kulturautonomie grundsätzlich begrüßt, hielten sich in der Finanzierungsfrage zurück.

Im Dezember 1999 wurde der neu gewählte Duma der Russländischen Föderation der Entwurf eines Föderalen Gesetzes „Rehabilitierung der Russlanddeutschen“ vorgelegt. Der Gesetzentwurf sieht auch die territoriale Rehabilitierung durch die Schaffung kompakter Siedlungsgebiete in

national territorialen Einheiten mit lokaler Selbstverwaltung vor. Von einer Wiedererrichtung der Wolgarepublik in ihren territorialen Grenzen ist dagegen nicht die Rede. Eine Verabschiedung des Gesetzes ist derzeit nicht in Sicht.

Nationale Rayons in Westsibirien

Die Deutschen Nationalen Rayons (ein Rayon entspricht einem Landkreis) Halbstadt in der Altai-Region und Asowo bei Omsk sind die einzigen Verwaltungseinheiten mit größeren Selbstbestimmungsmöglichkeiten für die Russlanddeutschen, die auf dem Gebiet der Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion bis zum Jahr 2000 wieder eingerichtet wurden.

Die Gesellschaft „Wiedergeburt“ arrangierte sich mit der Entwicklung. Sie sah in den Rayons eine Gefahr für ihr übergeordnetes Ziel der territorialen Rehabilitierung an der Wolga, die damals, 1991/92, erreichbar schien. Andere sahen in den Rayons den ersten wichtigen Schritt zum Ziel. Für die Bundesregierung stand der Ausbau der Rayons seit ihrer Gründung im Mittelpunkt der Förderung.

Erste Siedlungsgründungen in Westsibirien durch Deutsche hatte es im Rahmen der russischen Sibirienbesiedlungspolitik bereits Ende des 18./Anfang des 19. Jahrhunderts gegeben. 1927 war der Rayon Halbstadt entstanden, wurde aber wie alle deutschen Rayons im Jahr 1938 aufgelöst. Die Bevölkerung entging jedoch der Deportation. Daher verfügte die Region 1991 über einen hohen Prozentsatz an alteingesessener russlanddeutscher Bevölkerung.



Der Landrat des Deutschen Rayons, Bemhardt, vor dem neuen Bezirksverwaltungsgebäude in Halbstadt, einem der beiden Gebiete mit größeren Selbstbestimmungsmöglichkeiten.

Foto: Axel Krause/af

Dorfgemeinschaften und ein weitgehend deutsch geprägtes kulturelles Umfeld konnten sich lokal erhalten.

Halbstadt

Am 1. Juli 1991 wurde der Deutsche Nationale Rayon Halbstadt wieder eingerichtet. Als Hauptort wurde Halbstadt bestimmt. Der Rayon liegt in der Nähe von Slawgorod. Er wurde durch den Zusammenschluss von 16 Dörfern mit insgesamt 20 700 Einwohnern, davon 18 600 Deutschen, erreicht. 1998/99 lebten im Gebiet des Rayons und in der Stadt Slawgorod circa 39 000 Russlanddeutsche.

Im Mai 1993 wurde die „Entwicklungsgesellschaft Halbstadt“ mit Sitz in Schumanowka gegründet, die den Aufbau des Rayons koordiniert und die Projekte verwaltet. In ihr zusammengeschlossen sind als Gesellschafter die GTZ und als örtliche Trägerin die „Brücke GmbH“. Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Situation beinhaltet das Förderkonzept auch Infrastrukturmaßnahmen, wie den Aufbau der Rayonverwaltung, den Wohnungsbau und die Ansiedlung von Gewerbebetrieben. Ziel war es auch, Aussiedler aus anderen Republiken der ehemaligen Sowjetunion aufnehmen zu können.

Zu den Maßnahmen zählen Ausbau und Ausrüstungshilfe für drei Molkereien, von zwei Schlachthöfen, einer Bäckerei und einer Straßenmeisterei und eines Bauhofs. Mit der Inbetriebnahme einer modernen Fleischverarbeitungsfabrik wurde das Wirtschaftsprogramm 1998 weitgehend abgeschlossen. Über die „Brücke GmbH“ fließen die Reingewinne der mit deutscher Hilfe errichteten Betriebe zu einem Teil in einen Sozialfonds, aus dem soziale Leistungen finanziert

werden. Die Einwohner der Rayons können deutsche Kredite zum Bau von Häusern oder für den Aufbau einer beruflichen Existenz in Anspruch nehmen. Daneben wird durch die Förderung von Sprachunterricht in Kindergärten und Schulen, kulturellen Aktivitäten oder Medien eine umfangreiche Unterstützung auf kulturellem Gebiet gewährt. Im Rahmen medizinischer Hilfen wurde ein neues Krankenhaus ausgestattet.

Zum Zeitpunkt seiner Gründung waren 85 Prozent aller Arbeitsplätze der Landwirtschaft zuzurechnen. Die Neusiedler kamen dagegen zu einem großen Teil aus Städten und brachten keine entsprechende Qualifikation mit. Dies hatte einen Rückgang der landwirtschaftlichen Arbeitsplätze auf 65 Prozent zur Folge. Jedoch wurden in allen Bereichen bis Ende 1997 etwa 800 Arbeitsplätze neu geschaffen, das sind zehn Prozent aller Arbeitsplätze des Kreises. 200 davon entstanden im verarbeitenden Gewerbe, weitere 80 sollen in der Fleischfabrik entstehen.

Dennoch liegt ein zentrales Problem des Rayons in der hohen Fluktuation. Wie alle Siedlungsgebiete in der ehemaligen Sowjetunion wurde auch das Rayongebiet von der Ausreisewelle erfasst. So wanderte ein großer Teil der alteingesessenen Bevölkerung, insbesondere fast alle Mennoniten, ab. 1996 lebten nur noch circa 40 Prozent der alteingesessenen Bevölkerung von 1992 im Rayon. Die Abwanderung wird durch Neusiedler (darunter auch russische Familien) kompensiert, die überwiegend aus Kasachstan und Kirgisistan kommen. Jährlich erfolgt ein Bevölkerungsaustausch von circa 15 Prozent bei gleich bleibender Gesamtbevölkerung des Rayons. Die Anteile der deutschen Bevölkerung schwankten 1996 in den einzel-

nen Ortschaften zwischen 28 Prozent und bis zu 88 Prozent (Klaube, 1997).

Die Fluktuation zeigt Wirkung auf kulturellem Gebiet. Das Bundesministerium des Innern beschreibt die Situation in ihrer Informationsschrift „Deutscher nationaler Rayon Halbstadt nach fünf Jahren“ wie folgt: „Aufgrund der anhaltenden Migration unterliegt die nationale Zusammensetzung des Rayons Halbstadt einem ständigen Wandel, der sich auch auf die Pflege der deutschen Sprache und Kultur auswirkt. Zwar findet sich unter den Neuankömmlingen aus Kasachstan, Kirgisistan und anderen Republiken der ehemaligen Sowjetunion ein hoher Prozentanteil von Deutschstämmigen, doch die meisten von ihnen sind seit einer oder mehreren Generationen kulturell assimiliert und nicht mehr gewohnt, die eigene Muttersprache zu gebrauchen. Obwohl viele Kulturträger und Personen in fast allen Ortschaften daran mitwirken, der deutschen Sprache ihren traditionellen Stellenwert im Rayon zu erhalten, bedarf es dennoch weiterer Initiativen.“ Diese zielen mehr denn je darauf ab, das Neben- und Miteinander der russischen und der deutschen Kultur zu festigen.

Im April 1999 wurde in Gesprächen des Aussiedlerbeauftragten der Bundesregierung Jochen Welt und der politischen Vertretung des Altaiskij Kraj vereinbart, die Förderung über den Rayons hinaus auf den gesamten Altaiskij Kraj auszudehnen. Ein Kraj ist eine Region mit einer starken Minderheit und besonderen Kompetenzen auf kulturellem Gebiet. Damit werden etwa 150 000 Russlanddeutsche erreicht.

Asowo

Der Rayon Asowo bei Omsk wurde nach überwältigender Zustimmung der Bevölkerung in einem Referendum am 17. Februar 1992 durch die Zusammenlegung von acht Gemeinden. Zum Verwaltungszentrum wurde das Dorf Asowo bestimmt.

Die Lage des Rayons in einem Gebiet mit rund 100 000 Deutschen machte ihn schnell zu einem Anziehungspunkt für Neusiedler aus Mittelasien und Kasachstan. Dabei verfolgte der Rayon Asowo eine von Halbstadt abweichende Ansiedlungspolitik. Während in Halbstadt Neusiedler nur in dem Maße aufgenommen wurden, wie Wohnraum und Arbeitsplätze vorhanden waren, gab es in Asowo keine derartige Beschränkung. Mit Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland wurden Wohncontainer als Übergangsunterkünfte aufgestellt. Als problematisch erwies sich bei diesem Vorgehen jedoch, dass die Schaffung von Arbeitsplätzen durch die russischen Behörden nicht mit dem Zuzug der Neusiedler Schritt hielt. So wurden Arbeitslosigkeit und Mangel an Wohnraum, der trotz umfangreicher Bautätigkeit und der Vergabe von Krediten zum Wohnungserwerb noch nicht bewältigt werden



Foto: Hendrik Sillig

Mit deutscher Hilfe erbaute Häuser im Deutschen Nationalen Rayon Halbstadt.

konnte, zum Problem. Deshalb ist es nicht selten, dass Familien mehrere Jahre in Containern leben.

Zu den mit deutscher Hilfe durchgeführten Maßnahmen zählten auch große Infrastrukturprojekte wie Straßenbau sowie die Strom- und Wasserversorgung. Die wirtschaftliche Entwicklung des Rayons blieb hinter den Erwartungen zurück, so dass der Kreishaushalt fünf Jahre nach der Gründung des Rayons defizitär war. Die Industrieproduktion sank von 1995 bis 1996 auf 93,6 Prozent, die Produktion von Konsumwaren auf 77 Prozent und die der Nahrungsmittel auf 72,3 Prozent. Ebenso rückläufig waren Ackerbau und Viehzucht, wie „Ihre Zeitung“, die wöchentlich erscheinende Zeitung des Rayons, in ihrer Ausgabe Nr. 15/1997 berichtet. Erfolge sind dagegen auf kulturellem Gebiet und bei der Versorgung der Bevölkerung mit medizinischen Einrichtungen zu verzeichnen.

Auch im Landkreis Asowo gibt es eine starke Fluktuation. Insbesondere durch Zuwanderer, die in national gemischten Ehen leben, verändert sich die Bevölkerungsstruktur. Waren 1992 noch 63 Prozent der Einwohner Deutsche, sank ihr Anteil bis Januar 1998 nach Angaben von Landrat Bruno Reiter auf circa 50 Prozent.

Die Entscheidung der neuen Bundesregierung, zugunsten einer Breitenförderung in den Bereichen Sprache, Kultur und Bildung nicht weiter an Großprojekten festzuhalten, betrifft auch die beiden Rayons. So soll in Asowo der Bau einer Ziegelei zu einem verträglichen Abschluss gebracht werden. Wirtschaftliche und Existenzgründungsbeihilfen werden nur auf dem Weg der Kreditvergabe erfolgen.

Kirchengemeinden

In den deutschen Kirchengemeinden ist die Aussiedlungswelle und der Erhalt der deutschen Sprache ein zentrales Thema. Insbesondere in den asiatischen Staaten der GUS werden deutsche Gemeinden aufgelöst oder als russischsprachige Gemeinden weitergeführt. Die mennonitischen Gemeinden haben sich durch die Aussiedlung vieler Mitglieder stark verkleinert. Durch die hohe Fluktuation auch bei den Geistlichen verloren die Gemeinden an Autorität.

Mit der Genehmigung zur Einsegnung eines lettischen Pastors als Bischof in Riga 1988 ließ die Sowjetunion ihr Einverständnis mit dem Aufbau einer lutherischen deutschen Kirche in der Sowjetunion erkennen, die sich als „Evangelisch-lutherische Kirche in Russland und anderen Staaten“ (ELKRAS) konstituierte. Seither werden in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion Superintendenturen eingerichtet. Nach der Rückgabe der Petrikirche an die

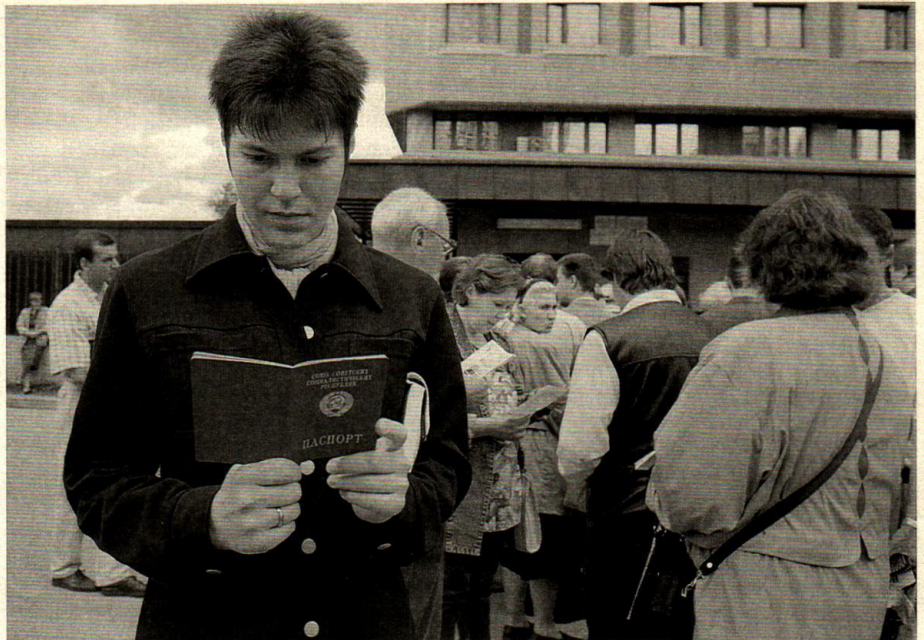


Foto: Ullstein Bilderdienst

Vor der deutschen Botschaft in Moskau 1998 betrachtet eine Deutschrussin ihren Pass mit dem soeben erworbenen Visum für die Einreise in die Bundesrepublik Deutschland. Im Hintergrund eine Schlange wartender Menschen vor der Visastelle.

ELKRAS im Jahr 1992 wurde Sankt Petersburg zum Bischofssitz. Die Kirche, die nach der Säkularisierung zunächst als Lagerhalle und von 1963 bis 1992 als Schwimmbad gedient hatte, wurde renoviert und im September 1997 feierlich wieder eingeweiht. Auch in vielen anderen Städten werden von den Russlanddeutschen mit wechselndem Erfolg Verhandlungen über die Rückgabe von Kirchen geführt. Viele Gemeinden sind jedoch mit der Restaurierung der oft in sehr schlechtem Zustand befindlichen Bauwerke überfordert.

Die Evangelisch-lutherische Kirche steht Ende der neunziger Jahre im Spannungsfeld zwischen den überwiegend noch in den Deportationsgebieten bestehenden, sehr traditionalistisch orientierten und zum Teil überalterten Brüdergemeinden einerseits und der Amtskirche andererseits, gegen die die Brüdergemeinden seit jeher starke Vorbehalte haben. Parallel dazu haben sich seit 1990 vor allem in den russischen Städten aus deutschen Klubs und Vereinigungen neue liberale Kirchengemeinden gebildet, die großen Wert auf deutschen Gottesdienst legen und deren Mitglieder intensiv Deutsch lernen. Mit ihrer liberalen Orientierung und ihrem Anspruch an Kultur und Bildung bilden sie einen Gegenpol zu den Brüdergemeinden, von denen sie als „Kulturprotestantismus“ abgelehnt werden. Die Auseinandersetzung gipfelte im Januar 1996 in der Abspaltung der „Evangelischen Brüdergemeinde Odessa und Umgebung“ von der Amtskirche. Die Evangelisch-lutherische Kirche versucht, die Ausbildung der Geistlichen seit 1991 durch Fortbildungskurse zu stärken und gründete in der Nähe von Sankt Petersburg ein Predigerseminar, das am 12. April 1997 mit drei Dozenten und zwölf Studierenden – in russischer Sprache –

seinen Betrieb aufnahm. Angesichts der großen Auswanderung fällt die Konsolidierung jedoch schwer.

Dies gilt in ähnlicher Weise für die Katholische Kirche, wo sich in den Deportationsgebieten in erster Linie ein sehr konservatives Kirchentum erhalten hat. Die Gemeinden waren weitgehend isoliert vom kirchlichen Zentrum im Vatikan. Im Zuge der Perestroika wurden Kirchenadministrationen eingerichtet. Nowosibirsk wurde zum Bischofssitz. Unabhängig davon sind Hierarchien in Weißrussland und in der Ukraine. Eine große Zahl von Gemeindegruppen ließ sich registrieren. In vielen Städten Russlands, der Ukraine und Kasachstans entstehen neue katholische Gemeinden in einer eher modernen Ausprägung, welche den konservativen Gemeinden der ehemaligen Deportationsgebiete fremd sind. Neue Kirchen werden zum Beispiel in Marxstadt, Nowosibirsk oder Pawlodar gebaut. Andere, wie etwa die Kirche der unbefleckten Empfängnis in Moskau, wurden den Gemeinden nach zähem Ringen zurückgegeben. Insgesamt ist dabei die Stellung der Katholischen Kirche wegen historisch begründeter Differenzen mit der orthodoxen Kirche umstritten als die der protestantischen Kirchen. Nicht nur die Ausreisen in die Bundesrepublik Deutschland, sondern auch die „Entchristlichung“ in der Sowjetzeit tragen bis heute spürbar zu einem eklatanten Mangel an Geistlichen bei.

Während die mennonitischen Gemeinden durch die Aussiedlung keine Rolle mehr spielen, sind seit dem Ende der Sowjetzeit verschiedene Freikirchen aktiv geworden. Neben Baptisten zählen hierzu auch die Neuapostolische Kirche, die Zeugen Jehovas und die Pfingstler. Durch großen Aufwand an finanziellen wie personellen Ressourcen aus dem Ausland erzielten sie nicht unerhebliche missionarische Erfolge.

Bildung

Die Zerschlagung des deutschen Bildungswesens, der kulturellen Einrichtungen und vor allem die Diaspora-Situation der Russlanddeutschen infolge der Deportationen haben schnell zu einer starken sprachlichen Assimilierung der Russlanddeutschen geführt (vgl. auch S. 22 ff.). Ungeachtet großer Bemühungen der Russlanddeutschen, die Deutsch als ihrer Muttersprache große Bedeutung beimessen, konnte der Prozess bis heute nicht gestoppt werden. Dazu trägt auch der zunehmende Anteil an national gemischten Ehen bei, der dazu führt, dass Russisch zur Familiensprache wird.

Am 10. Juli 1992 verabschiedete die Russländische Föderation ein Gesetz über Bildung, das den Bürgerinnen und Bürgern Russlands die Grundausbildung in ihrer Muttersprache zugesteht. Der Versuch einer Momentaufnahme der Umsetzung der muttersprachlichen Bildung im Siedlungsgebiet Nowosibirsk zeigt den großen Einfluss der Migration.

Russlanddeutsche Schülerinnen und Schüler in Streusiedlungen auf dem Land haben (allein aufgrund ihrer geringeren Zahl) weniger Chancen, an Schulen mit muttersprachlichem Deutschunterricht unterrichtet zu werden, als solche in kompakten Siedlungsgebieten. Wenn dagegen muttersprachlicher Unterricht angeboten wird, ist die Lage der Streusiedlungen aufgrund der geringeren Fluktuation insgesamt stabiler als in den kompakten Siedlungsgebieten und den beiden Deutschen Nationalen Rayons. Die Aussiedlung kommt in Streusiedlungen nur für einen kleinen Bevölkerungsteil in Frage und steht deshalb nicht im Zentrum des alltäglichen Denkens und Handelns. In kompakten Siedlungsgebieten unterliegt auch die Lehrerschaft einem

häufigen Wechsel. Neuankömmlinge, die bisher gar keinen oder nur fremdsprachlichen Deutschunterricht kennen gelernt haben, müssen in den Unterricht integriert werden. Andere verlassen die Klassen zum Zwecke der Ausreise. Der Anteil der russlanddeutschen Schülerinnen und Schüler ist rückläufig. „Für die Bildungseinrichtungen heißt es, dass alle Beteiligten sich auf die Migrationssituation einstellen und den Schülern bei der Suche nach neuen Bindungen und der Schaffung neuer Lebenswelten helfen müssen“ (Hilkes, 1999).

Insbesondere im Rayon Asovo ist man bemüht, gute Voraussetzungen für den muttersprachlichen Unterricht zu schaffen. So wurde zum Beispiel von Deutschlehrern ein neues Lehrbuch mit Texten entwickelt, die sich an der Lebenswirklichkeit Sibiriens orientieren und auch russlanddeutsche Themen aufgreifen. Trotz vielfältiger positiver Ansätze kann jedoch auch hier im Jahr 1998 kein russlanddeutsches Bildungswesen konstatiert werden: „Von einem System der ‚nationalen Bildung‘ der Russlanddeutschen, wie es in Bildungsprogrammen des Nationalitätenministeriums vorgestellt wird, kann daher vorerst für die Russlanddeutschen kaum gesprochen werden. Zur Zeit befindet man sich in einer Übergangsphase: In einigen Schulen findet ‚Muttersprachlicher Deutschunterricht‘ statt, zum Teil ergänzt durch andere Fächer, die in deutscher Sprache erteilt werden. Von einer ‚nationalen Schule‘ könnte man jedoch erst dann sprechen, wenn nahezu alle Fächer in deutscher Sprache erteilt werden und die Schülerschaft sich vorwiegend aus Russlanddeutschen zusammensetzt. Dies flächendeckend zu realisieren, dürfte ungeachtet aller Unterstützung schwierig sein“ (Hilkes, 1999). Ob dieses angesichts der Lebenswirklichkeit verschiedener Kulturen in Westsibirien noch wünschenswert wäre, bleibt fraglich.

Die Förderung von Sprache und Kultur bildet traditionell einen Kernbereich der Förderung der Russlanddeutschen durch die Bundesrepublik Deutschland. Die Projekte reichen von der Ausstattung von Kindergärten, Schulen und Hochschulen über Lehreraus- und -fortbildung bis zur Entsendung von Sprachlehrern.

1996 startete die Bundesregierung das so genannte Breitenarbeitsprogramm mit einer Sprachoffensive. Durch den Ausbau des außerschulischen Deutschunterrichts in Begrenzungszentren, Sonntagsschulen und anderen Einrichtungen soll dem Interesse der deutschen Minderheit an der Wiederbelebung der Sprache entsprochen und sollen Begegnungen gefördert werden. Besonders Augenmerk wird dabei auf ein in die Breite gehendes Angebot gerichtet, das sich nicht allein auf Städte und Siedlungsschwerpunkte richtet, sondern auch kleine Orte und Streusiedlungen mit deutschen Bewohnern einschließt. Adressaten sind die Siedlungsgebiete Russlands und Kasachstans. In anderen Staaten organisieren die jeweiligen deutschen Vertretungen Sprachkurse. Bis 1999 wurden mehr als 450 Begegnungsstätten eingerichtet, haben 150 000 Lernende an 8500 Sprachkursen teilgenommen und wurden 350 Sprachferienlager durchgeführt. Die Sprachkurse sind sehr begehrt. Sie sollen künftig zielgruppenspezifisch organisiert, und ihre Dauer wird von 120 auf 160 Unterrichtsstunden angehoben werden. Die Kurse richten sich in erster Linie an Russlanddeutsche, die in den Siedlungsgebieten bleiben wollen, und an ihre Nachbarn. Sie stehen im Sinne einer verbesserten Integrationsvorbereitung auch Ausreisewilligen offen.

Kulturelles Leben und Identität

In den neunziger Jahren zeigten sich positive Ansätze der Wiederbelebung kultureller Gemeinschaften. Mit dem Ziel der Koordinierung aller Bemühungen durch die Zusammenfassung der örtlichen politischen und gesellschaftlichen Vertretungen der Russlanddeutschen wurden mit bundesdeutscher Unterstützung deutsche Häuser eingerichtet. Sie gibt es beispielsweise in Moskau, Nowosibirsk, Tomsk, Almaty, Bischkek oder in Odessa, in denen auch die Projektkoordinatoren angesiedelt sind. Die Häuser sollen auch zu Begegnungsstätten zwischen den Russlanddeutschen und Menschen anderer Nationalitäten werden und Brücken zwischen den Kulturen schlagen. Träger der deutschen Häuser sind die staatlichen Stellen des jeweiligen Gebiets und auf deutscher Seite die GTZ.

Mit großen Begegnungszentren wie der Petrikirche in St. Petersburg und dem 1996 eingerichteten Kirchen- und Kulturzentrum in Omsk wird die Integration zwischen kulturellem und kirchlichem Leben



Die lutherische Petrikirche in Petersburg um 1910. Nach der Säkularisierung diente sie als Schwimmbad. 1997 wurde sie nach ihrer Renovierung wieder feierlich eingeweiht.

Einleben in die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland

Eine Gesellschaft in der Gesellschaft wächst heran. Mehr als 350 000 jugendliche Aussiedler sind seit Anfang der neunziger Jahre nach Deutschland gekommen. Als die Sowjetunion auseinander brach, stiegen ihre Eltern mit ihnen in die Züge und Flugzeuge Richtung Westen. In der neuen Heimat landeten die Kinder im besten Alter. Und vielleicht auch im schlimmsten. Jung genug, um sich zu verändern und durch die neue Welt zu navigieren. Alt genug, um sich zu verweigern und einen tiefen Schmerz nach der alten Welt zu spüren. Und sie kamen mit der wertvollsten aller Eintrittskarten, dem Pass, der ihnen alle Rechte garantierte und ihnen sagte: Ihr gehört dazu.

Viele Wege endeten in Lahr, einer Kleinstadt zwischen Offenburg und Freiburg. Wohl kaum eine andere deutsche Stadt im Westen der Republik hat sich so verändert. Als der kalte Krieg beendet war, packten in Lahr tausende kanadische Soldaten ihre Koffer und verließen das Land, das sie vor jener Sowjetunion beschützt hatten, aus der nun die Deutschstämmigen in ihre alte Heimat strömten. Als Mitte der neunziger Jahre ganze Dörfer in Sibirien und Kasachstan verlassen standen, war die Bevölkerung in Lahr um mehr als 8000 Menschen angeschwollen. Jeder fünfte Bewohner war nun Aussiedler, und die Stadt wurde zum Labor für das Gelingen oder Scheitern von Integration. [...]

Die Aussiedler, die den Kanadiern folgten, konnten das Vakuum nicht füllen. Da kamen nun sparsame, verschlossene Menschen. Den Einheimischen waren sie fremder als die Kanadier, von denen sie neun Zeitzonen trennten. Fortan hieß die Siedlung Klein-Kasachstan.

[...] Der Kanadaring hat sich in ein gepflegtes Ghetto verwandelt, wo der Rasen auf Kante geschnitten wird und die Gardinen schneeweiß leuchten. Dass hinter den Fassaden fast nur Aussiedler leben, ist der Siedlung auf den ersten Blick nicht anzusehen. Vielleicht soll es auch niemand sehen. Wenn aber die Großväter ihre Pelzmützen aufsetzen und qualmend vor den Hauseingängen diskutieren und die Mütterchen in blumenbunten Kopftüchern die Enkelkinder ausführen, dann sehen sie aus wie Statisten eines Films, der in Karaganda oder Kemerowo spielen könnte.

Am Rande der Siedlung, in Haus Nummer zwei, geht Dietmar Seiler-Fritsch über einen Flur vorbei an der Landkarte einer riesigen, rosafarbenen Sowjetunion und schwarzweißen Fotos von sibirischen Holzfällern. Dann schließt er sein Büro auf, setzt sich und formuliert seine Sorgen über die Generation, die da vor seinem Fenster heranwächst. Als Sozialarbeiter in einem Bürgerzentrum für Aussiedler kümmert sich Seiler-Fritsch vor allem um deren Kinder. Die Ersten, die kamen, verloren keine Zeit. Sie drängten in die Sprachkurse, suchten Ausbildungsplätze. „Das ging hier zu wie in

der Zahnarztpraxis“, erinnert er sich, „da saßen fast immer zehn vor meiner Tür.“

Es sitzt jetzt niemand mehr dort. Die hier über den Flur laufen, in wattierten Filajacken, mit silbernen Handys in den Taschen, sind die Kinder der zerfallenen Sowjetunion. Sie haben erlebt, wie sich das Imperium auflöste und heute nicht mehr galt, was gestern noch Doktrin war. Wie ihre Eltern Halt suchten in einem System, das aus der Verankerung gerissen war. Und dann kamen sie nach Deutschland und erlebten den Bruch noch einmal. Wie in der Schule nicht mehr galt, was sie gelernt hatten. Wie ihre Eltern Arbeit suchten und nur Beschäftigung fanden. Es ist die Generation, die Seiler-Fritsch mit der größten Befürchtung beobachtet. Er nennt sie die „Zu-spät-Ausgesiedelten“. Es gab eine Zeit, da stand die Bürotür des Sozialarbeiters immer offen, und wenn Geld auf seinem Schreibtisch lag, dachte er nicht daran, dass jemand eine Mark nehmen könnte. Seit die postsowjetische Generation am Kickertisch im Nebenzimmer spielt, schließt er sein Büro ab, wann immer er es verlässt. Diese Jugend habe weniger Respekt vor Eigentum, sagte Seiler-Fritsch, sie neige dazu, sich zu nehmen, was sie will. Auch von ihm. [...]

Etwas ist da, etwas, das sich immer dann zwischen die jungen Aussiedler und dieses Land schiebt, wenn sie glaubten, ihm näher gekommen zu sein. Ein Zwiespalt, in dem sie sich gefangen fühlen. Sie dürfen in diesem Land nicht scheitern, weil sie dann diejenigen sind, die ihm auf der Tasche liegen, und sie dürfen nicht erfolgreich sein, weil sie dann zur Konkurrenz werden. Unter dem Druck brechen manchmal selbst die zusammen, die mit den besten Voraussetzungen kamen. Die in Familien aufwuchsen, in denen noch Deutsch gesprochen wurde. Die aus der Sowjetunion gekommen waren, bevor sie zerfiel. Die aus den Schulen gute Noten nach Hause brachten und Arbeitsplätze fanden, die ihnen ein deutsches Leben mit Reihenhaus und Viertürer versprochen. Jugendliche, deren Weg so scheinbar geradlinig verlief wie der von Helmut Reglin.

Er kam 1987 aus Karaganda, einer Großstadt im Osten Kasachstans. Helmut war zehn, als die Familie die Koffer packte. Es war ein langer Weg von Kasachstan nach Lahr, wo die drei Generationen der Familie Reglin in einem Einfamilienhaus am Hang leben, mit einem kleinen Teich mit Plastikenten und einem Storch am Stiel. Helmut sitzt drinnen aufrecht im Ohrensessel. Er hat ein langes trauriges Gesicht und spricht. Manchmal sind die Pausen zwischen seinen Sätzen so lang, dass das Ticken der Standuhr den Raum füllt. Dass er die Realschule als bester seines Jahrgangs abschloss, erzählt er, das haben die einheimischen Schüler und deren Eltern noch ertragen. Dass er aber in Deutsch die Schule mit der besten aller Noten verließ,

nährte den Verdacht, dass hier jemand beschenkt worden sei. „Ich habe mich ziemlich übel gefühlt. Ich wollte nicht der Beste sein, der Streber, der denen die Noten wegschnappt.“ Das Getuschel derer, die zweifelten an seiner Leistung, hat er nicht vergessen. „Ich habe keine Lust mehr, Leute zu reizen.“

Sein Klassenlehrer drängte ihn damals, aufs Gymnasium zu gehen und zu studieren. Doch Helmut folgte seinem Vater. „Jetzt wird geschafft“, sagte der und nahm den Sohn mit in die Fabrik, in der er an der Werkbank stand und Nadellager schliff. Der Ausbildungsleiter las die Noten in Helmut's Zeugnis und wiederholte, was der Klassenlehrer geraten hatte. Doch der Vater hatte entschieden. Jetzt ist Helmut 20, und seit vergangenem Sommer hat er das Zertifikat eines Industriemechanikers. Die Lehrzeit durfte er verkürzen, wegen seiner guten Noten. Die Fachhochschulreife erwarb er nebenher. Gefeierte hat die Familie nicht. Die Mutter fehlte. Sie hat sich im Frühling erhängt.

Der Selbstmord der depressiven Mutter führte Helmut tiefer in die Parallelwelt, in die sich viele Aussiedler zurückzogen. In der Evangelisch-lutherischen Brüdergemeinde fand er eine zweite Familie. Die Gemeinde hielt ihre Mitglieder schon in Karaganda zusammen und führte sie auch in Lahr wieder zueinander. Sie hat sich als Enklave eines entrückten Deutschtums etabliert, deren Wortführer Sekundärtugenden predigen und in höllischen Gemälden vor Versuchungen und Sünde warnen. [...]

Die jungen Aussiedler bekommen die Strenge, mit der die Gemeinde über ihre Schritte wacht, früh zu spüren. Als Helmut einem der Gemeindeältesten verrät, dass er mit einem Reporter geredet hat, demonstriert die Führung ihre Macht. Helmut ist nicht mehr zu sprechen. Er geht nicht mehr ans Telefon und antwortet nicht auf Nachrichten. Tage später ruft er zurück. Er klingt verängstigt. „Ich habe schon zu viel gesagt.“ Er macht sich Sorgen, dass er Einheimische gegen sich aufbringen könnte. „Und dann geht es hier wieder los wie vor fünf Jahren.“

Damals hatte die Zahl der Aussiedler in Lahr ihren Höhepunkt erreicht, und in der Stadt stieg die Spannung. Durch einen Kommentar der Lokalzeitung ritten „mongolische Horden“ in den „goldenen Westen“. Als der Aussiedler Walter Berenz es wagte, die Russlanddeutschen in einem Leserbrief zu verteidigen, weckten ihn anonyme Anrufer des Nachts und drohten, sein Haus anzuzünden. Berenz wanderte nach Kanada aus. Nicht noch einmal, sagt Helmut. [...] Die Spannung ist heute nicht mehr spürbar in der Stadt, vielleicht weil so vieles unausgesprochen bleibt. [...]

Mario Kaiser, „Deutsch, aber nicht ganz“, in: Die Zeit vom 30. März 2000.

gesucht. Wichtig für die Belebung kultureller Gemeinschaften sind jedoch vor allem die vielen unterschiedlich großen Begegnungsstätten. Sie bieten ein vielfältiges, an der Bedarfslage und den Interessen der Menschen orientiertes Kultur- und Bildungsprogramm. Neben Sprachkursen für verschiedene Altersgruppen sind hier vor allem Laienkunst (Theater, Chöre), Kindergruppen, verschiedene Arbeitsgruppen, Gesprächskreise, Jugendangebote (Ferienlager), Ausbildungsgruppen und Austauschprogramme zu nennen. Bibliotheken, die auch regelmäßig deutsche Zeitschriften erhalten, ermöglichen die Beschäftigung mit deutscher Literatur und verbessern die Informationen über Deutschland. Die Begegnungsstätten werden vielfach auch von nicht-deutschen Besuchern aufgesucht und fördern damit den kulturellen Austausch.

In enger Verbindung mit den Begegnungsstätten hat auch der 1992 gegründete „Internationale Verband der Deutschen Kultur“ (IVDK) seine Arbeit entwickelt, der in dem 1998 fertig gestellten Deutschen Haus Moskau ansässig ist. Mit einem umfassenden Kulturprogramm, das

Stadt und Land gleichermaßen erreichen soll und auch Großveranstaltungen wie zum Beispiel das Festival der russland-deutschen Kultur im Sommer 1997 an der Wolga umfasst, bietet er eine breite kulturelle Plattform. Ferner zählt die Jugendbildung mit der Veranstaltung von Ferienlagern zu den Kernbereichen seiner Tätigkeit. Mit dem Verlag Gotika wurde im Jahr 1996 ein russlanddeutscher Verlag gegründet.

In den letzten Jahren entstanden verschiedene Lehrbücher für den muttersprachlichen Unterricht. An der Staatlichen Universität Nowosibirsk wurde ein Deutsches Forschungszentrum eingerichtet.

Die russlanddeutsche Presse hatte sich in den achtziger Jahren zu einem der wichtigsten Förderer der Informationsverbreitung über russlanddeutsche Geschichte und die Autonomiediskussion entwickelt. Zum Ende der neunziger Jahre zählten zu den wichtigsten Zeitungen: Neues Leben (Moskau), Deutsche Allgemeine Zeitung (ehemals Freundschaft, Almaty), die Zeitung für Dich (ehemals Rote Fahne, Slaw-

gorod) sowie die Moskauer Deutsche Zeitung (wiedergegründet 1998). Viele der Zeitungen, insbesondere die kleineren, stehen vor Problemen, da die hohen Ausreisegelder die Auflagen schrumpfen lassen. Um dennoch interessierte Leserinnen und Leser zu erreichen, werden viele zweisprachig oder gänzlich in russischer Sprache produziert.

Auch zum Ende des 20. Jahrhunderts haben die Russlanddeutschen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion noch keine volle Rehabilitierung erhalten. Ihre Lebenswirklichkeit ist durch den Niedergang der Volkswirtschaften im Transformationsprozess in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten gekennzeichnet, mit je nach Staat mehr oder weniger weit reichenden Folgen für Lebensstandard, Bildungsmöglichkeiten und nicht zuletzt ihre Minderheitensituation. Trotz umfangreicher Förderangebote und im Einzelnen erfolgreicher Projekte zur Stabilisierung der Minderheiten in ihren Siedlungsgebieten ist die Aussiedlung bei weitem nicht abgeschlossen. Die Frage nach Bleiben oder Gehen stellt sich für jede russlanddeutsche Familie bis heute.

Zuwanderung und Integration in der Bundesrepublik Deutschland

Ute Heinen

Seit 1950 kamen über vier Millionen Angehörige der deutschen Minderheiten aus den Staaten Ostmittel-, Südost- und Osteuropas in die Bundesrepublik Deutschland. Ebenso lang ist die Geschichte ihrer Eingliederung in die deutsche Gesellschaft. Während die Integration bis zum Ende der achtziger Jahre weitgehend erfolgreich gelang, begründeten im Laufe der neunziger Jahre eine Reihe von Entwicklungen eine Verschlechterung der Eingliederungssituation. Sie betrafen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ebenso wie die mitgebrachten Voraussetzungen auf Seiten der Aussiedler.

Die Öffnung Osteuropas hatte einen sprunghaften Anstieg der Zuwanderungszahlen von Aussiedlern zur Folge. So stieg die Zahl in nur zwei Jahren von 78 498 (1987) auf 202 645 (1988) und weiter auf 377 042 (1989) an. Hinzu kam eine große Anzahl von Asylbewerbern. Unter dem Eindruck der ansteigenden Zuwanderungszahlen sowie hoher Arbeitslosigkeit und einer verschlechterten wirtschaftlichen Lage der Bundesrepublik Deutschland verringerte sich die Akzeptanz der Bevölkerung gegenüber den Zuwande-

rnern, die zunehmend als Konkurrenz um Arbeitsplätze und um staatliche Leistungen wahrgenommen wurden.

In der politischen und öffentlichen Diskussion geriet die rechtliche Grundlage der Aussiedleraufnahme, ein Kriegsfolgen-schicksal, das sie in ihren Siedlungsgebieten in der Folge des Zweiten Weltkrieges erlitten, in die öffentliche Diskussion. So wurde angesichts der Demokratisierungsprozesse in Osteuropa die Frage diskutiert, ob noch von einem Kriegsfolgen-schicksal der deutschen Minderheiten in den Herkunftsländern auszugehen sei. Im Ergebnis wurde die Aufnahme von Aussiedlern mit dem Kriegsfolgen-Bereinigungsgesetz 1993 auf eine neue Grundlage gestellt. Wurde bis dato ein kollektives Kriegsfolgen-schicksal vermutet, so musste es fortan von jedem Antragsteller und von jeder Antragstellerin individuell nachgewiesen werden. Diese Regelung gilt für alle Herkunftsländer mit Ausnahme von Deutschen aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion. Ein 1996 in den Bundesrat eingebrachter Antrag, auch bei den Russlanddeutschen auf dem Nachweis des Kriegsfolgen-schicksals zu bestehen, fand keine Mehrheit. Die Russlanddeut-

schen stellen mit über 90 Prozent seit 1993 und über 98 Prozent seit 1997 die dominante Zuwanderungsgruppe.

Parallel erfolgten weit reichende Reduzierungen der Eingliederungsleistungen (zum Beispiel der Sprachförderung), die mit den hohen Zuwanderungszahlen und leeren Haushaltskassen begründet wurden. Ihnen gegenüber stehen die schlechteren Voraussetzungen, welche die russlanddeutschen Zuwanderer für die Eingliederung mitbringen. Es handelt sich zunehmend um gemischt-nationale Familien, die nur noch geringe bis keine Deutschkenntnisse mitbringen. Geprägt durch ein anderes nationales Lebensumfeld (zum Beispiel in Russland oder Kasachstan) sind sie weiter von hiesigen Normen, Werten und kulturellen Entwicklungen entfernt, als dies bei anderen Aussiedlergruppen der Fall war. Nicht zuletzt erschwert die hohe Arbeitslosigkeit auch die berufliche Integration der Aussiedler.

In den neunziger Jahren zeigten sich zunehmend Eingliederungsrisiken, die bis hin zur drohenden sozialen Isolierung von Aussiedlergruppen reichen. Bemerkenswert ist dabei, dass die Probleme insbesondere bei

Jugendlichen zu beobachten sind, die gemeinhin als eine vergleichsweise leicht integrierbare Gruppe gegolten hatten.

Zum Ende der neunziger Jahre besteht Einigkeit zwischen Politik, Wissenschaft und Praktikern, die Spätaussiedler mit effektiven Eingliederungshilfen zu unterstützen mit dem Ziel, die chancengleiche Teilhabe der Menschen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu fördern.

Zuwanderungs-Bilanz

Von 1950 bis Ende Juni 2000 siedelten insgesamt 4 783 682 Personen in die Bundesrepublik Deutschland aus.

Nachdem in den 35 Jahren von 1950 bis 1985 mit knapp 1,3 Millionen Personen eine vergleichsweise überschaubare Zahl von Menschen nach Deutschland aussiedelte, bewirkten die Öffnung Osteuropas und verbesserte Ausreisemöglichkeiten einen sprunghaften Anstieg der Aussiedlerzahlen von 78 498 (1987), über 202 645 (1988) auf 397 067 (1990).

Die größte Gruppe bildeten jeweils die Aussiedler aus Polen. Ihre Anzahl reduzierte sich von 1989 auf 1990 aber bereits um 47 Prozent und sank danach kontinuierlich. Sie betrug 1998 noch 488 Personen und 1999 428. Eine Ursache für den sprunghaften Rückgang der Zuwanderungszahl innerhalb eines Jahres war das Inkrafttreten des Aussiedleraufnahmegesetzes 1990. Es regelt, dass die Aufnahmeanträge vom Herkunftsland aus gestellt werden müssen. Dies hatte insbesondere Konsequenzen für die Aussiedler aus Polen, die häufig mit einem Touristenvisum eingereist waren und die Aufnahme von Deutschland aus betrieben.

Nach dem Sturz und der Hinrichtung von Staats- und Parteichef Nicolae Ceaușescu lockerte Rumänien die Ausreisestimmungen (vgl. auch S. 13). Dies hatte zur Folge, dass im Jahr 1990 insgesamt 111 150 Rumäniendeutsche nahezu fluchtartig das Land verließen. Seither verläuft auch die Aussiedlung der Rumäniendeutschen stark rückläufig: 1005 Personen 1998 und 855 im Jahre 1999.

Gleiches gilt für Deutsche aus der ehemaligen Tschechoslowakei: 1999 – 11 Personen, aus Ungarn: 1999 – 4 Personen und dem ehemaligen Jugoslawien: 1999 – 19 Personen.

Die Aussiedlung aus den genannten Ländern wird infolge der Demokratisierungsprozesse und der Verbesserung der Minderheitensituation als weitgehend abgeschlossen angesehen.

Die Aussiedlung Deutscher aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion blieb dagegen auf hohem Niveau. Gründe sind in den politisch wie wirtschaftlich

Alltagsprobleme in Berlin

Anastasia, Katarina und Inga spielen „Mensch ärgere Dich nicht“. Die Neuntklässlerinnen haben sich in eine Ecke im Clubraum der 1. Gesamtschule in Berlin-Marzahn zurückgezogen. [...]

In ihrer früheren Schule wurde sie getreten, beschimpft und bespuckt, erinnert sich Anastasia, „hier ist das anders“. Aber schon, wenn sie auf dem Nachhauseweg wieder an der Bushaltestelle warten, scheuen sie sich, russisch zu sprechen: „Bloß nicht. Dann werden wir von den Leuten beschimpft.“ Anastasia, Katarina und Inga sind drei von knapp 13 000 Russlanddeutschen in Berlin-Marzahn. Der Plattenbaubezirk im Osten der Hauptstadt ist in den vergangenen vier Jahren eines der größten Wohngebiete für Aussiedler aus Russland, Kasachstan, Kirgisien und der Ukraine geworden. [...]

Für die Russlanddeutschen sind die Hochhäuser der Inbegriff großstädtischen Lebens. Jeder 12. Marzahnener ist nach Schätzungen der bezirklichen Migrantenbeauftragten Elena Marburg (SPD) ein Spätaussiedler. Die Akzeptanz der Russlanddeutschen unter den Altmarzahnern sei ein Riesenproblem, meint Gemeindepfarrer Ernst-Gottfried Buntrock. Dem Bezirksamt will der Pfarrer, der auch den Marzahner Bündnisgrünen angehört, keine Vorwürfe machen. Hätte Elena Marburg das Problem nicht frühzeitig erkannt und eine Vereinslandschaft zur Integration der Aussiedler befördert, gäbe es noch größere Probleme, meint Buntrock. Die Existenz einer deutschen Minderheit in der Sowjetunion war in der DDR offiziell ignoriert worden. Auch Linke kommen oftmals in Erklärungsnot ob der Zuwanderung aus den GUS-Staaten.

1995 hatte sie die ersten Mädchen aus Kasachstan in ihrer Klasse, erinnert sich Heide Sieteng, Kunsterzieherin in der Gesamtschule. Damals hätte sie ihren SchülerInnen die Geschichte der Migration Deutscher nach Russland erklärt, wie Stalin mit diesen Menschen umgegangen sei, dass die Großeltern und Eltern der neuen SchülerInnen nicht freiwillig nach Kasachstan gezogen seien. „Die SchülerInnen wurden angenommen, es gab nie Probleme in der Klasse.“ Heide Sieteng ist eine Ausnahme. Sie hätte sich immer tabulos mit der Geschichte auseinandergesetzt, sagt sie. Das Wissen aber hätte sie sich selbst aneignen müssen. [...]

Jeder fünfte der 870 Schüler in der Gesamtschule ist Aussiedler. Dagegen nimmt sich die Zahl der Ausländer eher bescheiden aus. [...]

Nun kann man an der Schule Russisch als erste Fremdsprache erlernen und für den Englischunterricht in Intensivkursen den notwendigen Stoff nachholen. Das ziehe auch Schüler aus anderen Bezir-

ken an. „Wer in der 9. Klasse nach Deutschland kommt und kein Wort Englisch spricht, dem ist der Weg zum Gymnasium versperrt“, kennt der Schulleiter die Erfahrungen seiner Schüler.

Dabei sind viele Aussiedler ihren Marzahner Alterskameraden in den naturwissenschaftlichen Fächern um Längen voraus, hat Böse festgestellt. Sie brächten bessere Vorkenntnisse aus den GUS-Staaten mit. [...] Aber auch in Kunst seien vor allem russlanddeutsche Mädchen besonders begabt. Die Aussiedler seien zwar im gesamten Leistungsspektrum der Schule vertreten, aber häufiger im oberen Bereich. [...]

In den Pausen seien die Aussiedler eher unter sich, meint die Neuntklässlerin Anastasia: „Untereinander können wir selbstbewusster sein und uns gegenseitig ermuntern.“ Schulleiter Böse stellt aber ein gestiegenes Interesse der anderen Schüler an den Russlanddeutschen fest. „Das Interesse, Russisch als zweite Fremdsprache zu erlernen, ist wieder gestiegen. Die Schüler wollen verstehen, worüber ihre neuen Mitschüler sprechen.“ [...]

Probleme haben die jungen Aussiedler nicht allein mit den Ressentiments, die ihnen vor den Schultoren entgegenschlagen. Schulsozialarbeiterin Natalia Tibelius weiß von Konflikten in den Familien aufgrund der unterschiedlichen kulturellen Prägung. „Viele Schüler schämen sich, dass ihre Eltern sich anders kleiden und verhalten, als es in Marzahn üblich ist.“ Die Eltern, die nahezu alle eine Berufsausbildung und oft auch einen Hochschulabschluss haben, erleben in Berlin einen sozialen Abstieg. Etwa vier Jahre würde es dauern, bis sie überhaupt einen Job bekämen, weist die Statistik der Sozialarbeiterin aus. Viele Berufsabschlüsse seien nicht anerkannt. Dann arbeiten die Mütter meist als Putzfrauen oder Zimmermädchen. [...]

Die Erwachsenen suchen häufig Kontakte über die Kirchen. Die Hälfte seiner Gottesdienstbesucher sind inzwischen Aussiedler, meint Pfarrer Ernst-Gottfried Buntrock. Doch bei weitem nicht alle derjenigen, die in den GUS-Staaten evangelisch geprägt waren, fühlen sich in Berlin in der evangelischen Kirche wohl. Die ist vielen zu liberal: Frauen würden ohne Kopftuch und mit Hosen in die Kirche kommen. Auch Frauen als Pfarrerinnen werden von vielen abgelehnt. In Marzahn-Nord haben Aussiedler eine eigene Gemeinde gegründet.

Andernorts fühlen sie sich zu den Freikirchen hingezogen, zu den Siebentageadventisten, der Neuapostolischen Kirche oder den Zeugen Jehovas. [...]

Marina Mai, „Kein Russisch an der Bushaltestelle“, in: die tageszeitung vom 22. Januar 1999.

schwierigen Bedingungen und dem aufkommenden Nationalismus in den asiatischen Nachfolgestaaten zu sehen. Hinzu kommt, dass die Sowjetunion erst seit 1986 Ausreisen in größerem Umfang ermöglichte. Seit 1996 entwickelt sich auch die Aussiedlung von Deutschen aus den Nachfolgestaaten rückläufig. Hierfür ist insbesondere der seit 1996 in das Aufnahmeverfahren integrierte Sprachtest maßgeblich, der für die Antragsteller eine große Hürde darstellt. Die Zahl der Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion ging von 213 214 im Jahr 1994 auf 103 599 Personen 1999 zurück.

Aussiedlungsmotive

Die Gründe für noch etwa 100 000 Aussiedler die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion jährlich zu verlassen, um sich in Deutschland trotz schwieriger Eingliederungsbedingungen anzusiedeln, sind vielschichtig. Sie sind abhängig von der jeweiligen Minderheitensituation und dem Migrationsdruck vor Ort (vgl. „Die Situation in der GUS“, S. 25 ff.). Sie sind bedingt durch den Wunsch nach Familienzusammenführung mit Verwandten, die bereits in Deutschland leben (Kettenmigration). Außerdem sind sie in hohem Maße motiviert durch die Hoffnung auf bessere Lebensbedingungen, insbesondere für die Kinder. Dazu trägt vor allem der wirtschaftliche Niedergang in allen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion bei, der weite Teile der Bevölkerung in Armut trieb und staatliche Sozialsysteme zusammenbrechen ließ. Das Aufkommen von Nationalismus in den asiatischen Staaten sowie die Einführung von Kirgisisch oder Kasachisch als Staats- und Unterrichtssprache kommen hinzu. Schließlich bedeutet eine große Zahl von Aussiedlungen aus dem Wohnumfeld geringere Chancen für muttersprachliche Bildung und Kultur und zieht weitere Aussiedlungen nach sich. Ferner konnten die Russlanddeutschen bis heute keine volle Rehabilitierung für ihr Minderheitenschicksal in der Folge des Zweiten Weltkrieges erreichen.

Generell ist also ein Motivbündel für die Aussiedlungsentscheidung maßgeblich, wobei die Ergebnisse von Befragungen im Rahmen wissenschaftlicher Untersuchungen die Vermutung nahe legen, dass sich das Hauptgewicht von der Familienzusammenführung hin zu sozialen und ökonomischen Motiven verschoben hat. So benannten in einer Studie mit jugendlichen Spätaussiedlern 39,8 Prozent der Befragten eine bessere Zukunft für die Kinder als Aussiedlungsmotiv, 38,4 Prozent die Familienzusammenführung, 37,3 Prozent die Rückkehr ins Abstammungsland, 37,1 Prozent die Hoffnung auf materielle Verbesserung, 29,6 Prozent bessere Ausbildung, 26,1 Prozent als Deutscher unter Deutschen leben, 21,9 Prozent bessere ärztliche Versorgung, 20,1 Prozent Familienmitglieder, Großeltern wollten ausreisen, 19,6 Prozent alle Deutschen reisen aus und 12,9 Prozent

den Wunsch, mit deutscher Sprache und Kultur zu leben. 22,6 Prozent der Antworten entfielen auf weitere Motive (es waren Mehrfachnennungen möglich) (Strobl/Kühnel 2000).

Die Ergebnisse entsprechen einer von Barbara Dietz und Heike Roll ebenfalls mit jugendlichen Spätaussiedlern durchgeführten Befragung (Dietz/Roll 1998).

Aufnahme

Die Aufnahme von Aussiedlern in der Bundesrepublik Deutschland erfolgt nach dem Bundesvertriebenengesetz (BVFG) und nach einem geregelten Verfahren, dessen Durchführung in die Zuständigkeit des Bundesverwaltungsamts fällt. Die Verfahrensdauer von der Antragstellung bis zur tatsächlichen Ausreise umfasst im Jahr 2000 einen Zeitraum von vier bis fünf Jahren. Neben denjenigen, die konsequent ihre Ausreise betreiben, stellen viele Familien vorsorglich einen Aufnahmeantrag und warten die Entwicklung in ihren Herkunftsländern ab. Mitte 1998 hatten 113 556 Angehörige der deutschen Minderheiten aus allen Herkunftsländern ihren Aufnahmebescheid bereits länger als ein Jahr nicht zur Ausreise genutzt. Vom 1. Juli 1990 bis zum 31. Mai 2000 wurden insgesamt 325 396 Anträge negativ beschieden, weil die Antragsteller eine oder mehrere der Voraussetzungen für die Anerkennung als Spätaussiedler nicht erfüllten.

Eine grundlegende Voraussetzung für die Anerkennung als Spätaussiedler (§ 4 BVFG) ist die deutsche Volkszugehörigkeit. Diese ist in § 6 BVFG näher bestimmt:

(1) Deutscher Volkszugehöriger im Sinne dieses Gesetzes ist, wer sich in seiner Heimat zum deutschen Volkstum bekannt hat, sofern dieses Bekenntnis durch bestimmte Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung, Kultur bestätigt wird.

(2) Wer nach dem 31. Dezember 1923 geboren ist, ist deutscher Volkszugehöriger, wenn

1. er von einem deutschen Staatsangehörigen oder deutschen Volkszugehörigen abstammt,
2. ihm die Eltern, ein Elternteil oder andere Verwandte bestätigende Merkmale wie Sprache, Erziehung, Kultur vermittelt haben,
3. er sich bis zum Verlassen der Aussiedlungsgebiete zur deutschen Nationalität erklärt, sich bis dahin auf andere Weise zum deutschen Volkstum bekannt hat oder nach dem Recht des Herkunftsstaates zur deutschen Nationalität gehörte.

Zu den bestätigenden Merkmalen der deutschen Volkszugehörigkeit zählt die Weitergabe der deutschen Sprache in der Familie. Weil die Sprachkenntnisse der einreisenden Spätaussiedler immer schlechter wurden, entschloss sich die damalige Bundesregierung 1996, einen Sprachtest in das

Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion

Ausreise-jahr	Aussiedler insgesamt	Russl. Föderation	Kasachstan	Ukraine	Kirgisistan	Sonstige
1992	195 576	55 875	114 382	2 700	12 618	10 001
1993	207 347	67 365	113 288	2 711	12 373	11 610
1994	213 214	68 397	121 517	3 139	10 847	9 314
1995	209 409	71 685	117 148	3 650	8 858	8 068
1996	172 181	63 311	92 125	3 460	7 467	5 818
1997	131 895	47 055	73 967	3 153	4 010	3 710
1998	101 550	41 054	51 132	2 983	3 253	3 128
1999	103 599	45 951	49 391	2 762	2 742	2 753

Quelle: Bundesverwaltungsamt

Ergebnisse des Sprachtests (Juni 1996–Mai 2000)

	Einfacher Sprachtest		Qualifizierter Sprachtest	
	Durchgeführt	Bestanden %	Durchgeführt	Bestanden %
1996	5 629	69,3	2 567	54
1997	46 653	62,9	10 583	39,5
1998	51 607	58,3	7 322	25,8
1999	19 779	52,1	3 083	19,2
(1–5) 2000	9 496	48,3	814	19,9

Hinzu kommen Personen, die den qualifizierten Test absolviert, aber nur den einfachen Test bestanden haben: 688 Personen (1996), 2 772 (1997), 2 088 (1998) und 915 (1999)

Quelle: Bundesverwaltungsamt



Foto: Ulfstein Bilderdienst

Eine wolgadeutsche Familie nach ihrer Ankunft 1996 im Aufnahmehager Unna-Massen.

Aufnahmeverfahren zu integrieren. Der Sprachtest wird von einem Vertreter des Bundesverwaltungsamts im Herkunftsland mündlich abgenommen. Der so genannte „einfache Sprachtest“ gilt als bestanden, wenn der Antragsteller über ausreichende aktive und passive Deutschkenntnisse verfügt, um ein „einfaches Gespräch“ in der deutschen Sprache oder in einem Dialekt über Themen des alltäglichen Lebens zu führen (Arbeit, Familie, Freizeitgestaltung sowie Vorstellungen über das zukünftige Leben in Deutschland). Der Sprachtest kann nicht wiederholt werden, da die kurzfristige Aneignung deutscher Sprachkenntnisse nach Auffassung des Bundesverwaltungsgerichts nicht der Intention des Bundesvertriebenengesetzes entspricht. Wer den Sprachtest nicht besteht, kann nicht als Spätaussiedler aufgenommen werden, so weit keine unzumutbare Härte vorliegt, wie zum Beispiel bei besonders alten Menschen.

Mit einem „qualifizierten Sprachtest“ können Antragsteller eine Beschleunigung ihres Aufnahmeverfahrens erwirken. Der „qualifizierte Sprachtest“ ist von allen Familienmitgliedern über zehn Jahren einschließlich der nichtdeutschen Ehepartner zu absolvieren, die in die Bundesrepublik Deutschland aussiedeln wollen. Er gilt als bestanden, wenn alle Familienmitglieder über gute passive und aktive Sprachkenntnisse verfügen und die gestellten Fragen fließend in der deutschen Sprache beantworten können.

Der Anteil derjenigen, die den Sprachtest bestehen und damit ein Kriterium für die Aufnahme als Spätaussiedler erfüllen, sinkt von Jahr zu Jahr. Betrug die Bestehensquote 1996 beim einfachen Test noch 69,3 Prozent, so sank sie bis 1999 kontinuierlich auf 52,1 Prozent. Nicht berücksichtigt sind diejenigen Personen, die ihrer

Einladung zum Sprachtest gar nicht erst nachkommen. In den Jahren 1996 bis März 1998 waren dies 27,3 Prozent.

Die Russlanddeutschen haben mit dem Hinweis darauf, dass es ja gerade das Problem ihrer Minderheitensituation sei, die Sprache verloren zu haben, versucht, auf die Aussetzung des Tests hinzuwirken – allerdings ohne Erfolg.

Die hohe und zahlenmäßig weit gehend unkalkulierbare Zuwanderung seit Ende der achtziger Jahre stellte Bund, Länder und Gemeinden vor schwer lösbare Aufgaben bei der Unterbringung der Aussiedler sowie der Bereitstellung von Eingliederungshilfen. Mit den Zielen, mehr Planungssicherheit zu schaffen und Gemeinden wie Aussiedlern eine sozial verträgliche Eingliederung zu ermöglichen, wurde eine Reihe von Planungsinstrumenten entwickelt:

◇ In die Verteilung der Aussiedler werden die neuen Bundesländer einbezogen. Jedes Bundesland erhält Aussiedler nach einer Quote auf der Basis der jeweiligen Bevölkerungsdichte. Nordrhein-Westfalen nimmt zum Beispiel 21,8 Prozent aller Spätaussiedler auf und Bayern 4,4 Prozent. Die „Schlusslichter“ bilden das Saarland mit 1,4 Prozent und Bremen mit 0,9 Prozent. Aussiedler können zwar im Aufnahmeantrag ein Wunschland angeben, haben jedoch keine Gewähr. Ist die Quote erfüllt, werden sie, ungeachtet zum Beispiel familiärer Bindungen, in ein anderes Bundesland eingewiesen. Die Verteilung erfolgt im Rahmen der Registrierung der Spätaussiedler in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Bundes in Friedland oder Bramsche, die für jede Familie die erste Station nach der Einreise sind.

◇ Begrenzung der jährlichen Aussiedlerzahlen auf 220 000 im Jahr 1993 (entsprechend dem Durchschnitt der Jahre 1991

und 1992) sowie auf circa 100 000 im Jahre 2000 (Anpassung an die Aussiedlerzahlen des Jahres 1998).

◇ Bindung von Eingliederungsleistungen an den Wohnort (1996): Bereits seit den achtziger Jahren hatte sich gezeigt, dass Aussiedler sich dort ansiedelten, wo bereits Verwandte wohnten, eine Kirchengemeinde bestand oder genügend Wohnraum existierte. Für die aufnehmenden Gemeinden bedeutete dieses Vorgehen zum einen hohe Sozialaufwendungen und Engpässe auf dem lokalen Arbeitsmarkt. Zum anderen stieß die konzentrierte Ansiedlung von Aussiedlern auf Akzeptanzprobleme bei der einheimischen Bevölkerung, die sich durch fremde Jugendcliquen, die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt bedroht fühlte oder um die Qualität des schulischen Unterrichts angesichts der hohen Zahl von Aussiedlern in den Klassen fürchtete. Nach dem Wohnortzuweisungsgesetz haben Spätaussiedler nur am zugewiesenen Wohnort Anspruch auf Eingliederungsleistungen. Dies soll eine gleiche Lastenverteilung der Kommunen und die sozialverträgliche Eingliederung unterstützen. Mit der vierten Änderung des Gesetzes wird die Wohnortbindung der Aussiedler für die Zeit vom 1. Juli 2000 bis zum 31. Dezember 2009 auf drei Jahre nach der Einreise festgesetzt. Es besteht lediglich die Möglichkeit einer dreimonatigen Abwesenheit vom Wohnort zum Zweck der Arbeitssuche.

Der Spätaussiedler ist mit seiner Registrierung Deutscher im Sinne des Artikels 116, Absatz 1 des Grundgesetzes. Er selbst, seine Kinder und sein nichtdeutscher Ehegatte erwerben mit der Ausstellung einer Bescheinigung die deutsche Staatsangehörigkeit.

Eingliederungshilfen

Die Eingliederung von Spätaussiedlern soll die chancengleiche Teilhabe in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen der Bundesrepublik Deutschland erreichen. Für Menschen, die aus ihren Herkunftsländern mit einem anderen kulturellen Hintergrund und unter Zurücklassung ihrer sozialen Bezüge den Neuanfang wagen, bedeutet dies eine enorme Anpassungsleistung. Sie betrifft die Spracherlernung ebenso wie die Orientierung auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt oder den Umgang mit alltäglichen Problemen wie Behördengänge, Banken oder Versicherungen. Nicht zuletzt müssen neue Netzwerke in der nachbarschaftlichen Umgebung aufgebaut werden.

Individuelle Eingliederungshilfen sind notwendige Starthilfen in der ersten Phase des Integrationsprozesses. Sie sollen migrationsbedingte Nachteile der Aussiedler gegenüber Einheimischen überbrücken helfen, zum Beispiel durch Deutschkurse. Dabei ist eine Kombination von materiellen Hilfen und Orientierungs- und Beratungsangeboten wesentlich.

Integrations-Chancen jugendlicher Aussiedler

[...] Betrachten wir noch einmal im Einzelnen die Ergebnisse [...] so lässt sich folgendes festhalten: Im Durchschnitt orientieren sich die Aussiedler in höherem Maße als die einheimischen Deutschen an kollektivistischen und traditionalistischen als an modernen, individualistischen Grundsätzen. Dennoch hat immerhin ein knappes Drittel der Aussiedler eine ähnliche Wertorientierung aufzuweisen wie individualistische einheimische Deutsche. [...] Auch das Verhältnis zur Religion ist bei den Aussiedlern traditioneller als bei den einheimischen Deutschen. [...]

Im Vergleich mit einheimischen Deutschen erleben Aussiedler interessanterweise weniger häufig Benachteiligungen in der Schule/am Arbeitsplatz und in Sportvereinen. Negative Erfahrungen häufen sich hingegen in Jugendzentren, in der Nachbarschaft und bei Behörden. Kommunale Behörden, Polizei und Justiz scheinen besonders sensible Gebiete für Misstrauen und Furcht zu sein. Der Arbeit dieser Institutionen bringen Aussiedler ein signifikant geringeres Vertrauen entgegen als einheimische Deutsche.

[...] Der Anteil derjenigen, die einen Haupt- oder Realschulabschluss erreichen wollen, ist bei Aussiedlern höher als bei einheimischen Deutschen. Der größte Teil der Aussiedlerjugendlichen scheint es für angemessen zu halten, nach einem mittleren Schulabschluss eine Berufsausbildung aufzunehmen. Möglicherweise spielen hier auch Erfahrungen mit dem Bildungssystem des Herkunftslandes eine Rolle. Dort war eine Mittelschulausbildung mit anschließender beruflicher Spezialisierung die Regel; eine Hochschulausbildung war nur einer kleinen Minderheit vorbehalten. Zugleich kristallisiert sich aber eine Gruppe junger Aussiedler heraus, deren Angehörige offenbar sehr ehrgeizig das Ziel verfolgen, mit dem Abitur die Schule zu verlassen, um später eventuell einen Fachhochschulabschluss oder einen Universitätsabschluss zu erreichen. [...] Wie auch immer man die Realisierbarkeit der Bildungswünsche beurteilt, so bringen die Ergebnisse unserer Studie sehr deutlich zum Ausdruck, welche hohe Bedeutung Aussiedlerjugendliche Bildung und Ausbildung für ihren künftigen Lebensweg im Aufnahmeland beimesen. Die meisten von ihnen sind sich offenbar der Tatsache bewusst, dass Bildung in Verbindung mit hoher Sprachkompetenz das einzige ihnen zur Verfügung stehende (kulturelle) Kapital für eine erfolgreiche Integration ist. Die hohen Bildungsaspirationen unterstreichen auch das Bestreben der Mehrheit der Aussiedlerjugendlichen, den sozialen Status ihrer Eltern zu übertreffen. [...] In der Elterngeneration sind viele Aussiedler noch als Arbeiter im industriellen, gewerblichen und handwerklichen Bereich beschäftigt. Die

Angehörigen der jungen Generation versuchen sich mit ihren hohen Bildungsaspirationen im Grunde nur den schwierigen Weg in die Dienstleistungsgesellschaft zu ebnet.

Eine ähnliche Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit zeigt sich bei der Sprachkompetenz. Auf der einen Seite schätzen Aussiedlerjugendliche ihre Sprech- und Lesekompetenz als ziemlich gut ein. Auf der anderen Seite beweist die Sprachpraxis eher Gegenteiliges. Bei den Spätaussiedlern spielt die deutsche Sprache weder in den Gesprächen der Eltern untereinander noch in den Gesprächen zwischen Eltern und Kindern eine nennenswerte Rolle. Häufiger hingegen sprechen die Jugendlichen unter Gleichaltrigen deutsch. An erster Stelle stehen dabei die eigenen Geschwister, gefolgt von den Freunden. [...]

Freundschaften zu einheimischen Deutschen sind nicht gerade stark ausgeprägt. Aussiedler finden sich mehrheitlich mit ihresgleichen zusammen. Nur diejenigen, die keiner Clique angehören, haben etwas häufigere Kontakte zu Deutschen. [...]

Dass sich Aussiedler und einheimische Deutsche in ihren Freizeitpräferenzen kaum unterscheiden, ist durchaus nachvollziehbar. Denn dieser Bereich dürfte am stärksten durch globale Trends beeinflusst sein. Eine kleine Abweichung zeichnet sich jedoch dahingehend ab, dass einheimische Deutsche organisierten Freizeitaktivitäten stärker zugeneigt sind als Aussiedler. Wir nehmen an, dass Aussiedler mit den vor Ort bestehenden Möglichkeiten unter Umständen weniger vertraut sind. Möglich ist auch, dass sie nicht über die finanziellen Ressourcen verfügen. [...]

Die zuvor diskutierten Faktoren wurden in einem weiteren Analyseschritt zusammengefasst und als Ausdruck für gute oder schlechte Teilhabechancen betrachtet. Wir nehmen an, dass Aussiedler gute Teilhabechancen haben, wenn sie die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, sehr gut oder perfekt Deutsch sprechen und lesen können, in ihrer Wohnumgebung, der Schule und Freizeit gute Kontakte zu einheimischen Deutschen haben, sich in materieller Hinsicht etwa gleich viel wie deutsche Jugendliche oder sogar mehr als deutsche Jugendliche leisten können und nicht unter einer schlechten oder sehr schlechten finanziellen Situation der Familie leiden. Im Ergebnis zeigt sich, dass lediglich knapp ein Viertel der Aussiedler über gute Teilhabechancen verfügt; bei über drei Viertel von ihnen sind die Teilhabechancen eher schlecht. [...]

Rainer Strobl und Wolfgang Kühnel, Dazugehörig und ausgegrenzt, Weinheim und München 2000, S. 183 ff.

Beim Bundesministerium des Innern gibt es einen Beirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen. Der Beirat setzt sich zusammen aus Vertretern der Länder, der auf Bundesebene tätigen Organisationen der Vertriebenen, Flüchtlinge und Spätaussiedler, Vertretern der evangelischen und katholischen Kirche, der kommunalen Spitzenverbände, der freien Wohlfahrtspflege sowie des Deutschen Vereins für öffentliche und private Vorsorge sowie schließlich aus Vertretern der Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Bereits während der Erstaufnahme können Spätaussiedler eine Vielzahl von Beratungsangeboten wahrnehmen, um sich hinsichtlich der drängenden Fragen wie Sprachförderung, Eingliederungshilfe, Sozialhilfe, schulische Ausbildung der Kinder, Rente und Wohnen zu orientieren.

In den neunziger Jahren wurden die Eingliederungshilfen für Spätaussiedler zum Teil deutlich reduziert, zum Beispiel hinsichtlich der Sprachförderung und der Ersetzung des 12-monatigen Eingliederungsgeldes durch die pauschale 6-monatige Eingliederungshilfe.

Einige wesentliche Eingliederungshilfen werden im Folgenden kurz skizziert:

♦ **Eingliederungshilfe.** Die Arbeitsverwaltung zahlt bei Bedürftigkeit bis zu sechs Monate lang eine Eingliederungshilfe. Die Höhe der Eingliederungshilfe orientiert sich am Sozialhilfesatz. Während des Bezugs von Eingliederungshilfe können Spätaussiedler Sprachkurse und berufsorientierende Maßnahmen besuchen. Nach Ablauf der sechs Monate tritt die Sozialhilfe zur Deckung des Lebensunterhalts ein, wenn noch keine Arbeitstätigkeit aufgenommen werden konnte.

♦ **Sprachförderung.** Es werden sechsmo-natige Deutsch-Sprachlehrgänge angeboten. (1999 gingen im Jahresdurchschnitt 26 600 Teilnehmer zu den Sprachlehrgängen, in denen neben Aussiedlern auch Asylberechtigte und Kontingentflüchtlinge gefördert werden.) Entsprechend den rückläufigen Zuwanderungszahlen sank der Anteil der Spätaussiedler in den Kursen von 77,1 Prozent (1998) auf 73,5 Prozent (1999).

♦ **Beihilfen zur beruflichen Aus- und Fortbildung.** Während des Bezuges der Eingliederungshilfe oder auch danach können die Aussiedler an beruflichen Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen teilnehmen, so weit diese für die berufliche Eingliederung notwendig sind.

♦ **Förderung jugendlicher Spätaussiedler.** Junge Spätaussiedler werden nach dem so genannten Garantiefonds gefördert, der beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend angesiedelt ist. Etwa 45 Prozent eines Zuwanderungsjahrganges erfüllen die Förderungsvoraussetzungen des Garantiefonds.

Die Mittel für den Schul- und Berufsbildungsbereich, die von den Bundesländern verwaltet werden, richten sich an Spätaussiedler bis zum 27. Lebensjahr und sollen die sprachliche, schulische und berufliche sowie die damit in Verbindung stehende soziale und gesellschaftliche Eingliederung unterstützen. Schulpflichtige können eine schulische Fördereinrichtung, wie zum Beispiel eine Förderklasse oder Fördergruppe an ihrer Schule besuchen. Vorrangig soll die Förderung jedoch jungen Erwachsenen zugute kommen, um ihnen noch einen Schulabschluss zu ermöglichen oder sie in Berufsausbildungen vermitteln zu können. Die Sprachkurse ohne qualifizierten Schulabschluss umfassen zehn Monate. Integrations Sprachkurse mit dem Ziel eines qualifizierten Schulabschlusses oder mit zusätzlichen berufsorientierenden Maßnahmen dauern zwölf Monate. Die maximale Gesamtförderdauer beträgt 30 Monate, bei noch Schulpflichtigen 24 Monate. 1998 wurden aus Mitteln des Garantiefonds Schul- und Berufsbildungsbereich 57128 jugendliche Aussiedler gefördert.

Die Mittel für den Hochschulbereich gewähren Aussiedlern bis zum 30. Lebensjahr Beihilfen zur Vorbereitung auf ein Hochschulstudium durch einen sechsmonatigen Sprachkurs, eine Aufstockungsförderung zu den Leistungen des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAFöG) während des Besuchs eines Sonderlehrgangs, Maßnahmen zur Unterstützung der Eingliederung in einen akademischen Beruf sowie begleitende Beratung und Orientierungshilfen. Die Förderungshöchstdauer beträgt 30 Monate. 1999 wurden bundesweit im Monatsdurchschnitt 1400 Teilnehmer in Sprachkursen und 1600 in Sonderlehrgängen gefördert.

Die Mittel aus dem Garantiefonds wurden seit 1991 kontinuierlich reduziert. Sie betrugen in der ausreisestarken Zeit 1991 510 Millionen DM und im Jahr 2000 152 Millionen DM.

♦ **Beihilfen zur beruflichen Eingliederung von Akademikern.** Im so genannten Akademikerprogramm können Aussiedler im Alter zwischen 30 und 49 Jahren, die ein Hochschulstudium abgeschlossen haben, eine Förderung erhalten, sofern dies für eine angemessene berufliche Eingliederung notwendig ist. Das Programm fördert unter anderem Orientierungsmaßnahmen, berufsorientierende Sprachkurse, berufsorientierende Fortbildung sowie Anpassungsmaßnahmen, wie zum Beispiel ein ärztliches Praktikum als Voraussetzung der Approbation in Deutschland.

♦ **Leistungen aus der Unfall-, Kranken- und Rentenversicherung.** Spätaussiedler und ihre Familien erhalten Leistungen aus der Krankenversicherung. Sie haben einen Anspruch auf eine Rente nach dem Fremdrentengesetz. Dieser gilt jedoch nur für den Spätaussiedler selbst, nicht für nicht-deutsche Ehepartner. Die Rentenansprüche sind in den neunziger Jahren stark reduziert worden. Sie betragen heute nur etwa 60 Prozent der Rente eines einheimi-



Foto: dpa

Aussiedler aus Kasachstan mit ihren Habseligkeiten im Lager Schöppingen, Sommer 1996.

schen Rentners mit vergleichbarem beruflichen Werdegang. Für Rentner, die nach dem 6. Mai 1996 in Deutschland aufgenommen wurden, wurde der Rentenanspruch zusätzlich maximal auf die Höhe der Eingliederungshilfe reduziert.

♦ **Sonstige individuelle Beihilfen.** Zum Ausgleich für den erlittenen Gewahrsam erhalten ältere Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion eine einmalige Leistung von 4000 DM pro Person, die vor dem 1. April 1956 geboren sind und 6000 DM für Personen, die vor dem 1. Januar 1946 geboren wurden.

♦ **Beratung, Orientierung, Projekte.** Neben den skizzierten individuellen Hilfen wird die Eingliederung der Spätaussiedler durch eine Reihe von Beratungs- und Orientierungshilfen zur sozialen und kulturellen Integration in die neue Lebensumgebung unterstützt.

Aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans werden Beratungseinrichtungen für jugendliche Spätaussiedler, die Jugendgemeinschaftswerke, gefördert. Ihre Aufgabe ist es, durch Beratung, Betreuung und durch flexibles Reagieren auf besondere Eingliederungserfordernisse (Schulprobleme, Alkohol, Drogen) Hilfen zur schulischen, beruflichen und gesellschaftlichen Integration bereitzustellen. Dazu zählen Methoden der „aufsuchenden Sozialarbeit“ ebenso wie Freizeiten und Seminare. Der Haushaltsansatz beträgt im Jahr 2000 51 Millionen DM.

Für die individuelle soziale Beratung und Betreuung von erwachsenen Spätaussiedlern in einem Netz von Beratungsstellen werden vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Zuschüsse an Wohlfahrts- und Vertriebenenverbände geleistet. Im Jahr 2000 stehen 25 Millionen DM zur Verfügung.

Unter dem Eindruck größer werdender Eingliederungsprobleme wurde der Inte-

grationstitel zur Förderung von Maßnahmen zur gesellschaftlichen und kulturellen Eingliederung in den letzten Jahren stark angehoben: von 32 Millionen im Jahr 1998 auf 42 Millionen im Jahr 1999 und schließlich auf 45 Millionen im Jahr 2000. Mit dem Ziel, die sozialverträgliche Integration zu fördern, sind diese Mittel zunehmend für regionale Verbundprojekte vorgesehen. So sollen soziale Netzwerke initiiert werden, zu denen sich die mit der Aussiedlerarbeit befassten Stellen zusammenfinden, wie zum Beispiel die Arbeitsverwaltung, die Kirchen, Beratungsstellen, Schulen, Stadtverwaltung. Mit dem Ansatz sollen vor allem auch die jugendlichen Spätaussiedler erreicht werden. Ein weiterer Schwerpunkt ist das bereits unter der früheren Bundesregierung initiierte Projekt „Sport mit Aussiedlern“.

Sprachkompetenz

Gute Deutschkenntnisse sind der Schlüssel der Integration. Sie sind notwendige Bedingungen für die Eingliederung in Schule, Ausbildung und Beruf wie auch in die Nachbarschaft mit einheimischen Deutschen. Gerade hier wirkt es als Grenzziehung, wenn Spätaussiedler untereinander nur Russisch sprechen. Von manchen Deutschen daher als Russen tituliert, fühlen sich viele Russlanddeutsche diskriminiert („In Russland war ich der Deutsche, hier bin ich Russe“).

In Rumänien, wo die deutschen Bildungseinrichtungen nicht aufgelöst worden waren, konnte sich die deutsche Sprache erhalten. Spätaussiedler aus Rumänien hatten daher in der Regel gute Deutschkenntnisse und benötigten keine Sprachkurse. Anders war die Situation in Polen, wo die nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzende Polonisierungspolitik dazu führte, dass die meisten jungen Deutschen nicht mehr Deutsch lern-

ten und daher einer Sprachförderung bedurften. Unter den Spätaussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion sind in den neunziger Jahren kaum noch Deutschkenntnisse vorhanden (vgl. dazu S. 38).

Dies ist zum einen durch die sprachliche Assimilierung nach dem Zweiten Weltkrieg verursacht: In der Sowjetunion war seit 1956 zwar der muttersprachliche Deutschunterricht an Schulen wieder erlaubt, die geringe Verbreitung – vor allem auf dem Land – sowie der Mangel an Lehrkräften und Unterrichtsmaterialien führte jedoch dazu, dass die Muttersprache zunehmend an Bedeutung verlor.

Im Februar 1994 wurde auf dem gesamten Territorium Russlands eine Repräsentativerhebung durchgeführt, mit der fünf Prozent der in Russland lebenden Bevölkerung erfasst wurden. In dieser Befragung benannten nur noch 36 Prozent der beteiligten Russlanddeutschen Deutsch als ihre Muttersprache. Einschränkend ist bei diesem Ergebnis die Diskrepanz zu bewerten zwischen der Benennung von Deutsch als Sprache der Vorfahren („Muttersprache“) einerseits und der aktiven Sprachbeherrschung andererseits, die nur noch 13 Prozent der Befragten bestätigen konnten. Während die älteren Russlanddeutschen sich oft noch in ihrem Dialekt verständigen können, trifft dies auf die jüngere Generation kaum noch zu.

Mitbedingt durch den hohen Anteil an gemischt nationalen Ehen (er betrug bei den 1997/98 eingereisten Spätaussiedlern rund 50 Prozent) ersetzt zum Zweiten auch in den Familien die russische oft die deutsche Sprache.

Von dem in das Aufnahmeverfahren integrierten Sprachtest ist auch perspektivisch keine Verbesserung der sprachlichen Ausgangssituation zu erwarten. Denn dieser Test muss nur von der Person absolviert werden, die „Statusträger“ ist. So kann es sein, dass ein 70-jähriger Mann den Sprachtest besteht, um dann mit einer mehrköpfigen Familie einzureisen, deren Mitglieder über keine Deutschkenntnisse verfügen.

Der Deutschkurs wird damit für Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion obligatorisch. Die Grenzen der im Laufe der Jahre auf sechs Monate (für Jugendliche zehn Monate) begrenzten Sprachförderung werden unmittelbar deutlich. Insbesondere die sechsmonatigen Kurse reichen kaum aus, um eine für die erfolgreiche Integration adäquate Sprachförderung bereitzustellen.

Die Politik der Bundesregierung zielt daher auf eine Neuorganisation und Effektivierung der Sprachförderung, allerdings auf der Grundlage des bisherigen Mittelumfangs. Durch die Zusammenfassung der Zuständigkeiten und die Bündelung der Sprachförderungsmaßnahmen für alle Migrantengruppen sollen unter anderem Kurse mit Teilnehmerzahlen entstehen,

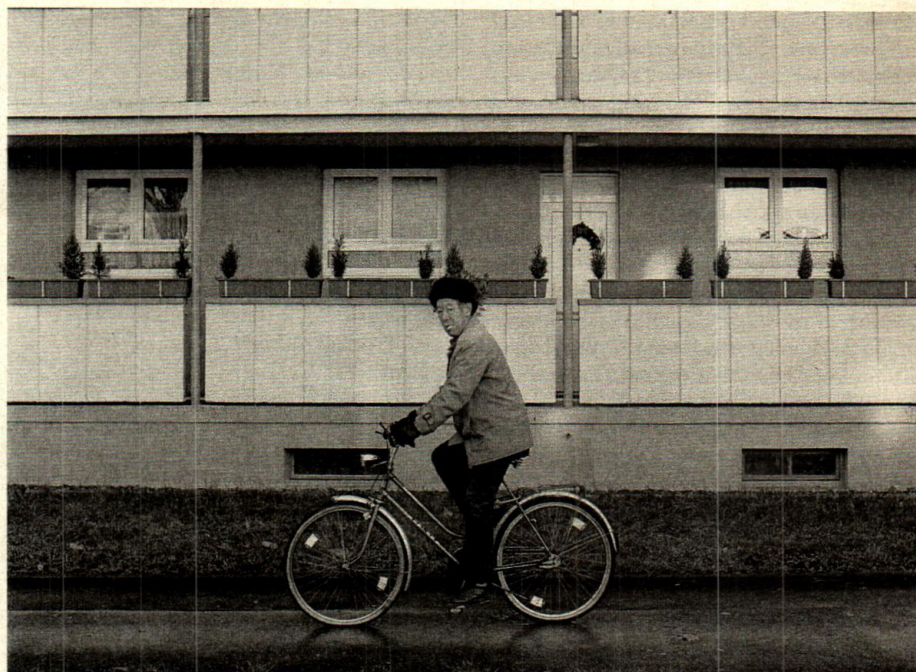


Foto: Andreas Herauf/dail

Die Tendenz, Aussiedler in geschlossenen Wohnsiedlungen zusammenzufassen – wie hier in Lahr, hat sich als zunehmend integrationshemmend erwiesen. Dadurch kommen die Russlanddeutschen noch schwerer mit Einheimischen in Kontakt.

die eine dem Lernziel förderliche Binnendifferenzierung ermöglichen (zum Beispiel besondere Angebote für bestimmte Berufs- oder Altersgruppen). Ziel ist es ferner, die Sprachförderung durch eine viermonatige beruflich-sprachliche Orientierung zu ergänzen. Nach Aussagen des Aussiedlerbeauftragten der Bundesregierung Jochen Welt konnte mit diesen kombinierten Kursen in Pilotprojekten ein Vermittlungserfolg von 60 bis 90 Prozent auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt erreicht werden.

Integrationsprozess

Spätaussiedler sind den einheimischen Deutschen rechtlich gleich gestellt. So hoch die Bedeutung des Passes als Identifikations- und Zugehörigkeitssymbol auch ist, so wenig sagt er jedoch aus über die jeweiligen praktischen Eingliederungsprobleme und Orientierungsnotwendigkeiten, über Migrationserfahrungen und Unterschiede in Vorstellungsweisen, Wertorientierungen und Lebensweisen. Insbesondere die Aussiedler aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion stehen hier vor einem Anpassungsbedarf, der alle Lebensbereiche umfasst.

Berufliche Eingliederung

Etwa 55 Prozent der Aussiedler, die im Jahr 1998 in die Bundesrepublik einreisten, waren Erwerbspersonen (davon über die Hälfte Frauen) aus folgenden Berufsgruppen: land- und forstwirtschaftliche Berufe (neun Prozent), Bergbauberufe (0,5 Prozent), industrielle und handwerkliche Berufe (36 Prozent), technische Berufe (neun Prozent) sowie Dienstleistungsbetriebe (44 Prozent).

Während bei den Männern der Schwerpunkt der mitgebrachten Berufe mit 44 Prozent bei den industriellen und handwerklichen Berufen liegt, sind bei den Frauen mit 58 Prozent die Dienstleistungsbetriebe dominierend.

Spätaussiedler haben ihre Ausbildung und beruflichen Erfahrungen in Wirtschaftssystemen erworben, die sich stark vom hiesigen unterscheiden. Mitgebrachte Qualifikationen werden oft nicht oder nur mit einer Zusatzqualifikation anerkannt, so zum Beispiel durch eine Zusatzqualifikation in EDV. Betroffen sind von dieser Situation in großem Maße auch Akademiker und hier insbesondere diejenigen, die eine gesellschaftspolitisch geprägte Ausbildung mitbringen, wie zum Beispiel Juristen (Russisches Recht), Diplomökonomen oder Lehrer.

So führt die berufliche Integration vieler Aussiedler über Weiterbildungs- oder Umschulungsmaßnahmen der Arbeitsverwaltung bzw. die Orientierungs-, Fortbildungs- und Anpassungsmaßnahmen des Akademikerprogramms. Oft genug eröffnet nur ein beruflicher Neuanfang und/oder eine Arbeitstätigkeit weit unter dem Qualifikationsniveau eine Chance auf dem Arbeitsmarkt. Von großer Bedeutung sind aber auch die Vermittlung von außerfachlichen Qualifikationen, das Kennen lernen der Segmente und Funktionsweisen des deutschen Arbeitsmarktes sowie Bewerbungen unter marktwirtschaftlichen Bedingungen. „Persönliches Marketing“ ist Aussiedlern häufig fremd.

Von der hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland sind auch die Aussiedler betroffen, wobei Spätaussiedler aus Polen und Rumänien generell bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben als Aussied-

ler aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Die Bundesanstalt für Arbeit verzeichnet jedoch in den letzten Jahren eine rückläufige Arbeitslosigkeit von Spätaussiedlern. So waren Ende Juli 1998 insgesamt 121 400 Spätaussiedler und Spätaussiedlerinnen arbeitslos gemeldet, rund 20 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Dieser Trend bestätigte sich in den Folgejahren. Von Januar bis April 2000 sank die Zahl der arbeitslosen Spätaussiedler von etwa 88 000 auf 77 000. Insbesondere von der für Ingenieure, die IT-Branche und die Pflegeberufe guten Arbeitsmarktsituation profitierten auch die Aussiedler. Auch für Handwerker, Mechaniker und Elektriker bestehen im Allgemeinen gute Beschäftigungschancen.

Offenbar dokumentiert sich in dieser Statistik neben dem Rückgang der Zuwanderungszahlen die besondere Flexibilität und Bereitschaft der Aussiedler, auch solche Arbeitstätigkeiten anzunehmen, die deutlich unter ihrer mitgebrachten Ausbildung und Berufserfahrung angesiedelt sind und damit eine berufliche Dequalifizierung in Kauf zu nehmen.

Das höchste Arbeitsmarktrisiko tragen die Frauen. In den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion waren sie in aller Regel berufstätig, was angesichts der vorherrschenden traditionellen Familienstruktur einer Doppelbelastung von Beruf und Familie gleichkam. In Deutschland sind die Frauen weitaus mehr von Arbeitslosigkeit, unsicheren Arbeitsplätzen und beruflicher Dequalifizierung betroffen als die Männer (aus Lehrerinnen werden Erzieherinnen, aus Bürokräften Reinigungskräfte). Eine Ursache ist vermutlich in der anderen Berufsstruktur zu sehen. So sind in Dienstleistungsberufen gute Sprachkenntnisse weit häufiger eine Voraussetzung als in industriellen und handwerklichen Berufen.

So finden sich Frauen häufig unfreiwillig in der Rolle der Hausfrau und Mutter wieder. Darüber hinaus verzichten Frauen oft auf eine berufliche Tätigkeit oder auch auf einen Sprachkurs, um Familienpflichten wie die Kinderbetreuung übernehmen zu können. Hier können angepasste Eingliederungsmaßnahmen Chancen eröffnen. So bietet zum Beispiel das Land Nordrhein-Westfalen in der Landesaufnahmeeinrichtung Unna-Massen so genannte Familiensprachkurse an, bei denen für eine Kinderbetreuung gesorgt ist.

Die Berufstätigkeit und damit ein Lebensunterhalt unabhängig von staatlichen Transfersystemen – und hier vor allem der Sozialhilfe –, eine eigene Wohnung und zunehmende Kontakte zu Einheimischen tragen wesentlich zum Einleben der Zuwanderer bei.

Dabei hat die verstärkte Wohnungsbauförderung durch Bund und Länder zu einer spürbaren Entlastung des Wohnungsmarktes beigetragen, von der auch die Spätaussiedler profitieren. Oft ziehen sie aus der

Jugendliche Aussiedler in Deutschland

In jüngerer Zeit häuften sich die schlechten Nachrichten über jugendliche Aussiedler – Drogenhandel, Beschaffungskriminalität, Schlägereien mit Immigranten anderer Herkunft und Eigentumsdelikte sind die Schlagworte, die dabei oftmals genannt werden. Tatsächlich ist der Anteil junger Aussiedler, die in deutschen Gefängnissen einsitzen, angestiegen. Aber selbst dann, wenn man misslingende Integration nicht erst über Kriminalität definiert, sondern „harmlosere“ Probleme ansieht, scheint es, als seien junge Aussiedler häufig auf der Verliererseite zu finden. [...]

Forschungsberichte, in denen Aussiedler mit Einheimischen und den bereits länger in Deutschland lebenden Ausländern verglichen werden, scheinen diese Sichtweise zu bestätigen. Im Unterschied zu den Einheimischen macht es den Eindruck, als würde mit längerem Aufenthalt die Häufigkeit problematischen Verhaltens mehr und mehr ansteigen. Tatsächlich legt die internationale Immigrationsforschung aber einen anderen Verlauf der Eingliederung nahe. Für die meisten Immigrantengruppen gilt, gleich ob es sich um Erwachsene oder Jugendliche handelt, dass sie sich mit der Zeit im Aufnahmeland besser zurechtfinden. Dies beinhaltet nicht nur, dass sich die „Neuen“ an Lebensart und Wertorientierungen der Einheimischen gewöhnen und mehr und mehr Informationen über die Strukturen sammeln, sondern auch, dass ganz konkrete Probleme wie die Wohnungs- oder Arbeitsfindung mit der Zeit von den meisten Immigranten gelöst werden. [...]

Unsere Studie hatte das Ziel herauszufinden, ob die Belastung mit Problemen bei Aussiedlerinnen und Aussiedlern im Alter von zehn bis 16 Jahren während ihrer Zeit in Deutschland abnimmt, wie es die restliche Forschung nahe legt, oder ob sich tatsächlich bei dieser Gruppe mehr und mehr Frustrationen mit negativen Folgen aufbauen, wie es sich aus den Vergleichen Jugendlicher mit verschieden langer Aufenthaltsdauer zu ergeben scheint. Um sicherzugehen, dass es sich tatsächlich um eine Zunahme handelt (wenn diese denn auftreten würde), haben wir über den Vergleich von Gruppen junger Aussiedler verschieden langen Aufenthalts in Deutschland hinaus die Veränderung der einzelnen Jugendlichen während dieser Zeitspanne untersucht. Dazu wurden knapp dreihundert Jugendliche viermal im Abstand von sechs Monaten über depressive Stimmungen, Schulprobleme und auch über ihren Alkoholkonsum befragt.

Bei dieser längsschnittlichen Untersuchung zeigte sich, dass sich nicht alle jungen Aussiedler in Richtung auf mehr Problembelastung verändern. Im Gegenteil: Für die meisten Jungen und

Mädchen, genauer für etwa drei Viertel, gilt, dass sie trotz anfänglicher Schwierigkeiten mit der Schule und der emotionalen Befindlichkeit nach ungefähr vier in Deutschland verbrachten Jahren keine wesentlichen Probleme mehr haben. So zeigen sich in dieser Gruppe im Vergleich zu den Einheimischen keine Stimmungseinbußen mehr und auch in der Schule erzielen die Jungen und Mädchen durchschnittlich zumindest zufrieden stellende Resultate. Der Konsum von Alkohol lag bei diesen Jugendlichen nicht über dem Einheimischer gleichen Alters. Das verbleibende Viertel hatte allerdings schlechte Noten und Verständnisprobleme in der Schule und berichtete im Durchschnitt über mehr depressive Stimmungen. Einige tranken auch übermäßig viel Alkohol.

Was aber macht die dauerhaft problematischen Jugendlichen so verschieden von den anderen, obwohl doch alle anfangs mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatten? Die beiden Gruppen unterscheiden sich hinsichtlich des Ausgangsrisikos für misslingende Integration. Als risikobelastet galten Jungen und Mädchen, die nur ungern nach Deutschland gekommen sind, denen die Kontaktaufnahme zu den Einheimischen nicht gelang, deren Familien ihnen keinen genügenden Rückhalt vermitteln konnten, weil die Eltern selbst unter depressiven Verstimmungen litten oder man sich untereinander nicht verstand, und natürlich Jugendliche, die die deutsche Sprache nicht beherrschten. Wenn mehrere dieser Risiken zusammenkamen, und das war besonders oft dann der Fall, wenn der Vater arbeitslos war, dann verbesserten sich die Schulleistungen nicht und die jungen Aussiedler litten unter depressiven Stimmungen, beides bekannte Vorläufer von anderen auffälligen Verhaltensweisen wie Kriminalität.

Zusammenfassend gilt, dass keinesfalls alle jungen Aussiedler mit der Zeit immer gefährdeter sind, in soziale Randständigkeit und Frustration abzustürzen. Vielmehr schaffen es die meisten ganz gut, im Verlauf der ersten paar Jahre festen Boden unter die Füße zu bekommen. Allerdings spricht man in der Öffentlichkeit über die Mehrheit jener erfolgreichen Jungen und Mädchen weniger als über die auffälligen, unglücklichen. Letztere bedürfen freilich der besonderen Hilfen. Zu denken ist an Maßnahmen im Bereich der Schulen, an Freizeitangebote sowie an Hilfen für die Familien.

Eva Schmitt-Rodermund, Rainer K. Silbereisen, Universität Jena.

¹ Die hier berichteten Ergebnisse beziehen sich auf die Studie „Erfolg und Verlauf der Aneignung neuer Umwelten durch Aussiedler“, die im Auftrag des Ministerium für Inneres 1992 bis 1994 durchgeführt wurde (s. auch Literaturhinweise).

Berufsstruktur der Aussiedler 1998

Berufe	Gesamt	Männlich	Weiblich
Land- und forstwirtschaftliche Berufe	5 125	3 552	1 573
Bergbauberufe	309	255	54
Industrielle und handwerkliche Berufe	20 900	12 885	8 015
Technische Berufe	5 089	3 026	2 063
Dienstleistungsberufe	25 963	9 059	16 904
Ohne Zuordnung	974	396	576
(Personen gesamt)	58 360	29 175	29 185

Quelle: Bundesverwaltungsamt

drangvollen Enge des Übergangswohnheims in eine Sozialwohnung. Viele Gemeinden halten entsprechende Kontingente für Spätaussiedler bereit, was jedoch die Gefahr der Isolierung von Aussiedlern in einer kompakten Wohnsituation erhöht. Die Chancen auf dem freien Wohnungsmarkt sind dagegen nicht zuletzt aus materiellen Gründen, zumindest in der ersten Zeit, vergleichsweise gering.

Bedeutung der Familie

In der ehemaligen Sowjetunion waren soziale Netzwerke von besonderer Bedeutung, in deren Zentrum die Familie bzw. die Großfamilie stand. Auch bei der Migration steht die Familie im Mittelpunkt, zum einen als Aussiedlungsgrund zur Familienzusammenführung mit bereits in Deutschland lebenden Verwandten. Zum anderen ist für die Aussiedleraufnahme die Zuwanderung von Familien charakteristisch, die häufig mehrere Generationen, von den Großeltern bis zu Kindern und Anverwandten umfassen.

Das Einleben in Deutschland und die Integration sind wesentlich an die Familie geknüpft. Ein gutes emotionales Familienklima stellt für die Aussiedlerfamilien eine wirksame psychische und soziale Ressource dar, die wesentlich zu einer positiven Gefühlslage angesichts der neuen Lebenssituation beiträgt. Der besondere Zusammenhalt von Familien aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion ist dabei auch oft Ausdruck starker kollektivistischer Wertvorstellungen im Vergleich zur einheimischen Bevölkerung.

Jedoch ist auch das Binnengefüge der Familie von der Migration betroffen. Frauen, die ihre Interessen der Eingliederung der Kinder und der Familie insgesamt nachordnen oder unfreiwillig auf eine Berufstätigkeit verzichten, werden mit hiesigen Geschlechtsrollenbildern sowie neuen und umfassenderen Aufgaben im Rahmen der Betreuung, Erziehung und Lebenswegplanung der Kinder konfrontiert.

Kirchliches und kulturelles Leben

Der Eingliederungsprozess im Sinne der Integration von Altem und Neuem lässt sich am Beispiel des kirchlichen und kultu-

rellen Lebens verdeutlichen. Glaube und Religionsgemeinschaften waren in den Herkunftsländern von großer Bedeutung, insbesondere für die älteren Russlanddeutschen. Sie sind ein wesentlicher Faktor der deutschen Identität und Kultur. Russlanddeutsche Familien bringen daher vielfach eine sehr traditionell geprägte Religiosität mit nach Deutschland, die eher moralischer als kirchlich-theologischer Natur ist und vielfach in Bürgergemeinden praktiziert wird. Von den im Jahr 1999 zugewanderten Aussiedlern waren 53 698 evangelisch-lutherischen Glaubens, 18 933 römisch-katholischen Bekenntnisses, 12 047 russisch-orthodox sowie 5366 anderen Bekenntnisses, darunter Baptisten und Mennoniten. 11 488 Personen gehörten keiner Glaubensrichtung an. 3384 machten keine Angabe. Während die Religiosität bei der Erwachsenenengeneration und den Älteren eine große Rolle spielt, hat sie bei den Jugendlichen, nicht zuletzt durch die Sozialisation in der Sowjetunion, an Bedeutung eingebüßt.

Die evangelische und die katholische Kirche engagieren sich in vielfältiger Weise bei der Integration der Aussiedler in ihre Gemeinden und bei der Betreuung ausgesiedelter Familien. Mit der Aussiedlerseelsorge in der Evangelischen Kirche in Deutschland und dem Beauftragten der Deutschen Bischofskonferenz mit der Seelsorge für katholische Deutsche aus Russland wurden Einrichtungen geschaffen, die sich mit den speziellen Bedürfnissen der Aussiedler auseinander setzen, um diese in die kirchliche Arbeit zu integrieren.

Dennoch ist das kirchliche Leben in Deutschland vielen Russlanddeutschen fremd, wird als zu liberal und weniger anständig empfunden. Viele Gläubige schließen sich in eigenen religiösen Gemeinschaften zusammen. Die „Kirchliche Gemeinschaft der evangelisch-lutherischen Deutschen aus Russland e.V.“ mit Sitz in Bad Sooden-Allendorf unterhielt Ende 1995 Verbindung zu über 100 Brüdergemeinden.

Mennoniten reisen häufig in ganzen Gemeinden einschließlich ihres Predigers aus und trachten danach, sich auch in Deutschland wieder als eigenständige Gemeinde niederzulassen, was nach dem Wohnortzu-

weisungsgesetz 1996 nicht mehr möglich ist.

Die schwieriger werdende Eingliederungssituation und der Wunsch nach politischer Betätigung haben dazu beigetragen, dass unter den Russlanddeutschen zunehmend die Frage nach der Gründung einer politischen Vereinigung diskutiert wurde. So wurden seit 1997 eine Reihe von politischen Vereinigungen gegründet, die sich jedoch allesamt nicht zu einer breiten Interessenvertretung weiterentwickelten. Ausnahme ist die bereits 1950 gegründete „Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V.“, deren Ziel die Unterstützung der materiellen, kulturellen und gesellschaftlichen Eingliederung ist. Ein Schwerpunkt ihrer Tätigkeit liegt bei der Kulturförderung. So organisiert sie etwa Vorträge russlanddeutscher Autoren und Ausstellungen russlanddeutscher Künstler. Ihr Publikum findet diese Veranstaltungen jedoch vorwiegend bei den Russlanddeutschen selbst. Darüber hinaus verfügt die Landsmannschaft über eine große Wanderausstellung über die Geschichte der Russlanddeutschen, die sie zur Öffentlichkeitsarbeit einsetzt.

Neben der seit 1950 monatlich in 40 000 Exemplaren erscheinenden Zeitschrift der Landsmannschaft der Russlanddeutschen „Volk auf dem Weg“ haben sich in den letzten Jahren eine Reihe von Zeitungen mit zum Teil bemerkenswert hohen Auflagen gegründet, die sich an die Russlanddeutschen richten und teils in deutscher, teils in russischer Sprache berichten. Dazu zählen „Samlaki“ (monatlich, russisch, 70 000 Exemplare) und „Kontakt“ (zweimal wöchentlich, russisch, 55 000 Exemplare) sowie „Die Neue Arena“ (monatlich, deutsch/russisch, Auflage 50 000 Exemplare). Außerdem erscheinen „Vostochny Express“ (monatlich, deutsch/russisch, Auflage 45 000) und „Euroasiatischer Kurier“ (monatlich, deutsch/russisch, 10 000 Exemplare). Während „Volk auf dem Weg“ überwiegend aus Deutschland berichtet, drucken die anderen Zeitungen wesentlich häufiger Berichte aus den Herkunftsgebieten in der ehemaligen Sowjetunion. Es stellt sich die Frage, ob sich die Leserinnen und Leser damit in eine selbst gewählte Isolation begeben, aus der heraus die Eingliederung in Deutschland nicht leichter fallen dürfte (Eisfeld 1999).

Aussiedler sind keine homogene Gruppe, sondern unterscheiden sich in vielerlei Hinsicht. Persönlichkeitsunterschiede sind dabei ebenso von Bedeutung wie aus den verschiedenen Herkunftsländern mitgebrachte Wertvorstellungen und Erfahrungen sowie die wahrgenommene Nähe zur deutschen Kultur. Derartige Merkmale tragen in sehr verschiedener Weise zum Verlauf des Integrationsprozesses bei.

Der Anpassungsprozess erwies sich dabei bei solchen Familien als schwieriger, die sich in ihren Herkunftsländern stark an deutschen Werten und Traditionen orien-

tiert hatten. „Für jene, die den Einheimischen schon zu Beginn überaus nahe standen, drohten umgekehrt auch Enttäuschungen, denn das Deutschland von heute und das ihrer Träume sind keineswegs gleich“ (Silbereisen/Lantermann/Schmitt-Rodermund 1999).

Im Ergebnis zeigten sich in Längsschnittuntersuchungen starke Parallelen zu den Erkenntnissen der internationalen Immigrationsforschung. Aussiedler sind, so die Schlussfolgerung der Autoren, einem „regelmäßigen Akkulturationsprozess unterworfen, und zwar offenbar ungeachtet ihrer rechtlichen Sonderstellung gegenüber anderen Immigranten (bzw. in Deutschland Ausländern). Dies muss für alle sozialpolitischen Fragen der Integration ein Ankerpunkt sein“.

Eingliederung jugendlicher Spätaussiedler

Jugendliche Spätaussiedler aus Russland waren vor der Ausreise im Lebensumfeld ihrer Herkunftsländer im Allgemeinen integriert. Von der deutschen und russischen Kultur sehen sich viele in gleicher Weise beeinflusst, wie 45 Prozent einer Stichprobe Jugendlicher anlässlich einer Befragung der Universität Nowosibirsk betonten. 26 Prozent sahen sich hauptsächlich durch die deutsche Kultur beeinflusst, 20 Prozent hauptsächlich durch die russische Kultur. 35 Prozent erachteten ihre kulturellen Besonderheiten auch nach der Ausreise für bewahrenswert. 46 Prozent stimmten dem teilweise zu (Deutsches Forschungszentrum an der Universität Nowosibirsk 1997).

Aus entwicklungspsychologischer Sicht trifft die Jugendlichen die Aussiedlung in einer Phase des persönlichen Umbruchs und der Ablösung vom Elternhaus, an das sie durch die Aussiedlung wieder stärker gebunden werden. In diesem Sinne zeigen sich die Brüche der Lebenswelten, die auch durch die Trennung von Freunden und Heimat charakterisiert sind, besonders krass. Hinzu kommt das Erlebnis des Zusammenbruchs der Sowjetunion mit allen wirtschaftlichen und sozialen Folgen in den Nachfolgestaaten. Ist die Elterngeneration noch bereit, für die Zukunft der Kinder eigene Beeinträchtigungen auf sich zu nehmen, so reklamieren die Jugendlichen zunehmend auch die Konsumwelt für sich.

Schule, Ausbildung und Beruf

Für die Integration junger Spätaussiedler erweisen sich Sprache, Eingliederung in Schule, Ausbildung und Beruf, aber auch die Akzeptanz von Einheimischen als wesentliche Merkmale. Unter den Aussiedlern, die im Jahr 1999 in die Bundesrepublik Deutschland gekommen sind, waren 20 323 Schüler an Hauptschulen (Mittelschulen), 1328 Fachschüler an weiter-

Integration als vordringliche Aufgabe

In dem Programm („Aussiedlerpolitik 2000“, Anm. d. Red.) wird betont, dass die neue Bundesregierung der Aussiedlerpolitik große gesellschaftspolitische Bedeutung beimisst. [...]

Das bedeutet einerseits, dass wir einen sozialverträglichen Zuzug bejahen. Andererseits werden wir die Angehörigen der deutschen Minderheiten in den Herkunftsländern auch künftig dabei unterstützen, ihre wirtschaftliche, soziale und rechtliche Lage zu verbessern. [...]

Sozialverträglicher Zuzug setzt Integration voraus. Integration ist daher Schwerpunkt der Aussiedlerpolitik dieser Bundesregierung und hat absolute Priorität. Das oberste Ziel ist, die Aussiedler für die schnelle und dauerhafte Teilhabe am sozialen, beruflichen und kulturellen Leben vor allem der örtlichen Gemeinschaft vorzubereiten und auf Entwicklungen, die dies zu verhindern drohen, offensiv und effektiv zu reagieren.

Die Eingliederung der heute zu uns kommenden Russlanddeutschen ist trotz zurückgegangener Zuzugszahlen erheblich schwieriger geworden. Diese Entwicklung hat verschiedene Ursachen:

- ◇ fehlende Deutschkenntnisse,
- ◇ zunehmender kultureller Abstand auch infolge gemischtnationaler Ehen,
- ◇ allgemein verschlechterte Chancen auf dem Arbeitsmarkt,
- ◇ Bildung von Wohngebieten mit hoher Aussiedlerkonzentration, auch wenn dieser Entwicklung durch das Wohnortzuweisungsgesetz entgegengewirkt werden konnte. [...]

Die gezielte Förderung der Integration junger Aussiedler hat absolute Priorität in der Aussiedlerpolitik der neuen Bundesregierung. Für sie sind verstärkte Anstrengungen erforderlich, damit sie besser in ihre neue Lebenswelt hineinwachsen. Damit wird auch neueren wissenschaftlichen Erkenntnissen Rechnung getragen, die zu dem Ergebnis kommen: „Wir müssen uns vordringlich um die jungen Leute kümmern, damit sie nicht zu Außenseitern in unserer Gesellschaft werden und in Kriminalität und Drogenkonsum abgleiten.“ Hier tickt eine „soziale Zeitbombe“. Entsprechende Entwicklungen lassen sich aus Untersuchungen über Auffälligkeit und Delinquenz ablesen. [...]

Die neuen gemeinwesenorientierten Maßnahmen zielen auf Spätaussiedler und ihre Nachbarn in ihrem jeweiligen sozialen Umfeld ab. Sie sind Teil ihrer Lebens- und Erfahrungswelt und können damit konkret zur Behebung von Integrationshemmnissen beitragen. Deren Inhalte sollen stets präventiven Charakter haben und beziehen sich vor allem auf:

- ◇ Isolations- und Aggressionsabbau,
- ◇ Einbindung in die örtliche Gemeinschaften sowie
- ◇ Vorbereitung auf den Beruf und das gesellschaftliche Leben in Deutschland.

Ein ganz wesentliches Element der gesellschaftlichen Integration ist hierbei, die Spätaussiedler an örtliche Vereine heranzuführen und dort einzubinden. [...]

Einen wichtigen Teil meiner Arbeit sehe ich darin, die Integrationsbemühungen effektiver zu gestalten, das heißt die Maßnahmen nicht zuletzt wegen der begrenzten Mittel stärker zu verknüpfen und zu vernetzen. Diese Funktion sollen kommunale Netzwerke für Integration übernehmen. Auch hier ist keine isolierte Spätaussiedlerarbeit gemeint. [...]

Mir schwebt vor, dass zu diesem Zweck Netzwerke für Integration gebildet werden müssen. Dies muss kein personal- und kostenintensiver Apparat sein. Wichtig ist aber ein institutionalisierter „runder Tisch“, an dem alle an der Integration Beteiligten und nicht zuletzt die Aussiedler bzw. ihre Organisationen sitzen sollen. Die Leitung dieses Netzwerkes sollte möglichst bei der Kommune liegen, die ja auch die Gesamtverantwortung für die Integration vor Ort hat. [...]

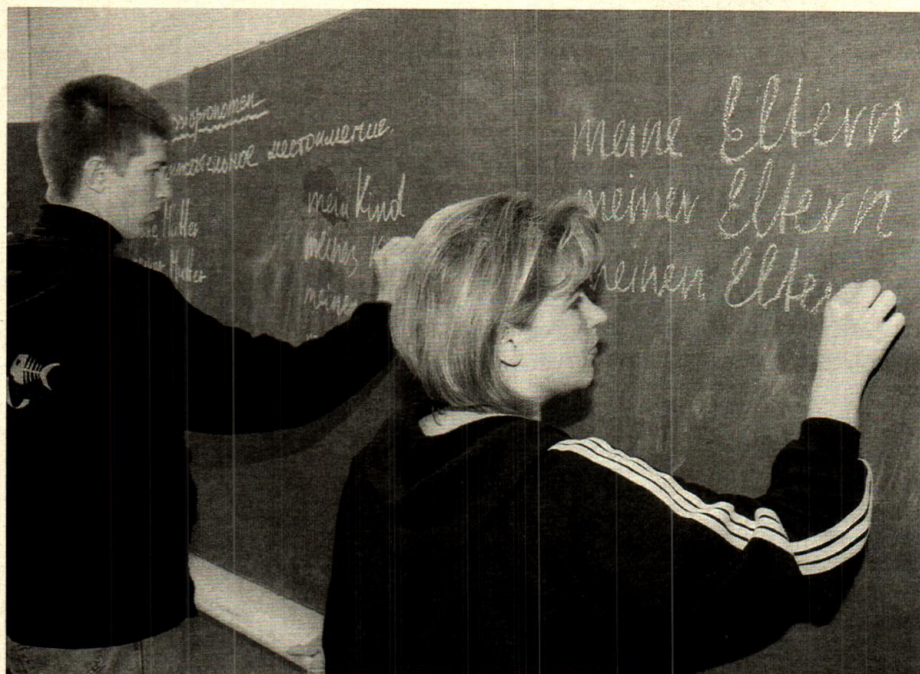
Ein „Netzwerk“ für Integration kann besser entscheiden, wo zusätzliche Maßnahmen nötig und erfolgversprechend sind. Wir bekommen auf diese Weise qualifiziertere, auf die örtlichen Bedürfnisse zugeschnittene Projekte, die in die anderen kommunalen Aktivitäten eingebettet sind. Dieses Verfahren soll dazu beitragen, dass die Maßnahmen nicht mehr an den verfügbaren „Fördertöpfen“, sondern an den vorhandenen Problemen vor Ort orientiert werden. [...]

Dem steht auch die Notwendigkeit der Vernetzung auf Bundesseite gegenüber. Wie schon im „Aussiedlerkonzept 2000“ ausgeführt, ist dabei nicht die Schaffung von neuen Ämtern mein Ziel, sondern die Bündelung der vorhandenen Kräfte in einem Bundesinstitut für Integration. [...] Wissenschaftliche Arbeit in Verbindung von Forschungs- und Hochschuleinrichtungen, Koordination und Organisation der Sprachförderung, Koordination der Projektförderung und Beratungsbearbeitung, Abstimmung der Arbeitsansätze auf Bundes- und Landesebene gehören zum Aufgabenbereich des Instituts. [...]

Mein wichtigstes Ziel im Jahr 2000 bleibt eine Verbesserung der Sprachförderung für die Aussiedler. Sprache ist bekanntlich der Schlüssel zur Integration. Eine generelle Verlängerung der Sprachförderung, die insbesondere von den Ländern gefordert wird, ist offensichtlich zur Zeit nicht durchsetzbar. Haben wir doch für diesen Zweck – einschließlich der Eingliederungshilfe – im Jahr 1999 immerhin rund eine Milliarde DM ausgegeben. [...]

Jochen Welt (SPD) ist Bundestagsabgeordneter und der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen.

Jochen Welt, Aussiedlerpolitik der Bundesregierung, Zwischenbilanz und Ausblick, in: Info-Dienst Deutsche Aussiedler Heft Nr. 107, März 2000, S. 2 ff.



In der Beruflichen Schule zur Integration junger Spätaussiedler in Malchow schreiben Schüler Deklinationen von Possesivpronomen an die Tafel. Im Vorbereitungsjahr lernen die Aussiedler auch Mathematik, Sozialkunde, Informatik, Wirtschaftskunde, Gartenbau, Hauswirtschaft und Sport, bevor sie eine Ausbildung beginnen können.

führenden Schulen sowie 1071 Hochschüler und Fachhochschüler. Weitere jugendliche Aussiedler waren bereits in einem Beruf tätig.

Geringe Sprachkenntnisse und unterschiedliches Schulwissen vor allem in sprachlichen und sozialwissenschaftlichen Fächern haben oft zur Folge, dass die schulische Integration schwierig verläuft und die Jugendlichen eine bis zwei Klassenstufen niedriger eingeschult werden, als es ihrer Altersgruppe entspräche. Zur Unterstützung bei der Eingliederung in die Regelschule haben viele Grund- und Hauptschulen daher spezielle sprachliche und schulische Förderprogramme eingerichtet. Diese Maßnahmen stehen nach der Änderung der Garantiefondsrichtlinien vor allem jungen Aussiedlern offen, die nicht mehr schulpflichtig sind. Sie sind als grundlegende Integrationsmaßnahmen zu bewerten. Durch die Ausweitung von Förderklassen und die verstärkte Nutzung von Förderschulinternaten könnte die Eingliederung noch unterstützt werden.

Zur Anpassungsleistung in der Schule zählt darüber hinaus die Adaption völlig fremder Lehr- und Lernformen: „Vertraut im Umgang mit Frontalunterricht, autoritärem Lehrpersonal und weitgehend reproduktiven Lernformen werden Aussiedler in der Bundesrepublik mit einer Lernkultur konfrontiert, in der soziales und kommunikatives Lernen eine größere Rolle spielt als in ihrem Herkunftsland. Von daher entsteht bei ihnen mitunter der Eindruck, hierzulande seien die Lehrer zu lasch. Die Aussiedler vermissen klare Anweisungen, wie man zu lernen hat, was richtig oder falsch ist und was man darf oder nicht darf. Diese Lernsituation führt zur Verunsicherung und zum Rückzugs-

verhalten. Von Seiten der Lehrer und der einheimischen Schüler werden Aussiedler als „unscheinbare und schweigende“ Gruppe wahrgenommen“ (Strobl/Kühnel 2000).

Auch bei der Planung des Bildungsweges in einem ihnen fremden Bildungswesen bedürfen jugendliche Spätaussiedler der Beratung und Orientierung. Meist haben sie Probleme, sich in der Vielfalt der Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten zu orientieren. Ihre Ausbildung selbst in die Hand zu nehmen und ihren Bildungsweg zu planen, ist ihnen oft fremd. So verharren sie häufig passiv und warten ab, was an sie herangetragen wird. Die Eigeninitiative zu fördern, ist daher eine der wesentlichen Aufgaben der ausbildungsbegleitenden Beratungs- und Orientierungshilfen.

Zur Integration der jugendlichen Aussiedler in das Bildungswesen gibt es keine bundesweiten Statistiken, da Aussiedler als Deutsche nicht oder nur über einen begrenzten Zeitraum gesondert geführt werden. Anhaltspunkte kann jedoch die Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen liefern. Danach beträgt der Anteil der Aussiedler in den Schulformen Hauptschule 28,1 Prozent, Gymnasium 8,3 Prozent, Realschule 17,5 Prozent und Gesamtschule 10,3 Prozent. Damit ist das durchschnittliche Bildungsniveau der ausgesiedelten Jugendlichen deutlich schlechter als das der einheimischen, die sich im Vergleich dazu auf die verschiedenen Schulformen wie folgt verteilen: Hauptschule 11,9 Prozent, Realschule 13,4 Prozent, Gesamtschule 9,1 Prozent und Gymnasium 23,2 Prozent (37. Sozialanalyse 1999). Dabei messen die jugendlichen Spätaussiedler ihrer Ausbildung durchaus einen hohen Wert bei. Auch die Bedeutung der deutschen Sprache für den Ausbildungserfolg ist ihnen

sehr bewusst, auch wenn sie Deutsch in der Kommunikation untereinander zunächst nur wenig nutzen.

Für diejenigen jungen Aussiedler, die ein Hochschulstudium anstreben oder fortsetzen möchten, hat ein Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 15. April 1994 Einschränkungen bewirkt. Aus der ehemaligen Sowjetunion ausgesiedelte Studenten können ihr Studium mit der fachgebundenen Hochschulreife fortsetzen, wenn sie mindestens vier Semester im Herkunftsland studiert haben. Alle anderen müssen zunächst in einem Sonderlehrgang die Hochschulreife erwerben. Nachdem im Sonderlehrgang bis dato die „Allgemeine Hochschulreife“ erworben wurde, soll dies seit 1994 nur noch den Besten möglich sein. Die anderen Teilnehmer erwerben mit der Abschlussprüfung den „Schulischen Teil der Fachhochschulreife“, der, je nach Bundesland, ergänzt durch ein Praktikum oder eine berufliche Ausbildung zur vollen Fachhochschulreife aufgestockt werden kann. Der Beschluss ist Mitte 2000 jedoch von Nordrhein-Westfalen, das 21,8 Prozent aller Spätaussiedler aufnimmt, noch nicht umgesetzt worden.

Angeichts der in den letzten Jahren gestiegenen Jugendarbeitslosigkeit haben junge Aussiedler im Vergleich zu Einheimischen, mit denen sie weder sprachlich noch hinsichtlich ihrer beruflichen Qualifikation konkurrieren können, geringere Chancen, eine Ausbildungsstelle zu finden. Dies wird auch daran deutlich, dass nach Aussagen des Aussiedlerbeauftragten der Bundesregierung Jochen Welt jugendliche Spätaussiedler überproportional häufig am Sofortprogramm der Bundesregierung zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit beteiligt sind, dessen Ziel die spätere Eingliederung der Teilnehmer in den Ausbildungs- bzw. Arbeitsmarkt ist.

Auch beim Einstieg in den Beruf können viele junge Aussiedler – wie analog bereits für die Eltern beschrieben – nicht mehr an ihre Qualifikationen aus dem Herkunftsland anknüpfen. Somit ist der berufliche Wiedereinstieg oft mit Statusverlusten verbunden. Die Erfahrungen der Jugendgemeinschaftswerke belegen, dass junge Aussiedler insbesondere unter schlechten Arbeitsbedingungen, bei hohem Risiko des Arbeitsplatzverlustes und in niedrigen Einkommensgruppen tätig werden. Die von den Jugendgemeinschaftswerken erfassten Jugendlichen gaben zu knapp 60 Prozent an, dass sie eine Hilfsarbeitertätigkeit übernommen haben; gut ein Viertel war als Facharbeiter oder Facharbeiterin tätig (37. Sozialanalyse 1999).

Gesellschaftliche Stellung

Für die gesellschaftliche Integration jugendlicher Spätaussiedler bilden Wohnumfeld, Erwerbstätigkeit der Eltern und die Integration in das Bildungsumfeld eine entscheidende Rolle. Im Vergleich sind junge Spätaussiedler stärker von staatli-

chen Leistungen abhängig, während einheimische Jugendliche eher von der Familie unterstützt werden oder einen Teil ihres Geldes durch Jobs dazuverdienen – ein Markt, der den jugendlichen Spätaussiedlern zunächst offensichtlich noch nicht in gleicher Weise zugänglich ist.

Für die Bewältigung der Aussiedlungserfahrung und der Fremdheitsgefühle ist die starke Bindung an die Familie von großer Bedeutung. Sie ist das entscheidende Netzwerk, gibt auf emotionaler Ebene Halt und Orientierung. Selbst in der durch die Aussiedlung bedingten Umbruchsituation unterliegt die Familie jedoch einem Kompetenzverlust und kann in den Fragen der Lebensplanung, wie zum Beispiel bei der Berufswahl, nur eingeschränkt helfen.

Dem im Vergleich stärker traditionellen Familienbild und Geschlechtsrollenverständnis von Aussiedlern entspricht eine Wertorientierung, in der kollektive Werte einen höheren Stellenwert haben als individuelle. Während Selbstverwirklichung im Sinne von „frei sein“ von 36,7 Prozent von befragten ausgesiedelten Jugendlichen hinsichtlich ihrer Lebensziele als „sehr wichtig“ eingestuft wurde, waren es bei einer Stichprobe einheimischer Jugendlicher 59,9 Prozent. Beide Gruppen schätzten familiäre Ziele mit der höchsten Priorität ein: Ein „glückliches Familienleben“ ist das Ziel von 63,1 Prozent der Aussiedler, bei den Einheimischen waren es 66,4 Prozent. Das Leben „nach Traditionen“ erschien dagegen für beide Gruppen weniger wichtig. Aussiedler hatten in der Befragung jeweils höhere Pflicht-, Leistungs- und Akzeptanzziele, mit Ausnahme der von beiden Gruppen mit acht Prozent (Aussiedler) bzw. 8,7 Prozent (Einheimische) bewerteten Kategorie „eine Führungsposition haben“. „Reich sein“ war für die Aussiedlerjugendlichen (15,2 Prozent) wichtiger als für die Einheimischen (7,5 Prozent). Zusammengefasst „legen die Ergebnisse der Umfrage nahe, dass die einheimischen Jugendlichen postmaterialistische Wertorientierungen höher schätzen als die jungen Aussiedler, während Letztere stärker materialistisch orientiert sind“, ein Ergebnis, das sich aus den unterschiedlichen Lebensgeschichten in der bundesdeutschen und der postsowjetischen Gesellschaft erklären lässt (Dietz/Roll 1998).

Ausgesiedelte Jugendliche unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Freizeitgestaltung von einheimischen. Freizeit ist weniger ein zu planender Gestaltungsraum als vielmehr durch spontane Treffen mit Freunden gekennzeichnet. Dabei spielt – aus dem Herkunftsland mitgebracht – das Treffen auf der Straße eine große Rolle. Gerade in den ersten Jahren besteht der Freundeskreis überwiegend aus Aussiedlern, wobei jedoch das Bedürfnis besteht, mehr Kontakte zu Einheimischen zu haben. Dies ist für die jungen Aussiedler mit großen Hürden verbunden. Einerseits wissen sie um ihre mangelnde Sprachbeherrschung, fühlen sich gegenüber Einheimi-

Integration durch Eigeninitiative

[...] Ich selber bin in Kasachstan aufgewachsen und vor zwölf Jahren gemeinsam mit meinen Eltern und meinem zehn Jahre jüngeren Bruder nach Deutschland gekommen. Natürlich gab es viele Dinge, die nicht einfach waren. Aber das haben wir ja vorher gewusst – auch wenn wir natürlich von einigen Dingen doch etwas andere Vorstellungen hatten. [...] Kaum jemand wird einen hier verachten, weil man einen Akzent hat oder die Sprache nicht ganz fehlerfrei spricht.

Natürlich wird man keine Kontakte knüpfen können, wenn man nach zehn Jahren in Deutschland immer noch nicht in der Lage ist, sich auf Deutsch auch nur übers Wetter oder andere Banalitäten zu unterhalten. [...] Natürlich ist es nicht leicht, eine andere Sprache zu erlernen – aber ganz bestimmt nicht unmöglich – für niemanden, wenn er denn wirklich will. Es gibt Radio, es gibt Fernsehen, es gibt Zeitungen, Bücher, Kassetten, die Sprache wird überall auf der Straße gesprochen und der Deutschkurs an der VHS kostet uns keinen Pfennig. Mehr kann man doch nicht bieten – oder? [...]

Das heißt nicht, dass wir unsere gesamte Vergangenheit verbannt haben. So soll das auch nicht sein. Dieses Land hat uns ein Stück geprägt und wir haben viele Dinge kennen gelernt, die den meisten Menschen hier fremd sind – und längst nicht nur negative Dinge. Dennoch will ich nicht zurück, ich bin froh, dass wir damals den Schritt gewagt haben, nach Deutschland zu kommen. [...]

Aber ich werde mir die Erinnerungen bewahren, erzähle gerne Freunden von diesem Land, wir kochen auch noch öfter zu Hause russische und kasachische Gerichte, haben auch noch russische Literatur in unserem Bücherschrank – und ab und zu werfe ich da sogar noch einen Blick rein, ich habe immer noch eine andere Beziehung zu der Natur als die meisten Deutschen, was wohl mit der Umgebung zusammenhängt, in der ich aufgewachsen bin [...] aber in den meisten Dingen unterscheidet sich unser Leben zu Hause nicht von dem anderer Familien in Deutschland – und das ist gut so.

Ich bin halt in Kasachstan geboren. Und? Gibt wirklich Schlimmeres! Man kann sich nämlich auch selber Komplexe machen. Ähnlich ist es wohl mit dem Unterschied der beiden Gesellschaften. Natürlich war dort vieles anders als hier. Aber wenn man wirklich Interesse daran hat, kann man sehr schnell lernen, wie hier „der Hase läuft“ und sich wohl auch daran gewöhnen – vor allem die jungen Leute bis dreißig oder vierzig müssten das noch ganz gut schaffen.

Ein Problem ist sicherlich auch, dass viele der Aussiedler es seit jeher gewohnt sind, „anders“ zu sein und unter sich zu bleiben. Ich möchte schon früher nicht allzu sehr, wenn sie sich zusammen röteten, weil sie die Deutschen waren.

Jetzt sind sie hier und machen genau dort weiter, wo sie in ihrer alten Heimat aufgehört haben – nur dass sie jetzt die Russen sind.

Das alles muss echt nicht sein! [...] Es erwartet hier niemand Wunder, und so braucht auch niemand Angst zu haben vor den Fehlern, die er beim Sprechen macht. Schon nach ein bis zwei Monaten war ich damals so weit, dass ich merkte, wie die Mauer schwand, die zwischen mir und den Leuten hier bestand – allein durch die Fortschritte in der Sprache. Natürlich werden die Leute trotzdem nicht in Scharen auf einen zukommen, weil sie einen unbedingt kennen lernen wollen. Etwas Eigeninitiative ist schon gefragt. [...] Ein bisschen anstrengen muss man sich schon – doch das muss man doch wohl nicht nur als Aussiedler. Hinterhergetragen wird niemandem etwas. Ich habe damit angefangen, dass ich nicht in Supermärkten, sondern in kleinen Geschäften eingekauft habe – und zwar immer wieder in denselben. Dort waren immer dieselben Verkäufer, die auch meistens etwas Zeit für ein Schwätzchen und Verständnis für meine sprachlichen Schwierigkeiten hatten, man traf auch immer wieder dieselbe Kundschaft – und bald lernte ich die Leute etwas näher kennen. Dann ging ich noch vor Beginn meines eigentlichen Studiums zu einer Vorlesung für Psychologie. Anfangs verstand ich von der Vorlesung fast nichts – aber auch hier traf ich immer wieder dieselben Leute, ging bald mit ihnen Kaffee trinken und abends auch mal ins Kino oder die Disco [...] und irgendwann verstand ich sogar die Vorlesung, was natürlich eine zusätzliche Übung und zudem noch höchst interessant war. Weiterhin wurde ich Mitglied bei einem Brieffreundschaftsclub, wo ich um Kontakte zu Deutschen bat, die möglichst kein Russisch sprachen. So war ich gezwungen, Deutsch zu schreiben [...] anfangs sehr stressig – doch irgendwann klappte es dann. Und zwei der Mädchen lernte ich später auch persönlich kennen und bin noch heute gut mit ihnen befreundet. Es gibt so viele Dinge, die man machen kann! Tja, und später habe ich dann mit den Übersetzungen begonnen, die ich meistens für andere Aussiedler gemacht habe, die sich selber nicht genügend motivieren konnten, die deutsche Sprache zu lernen. Mein Bruder übrigens hatte fast keine Schwierigkeiten. Er wurde damals eine Klasse zurückgestuft, machte in seiner Freizeit noch Übungen, die er von der VHS oder seiner Deutschlehrerin in der Schule bekam, er hatte anfangs sehr viel zu arbeiten – auch in den Schulferien. Aber nach einem knappen Jahr war er abgesehen von der damals noch etwas „holprigen“ Sprache ein Schüler wie jeder andere.

Aus dem Leserbrief einer Russlanddeutschen an die Bundeszentrale für politische Bildung vom 3. August 2000.

schen benachteiligt und gehen dem Kontakt mit ihnen aus diesem Grund aus dem Weg. Einheimische Jugendliche kommen den Aussiedlern umgekehrt kaum entgegen. So nehmen Aussiedler die Akzeptanz durch Einheimische als durchaus ambivalent wahr. Auf die Frage „Haben Sie den Eindruck, dass deutsche Aussiedler aus der vormaligen Sowjetunion bei der bundesdeutschen Bevölkerung willkommen sind?“, antworten 7,5 Prozent mit „ja“, 57,1 Prozent mit „teilweise“, 29,4 Prozent mit „nein“ und sechs Prozent mit „weiß nicht“ (Dietz/Roll 1998).

Auch hinsichtlich ihrer finanziellen Situation können Aussiedler mit Einheimischen kaum mithalten. Entsprechend können sie sich vielfach kein Freizeitverhalten leisten, das größere finanzielle Ressourcen erfordert. Während die Jungen ihre Freizeit eher außer Haus verbringen, bleiben die Mädchen mehr zu Hause, was die Gefahr der Isolation bei ihnen verstärkt. Auch die Mitgliedschaft in Vereinen ist bei den jugendlichen Aussiedlern in den ersten Jahren nach der Einreise (noch) kein Thema. Auffällig ist in diesem Zusammenhang auch, dass sportliche Betätigung, der in den Herkunftsländern eine sehr hohe Bedeutung beigemessen wurde, in Deutschland eine sehr viel geringere Rolle spielt (Dietz/Roll 1998).

Probleme der Abschottung

Insbesondere dort, wo Aussiedler konzentriert leben, ziehen sie sich in die eigene Gruppe zurück. „Es entsteht eine russischsprachige ‚Gesellschaft in der Gesellschaft‘, über die alltägliche Dienstleistungen bereitgestellt und Informationen ausgetauscht werden. Die jugendlichen Aussiedler formieren hier ihre eigenen Gruppen, in denen sie sich akzeptiert fühlen, abgeschottet von einer Umwelt, in

der sie auf wenig Akzeptanz stoßen“ (Dietz 1999).

Die in der Öffentlichkeit verbreitete These, diese Eingliederungsprobleme seien eine Folge davon, dass jugendliche Aussiedler oft gegen ihren Willen von den Familien zur Ausreise veranlasst werden, ließ sich empirisch nicht hinreichend belegen. Während in einer Erhebung 22,5 Prozent der jugendlichen Aussiedler betonten, bei der Ausreiseentscheidung keine wesentliche Rolle gespielt zu haben, gaben 70 Prozent an, sie hätten selbst entschieden, mit entschieden oder den Entschluss unterstützt. Lediglich 5,5 Prozent der befragten Jugendlichen wollten nicht ausreisen (Dietz/Roll 1998). Inwieweit die Jugendlichen tatsächlich aus eigenem Antrieb ihre Ausreise betrieben haben oder aber die Entscheidung hinnahmen oder zumindest für sich selbst nicht hinterfragten, bleibt offen. Der Ausreise selbst stehen die Jugendlichen mit sehr gemischten Gefühlen gegenüber. Allerdings betrachten sie sie überwiegend als einen endgültigen Schritt. 62 Prozent konnten sich nur vorstellen, nochmals als Tourist ihr Herkunftsland zu bereisen (Strobl/Kühnel 2000). So scheinen denn auch weniger die Umstände der Aussiedlung für den Integrationsprozess von Bedeutung zu sein als vielmehr die Erfahrungen, die in Deutschland gemacht werden.

Bestandteil der öffentlichen Diskussion in Deutschland sind in den letzten Jahren zunehmend Berichte, wonach jugendliche Aussiedler sich zu Banden zusammenschließen, bei denen der Konsum von Drogen und Alkohol sowie Gewalt an der Tagesordnung sind.

Einen überdurchschnittlich hohen Alkohol- und Drogenkonsum bei jugendlichen Aussiedlern konnten Rainer Strobl und

Wolfgang Kühnel nicht bestätigen. Die bei einer Stichprobe von jugendlichen Spätaussiedlern aus verschiedenen Schulformen in Nordrhein-Westfalen gemessenen Werte lagen eher unter denjenigen einer einheimischen Vergleichsgruppe. Allerdings erwiesen sich die subjektiven gesellschaftlichen Teilhabechancen als Einflussfaktor (Strobl/Kühnel 2000).

Geringere wahrgenommene Teilhabechancen erwiesen sich auch als wichtige Variable für die Herausbildung abweichenden Verhaltens insbesondere bei männlichen Jugendlichen. Auch hier konnte über die Gesamtgruppe keine erhöhte Auffälligkeit im Vergleich zu Einheimischen festgestellt werden. Allerdings weisen die Ergebnisse einer anderen Studie darauf hin, dass bei männlichen Aussiedlern eine höhere Akzeptanz gegenüber Gewalt als Problemlösungsmittel vorhanden ist. So beantworteten 42,7 Prozent der männlichen Aussiedler die Frage „Glauben Sie, dass es persönliche Konflikte gibt, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen?“ mit „ja“, während es bei den Einheimischen 23,2 Prozent waren. Anders bei den befragten weiblichen Probanden. Bei den Aussiedlerinnen antworteten 12,4 Prozent mit „ja“, bei den einheimischen 17,2 Prozent. Bei der Frage, welche Konflikte mit Gewalt zu beantworten sind, steht bei den Aussiedlern (37,3 Prozent) wie bei den Einheimischen (49,4 Prozent) Notwehr an erster Stelle. An zweiter Stelle steht bei den Aussiedlern Beleidigung und Beschimpfung, wo 34,9 Prozent Gewalt als Konfliktlösung nicht ausschlossen, während es bei den Einheimischen nur 18,4 Prozent waren (Dietz/Roll 1998).

Die Ergebnisse legen nahe, dass Abschottung in ethnischen Cliquen sowie in der Selbstwahrnehmung geringere Teilhabechancen und damit eine problematisch verlaufende Integration wesentliche Voraussetzungen für die Ausbildung von Gewalt sind, die für jugendliche Aussiedler insgesamt nicht angenommen werden kann.

Diesem Befund scheinen zunächst die Zahlen von Aussiedlern im Jugendstrafvollzug zu widersprechen. In Baden-Württemberg stieg der Anteil der Aussiedler an den Neuzugängen im Jugendstrafvollzug zwischen 1988 und 1997 von zwei Prozent auf 14 Prozent. Cliquenbildung und Abschottung gegenüber anderen Strafgefangenen in Form einer Art Ehrenkodex nach dem Motto „Wir Russen sind eben anders.“ Oder „Ein Russe hilft immer dem anderen, egal, warum es geht“ waren auch hier zu beobachten. Bei dem hohen Anteil der Aussiedlerjugendlichen im Strafvollzug sind jedoch eine Reihe relativierender Faktoren zu berücksichtigen: Aussiedlerjugendliche werden öfter in Untersuchungshaft genommen (78 Prozent bei den Russlanddeutschen) als Einheimische (49 Prozent). Und schließlich greift das Präventionssystem aufgrund der kurzen Aufenthaltsdauer in Deutschland nicht oder nicht effektiv genug. „Im Gegensatz



In der Freizeit halten die Jugendlichen vielfach die Erinnerung an die alte Heimat wach. In Anbetracht der Integrationsprobleme leben manche in einer geschlossenen Gesellschaft.

zu manchen einheimischen Jugendlichen, die der Jugendhilfe oft schon seit Jahren und seit ihrer Kindheit bekannt sind, ist also nur ein kurzer Zeitraum von der ersten strafrechtlichen Auffälligkeit bis zur Inhaftierung vergangen, der zu präventiven Maßnahmen oder letztlich zur haftvermeidenden Intervention zur Verfügung stand. Insbesondere scheint die Jugendhilfe bisher vor Ort, nämlich in den Wohngebieten der Aussiedler, noch wenig präsent zu sein“ (Walter/Grübl 1999).

Zusammenfassend zeigen die Befunde eine Reihe von Risikofaktoren für die Bewältigung der schulischen, beruflichen und damit der gesellschaftlichen Integration. Anfang der neunziger Jahre ermittelte die OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development; Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) in einer Studie in 17 Mitgliedsländern Kriterien, die wesentlich zur Minderung der schulischen und beruflichen Chancen beitragen: das Aufwachsen in Armut und sozialer Randständigkeit, die Zugehörigkeit zu einer (ethnischen) Minderheitengruppe, ein besonders belasteter familiärer Hintergrund, die schlechte Beherrschung der Umgangs- und Unterrichtssprache sowie ungünstige Wohnbedingungen mit mangelnder Infrastrukturanbindung und fehlenden Freizeitangeboten. Die Mehrzahl der Faktoren trifft zumindest auf einen großen Teil der ausgesiedelten Jugendlichen zu, wenn sie auch durch die positive Kraft der Familien abgeschwächt werden (Dietz/Roll 1999).

Kommunales Umfeld

Hier sind Integrationshilfen einzufordern, die geeignet sind, Marginalisierung und Ghettobildung wirksam zu verhindern. Dies vor dem Hintergrund, dass Eingliederung ein Prozess ist, der Jahre dauert. Dabei ist die partielle Verschiedenheit der jugendlichen Aussiedler ebenso zu akzeptieren wie die Tatsache, dass die jungen Aussiedler sich nur schrittweise aus ihrer eigenen Gleichaltrigengruppe hin zu einheimischen Jugendlichen öffnen können.

Die Eingliederung in Deutschland ist ein langjähriger Prozess und für die Spätaussiedler mit vielen Risiken verbunden. Eingliederung ist beeinflusst durch die individuell mitgebrachten persönlichen Dispositionen und kulturellen Voraussetzungen

sowie die Teilhabechance am gesellschaftlichen Leben.

Zu den Risiken zählt der Rückzug in die eigene Gruppe in kompakten Wohngebieten, die vielerorts anzutreffen sind. So sehr bekannte Netzwerke zu Beginn des Hierseins zur Entwicklung von Wohlbefinden und zur Überwindung von Fremdheit beitragen können, so sehr darf diese selbst gewählte Isolation kein Dauerzustand werden.

In der einheimischen Bevölkerung tragen mangelnde Akzeptanz und Konkurrenzgefühle (zum Beispiel hinsichtlich der Besetzung von Arbeitsplätzen), wahrgenommene Verschiedenheit und Vorurteile zur Marginalisierung und Ausgrenzung bei. Die Erwartung der einheimischen Bevölkerung an Deutsche trifft auf das Bewusstsein vieler Aussiedler von einer deutschen Identität, die sich oft von der in Deutschland vorgefundenen Wirklichkeit unterscheidet.

Eingliederungshilfen unterstützen in diesem Sinne den Aufbau eines sozialen Netzes, das den Integrationsprozess fördert und Anlässe zur Begegnung und zum Zusammenleben schafft. Dies kann nur am Wohnort geschehen, wo Aussiedler und Einheimische sich begegnen. Hier wird Sprache gelernt, wird gearbeitet, Freizeit gestaltet und werden Freundschaften gepflegt.

An Engagement fehlt es meistens nicht. Neben zielführenden und effektiven allgemeinen Unterstützungsmaßnahmen wie Eingliederungshilfe, Sprachkursförderung und Fortbildung sind spezielle, an die Wohnsituation anknüpfende Angebote notwendig. Dabei sind vor allem zwei Anforderungen zu stellen. Zum einen müssen Eingliederungshilfen im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe anregen, müssen Eigeninitiative und Selbstverantwortung der Aussiedler im Eingliederungsprozess stärken und ihnen dadurch ermöglichen, aktiv zu werden und Beziehungen aufzubauen. Zum anderen sind Eingliederungsmaßnahmen dann erfolgreich, wenn sie flexibel und zielgerichtet den je speziellen Eingliederungsbedarf (Sprachförderung, Drogen, Internet-Café, Organisation von Hausaufgabenhilfe) in einem lokalen Umfeld ansprechen.

Dies erscheint auch erfolversprechend, um die Eingliederungsprobleme jugendlicher Spätaussiedler in den Griff zu bekommen. So bilanzierten Rainer Strobl und Wolfgang Kühnel zu den Ergebnissen einer Studie für jugendliche Aussiedler in

Nordrhein-Westfalen: „Wichtig sind Projekte, die an der Lebenswirklichkeit der Jugendlichen ansetzen, Eigeninitiative fördern und auf die lokale Spezifik des Stadtteils orientiert sind. Es wird unverzichtbar sein, in Freizeit- und Jugendarbeit pädagogisch geschulte Vertrauenspersonen aus dem eigenen Milieu einzubeziehen. Ihnen käme die Funktion von Mediatoren zu, die zwischen den Erfahrungen und Bedürfnissen der Jugendlichen und den sozialen und lokalen Gegebenheiten vermitteln“ (Strobl/Kühnel 2000).

In diesem Sinne ermöglichen lokale Netzwerke unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Gruppen wie Gemeinden, Schulen, Kirchen, Beratungsstellen, Betrieben, Arbeitsverwaltung, Sportvereinen und der Aussiedler selbst die Definition und Umsetzung zielgerichteter Angebote. Auch sind gemeinsame Aktionen wie zum Beispiel Feste ein Mittel, sich kennen zu lernen und Zusammengehörigkeitsgefühle zu entwickeln. Nicht zuletzt sind Sportangebote eine Möglichkeit der Integration in die Gemeinde, ohne dass zunächst die Sprachfähigkeit eine große Rolle spielt (Projekt „Sport mit Aussiedlern“).

Derartige Netzwerke oder Arbeitskreise für Spätaussiedler existieren in vielen Kommunen. Manche haben sich von Koordinierungsrunden heute bereits zu echten Eingliederungsnetzwerken weiterentwickelt, mit gemeinsamen Mitarbeitern und Finanzierungstöpfen sowie koordinierten Maßnahmen. Sie reichen von der Sprachbetreuung über Haushaltshilfen, dem Umgang mit Behörden, EDV-Schulungen bis hin zu Drogenberatung und sozialer Betreuung.

Die Bundesregierung hat die Initiierung von Netzwerken zum Schwerpunkt ihrer Projektförderung erklärt und die dafür bereit gestellten Mittel von 1998 (32 Millionen DM) auf 45 Millionen DM im Jahr 2000 aufgestockt. Fördermittel in diesem Bereich sollen nicht mehr für Einzelmaßnahmen, wie zum Beispiel für Seminare, ausgegeben werden, sondern im Sinne des aktivierenden Staates für die Unterstützung von Netzwerken.

Abseits staatlicher Eingliederungshilfen wird erfolgreiche Eingliederung nur gelingen, wenn ein gesellschaftliches Klima gefördert wird, in dem Einheimische Aussiedlern (und anderen Zuwanderern) Offenheit entgegenbringen und Zuwanderung als soziale, wirtschaftliche und kulturelle Bereicherung empfinden.

Literaturhinweise

Bade, Klaus J. / Oltmer, Jochen: *Aussiedler: deutsche Einwanderer aus Osteuropa*. Schriften des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien, Band 8, Osnabrück 1999.

Die im Band versammelten Studien beleuchten aus der Sicht unterschiedlicher Disziplinen, die Eingliederung jugendlicher Aussiedler und die Integration als kommunales Problem.

Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit, JAGJAW (Hg.): *Jugend, Beruf, Gesellschaft, Beratungs- und Betreuungsarbeit für junge AussiedlerInnen*, 37. Sozialanalyse, 1999.

Diskussion von aktuellen politischen Rahmenbedingungen der Eingliederung von Jugendlichen, von wissenschaftlichen Ergebnissen und von Arbeitsergebnissen aus der Praxis der Jugendgemeinshaftswerke. Erscheint jährlich.

Bundesministerium des Innern (Hg.): *Netzwerke für Integration*. Dokumentation einer Fachtagung am 28. September 1999 in Berlin. Info-Dienst Deutsche Aussiedler, Nr. 106, Januar 2000.

Dokumentation der Fachtagung zum Thema Netzwerke als zentrales Förderkonzept der Bundesregierung.

Bundesministerium des Innern (Hg.): Info-Dienst, Deutsch-russische Ausgabe. Informationen des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen, Nr. 35/1999. (Schwerpunkte: Kasachstan, Kirgisistan)

Deutsches Forschungszentrum an der Universität Nowosibirsk: *Lebensbedingungen, Wertvorstellungen und Bildungsprobleme der russlanddeutschen Jugend in Westsibirien*, Nowosibirsk 1997.

Ergebnisse einer soziologischen Untersuchung von jungen Russlanddeutschen im Alter von 16–35 Jahren in Westsibirien.

Dietz, Barbara: *Jugendliche Aussiedler in Deutschland: Risiken und Chancen der Integration*. In: Bade, Klaus J./Oltmer, Jochen: *Aussiedler: deutsche Einwanderer aus Osteuropa*. Osnabrück 1999, S. 153–177.

Beleuchtung der Eingliederungssituation jugendlicher Spätaussiedler unter Berücksichtigung der Merkmale Sprache und ethnische Orientierung, Schule, Ausbildung und Beruf, wirtschaftliche Situation und Wohnumfeld.

Dietz, Barbara/Roll, Heike: *Jugendliche Aussiedler – Porträt einer Zuwanderergeneration*, Frankfurt/New York 1988.

Dokumentation der Ergebnisse einer umfassenden Befragungsstudie zum Eingliederungsprozess jugendlicher Spätaussiedler vor dem Hintergrund

mitgebrachter schulischer und beruflicher Qualifikationen, der Lebenssituation im Herkunftsland, Wertorientierung und Verhaltensmustern.

Eisfeld, Alfred (Hg.): *Die Russlanddeutschen*. Studienbuchreihe der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat, Band 2. 2. erweiterte und aktualisierte Neuauflage, München 1999.

Umfassende Geschichte der Entwicklung der Russlanddeutschen von ihrer Einwanderung bis zum Jahr 1998.

Grimm, Gerhard G./Zach, Krista (Hg.): *Die Deutschen in Ostmittel- und Südosteuropa: Geschichte, Wirtschaft, Recht und Sprache*, München, Band I 1995, 327 S., Band II 1996, 251 S.

Ein Standardwerk zur Geschichte der deutschen Ostsiedlung.

Gündisch, Konrad: *Siebenbürgen und die Siebenbürger Sachsen*, Studienbuchreihe des Ostdeutschen Kulturrats, München 1998, 304 S.

Eine wissenschaftlich fundierte, leicht lesbare und anschaulich illustrierte Darstellung der Geschichte der Siebenbürger Sachsen im „Gesamtbild der Kulturlandschaft Siebenbürgen“.

Hilkes, Peter: *Russlanddeutsche in Westsibirien: Bildung, Kultur und Identität*. In: Schmidt, Gerlind/Krüger-Potratz, Marianne (Hg.): *Bildung und nationale Identität in der Russischen Föderation aus russischer und russlanddeutscher Perspektive*, Münster, New York 1998, S. 91–133.

Daten, Fakten und Hintergründe zum Stand der nationalen Bildung und Kultur der Russlanddeutschen in der Russländischen Föderation.

Kneip, Matthias: *Die deutsche Sprache in Oberschlesien. Untersuchungen zur politischen Rolle der deutschen Sprache als Minderheitensprache in den Jahren 1921–1998*, Dortmund 1999.

Als Hintergrundinformation über die sprachliche Entwicklung in Oberschlesien von großem Wert.

Kolar, Othmar: *Rumänien und seine nationalen Minderheiten 1918 bis heute*, Wien 1997, 584 S.

Eine sorgfältig recherchierte, ausgewogene Darstellung der Geschichte der Minderheiten in Rumänien einschließlich der Deutschen seit der Gründung des großrumänischen Staates.

Meulen, Hans van der (Hg.): *Anerkannt als Minderheit. Vergangenheit und Zukunft der Deutschen in Polen*, Baden-Baden 1994.

Vom holländischen Clingendael-Institut herausgegebener Sammelband, der Beiträge von polnischen und deutschen Experten enthält.

Rothe, Hans (Hg.): *Deutsche in Russland*, Köln, Weimar, Wien 1996.

Kurzgefasste Aufsätze zu ausgewählten Fragen der Geschichte der Russlanddeutschen, der Entwicklung russlanddeutscher Literatur, der Ausreisebewegung und ihrer Folgen für das muttersprachliche Bildungswesen und den Spracherhalt. Als ein weiterer Aspekt wird die Ansiedlung von Russlanddeutschen in den USA mit Blick auf ihre ethnische Entwicklung beleuchtet.

Schenk, Annemie: *Deutsche in Siebenbürgen. Ihre Geschichte und Kultur*, München 1992, 191 S.

Eine „moderne“ Geschichte der Deutschen in Siebenbürgen, dargestellt als Teil eines vielfältigen multiethnischen Beziehungsgeflechts.

Schmidt, Gerlind/Krüger-Potratz, Marianne (Hg.): *Bildung und nationale Identität in der Russischen Föderation aus russischer und russlanddeutscher Perspektive*, Münster, New York, Berlin, München 1998.

Im ersten Teil des Buches werden Zielsetzungen und Maßnahmen der „nationalen Bildung“ in der Russländischen Föderation dargestellt. Im zweiten Teil werden am Beispiel der nationalen Minderheiten kultur- und bildungspolitische Maßnahmen dargestellt und die Frage der kulturellen Identität erörtert.

Silbereisen, Rainer K./Lantermann, Ernst-Dieter/Schmitt-Rodermund, Eva (Hg.): *Aussiedler in Deutschland*. Akkulturation von Persönlichkeit und Verhalten, Opladen 1999.

Untersuchungsergebnisse über Akkulturationsprozesse nach der Aussiedlung für rund 280 Familien aus Polen, Rumänien und den Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Der Band enthält ferner Untersuchungen zur Entwicklung und Anpassung der Persönlichkeit bei Erwachsenen und Jugendlichen und behandelt für den Integrationserfolg grundlegende Aspekte.

Stricker, Gerd (Hg.): *Deutsche Geschichte im Osten Europas. Russland*, Berlin 1997.

Umfassende Darstellung der Geschichte der Deutschen in Russland, der Sowjetunion und der GUS vor dem Hintergrund der politischen, religiösen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Enthält zahlreiche Illustrationen.

Strobl, Rainer/Kühnel, Wolfgang: *Dazugehörig und ausgegrenzt*. Analysen zu Integrationschancen junger Aussiedler, Weinheim und München 2000.

Dokumentation einer Untersuchung über die Eingliederungschancen jugendlicher Aussiedler aus verschiedenen Schulformen in Nordrhein-Westfalen.

Informationen

zur politischen Bildung



Herausgeberin: Bundeszentrale für politische Bildung (BpB),
Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn, Fax-Nr.: 0 18 88/5 15-3 09,
Internet-Adresse: <http://www.bpb.de>
E-mail: ag4@bpb.de

Redaktion: Elke Diehl, Jürgen Faulenbach (verantwortlich, BpB), Christine Hesse, Ulf Marwege.

Manuskript und Mitarbeit: Elke Diehl, Bonn; Jürgen Faulenbach, Bonn; Alfred Eisfeld, Göttingen; Anneli Ute Gabanyi, München; Ute Heinen, Düsseldorf; Christine Hesse, Bonn; Ulf Marwege, Bonn; Joachim Rogall, Meckesheim.

Technische Gestaltung: Hans-Jürgen Binder, Karin Leszinski, München.

Titelbild: Ullstein Bilderdienst.

Gesamtherstellung, Verlag und Vertrieb: Franzis' print & media GmbH, Karlstraße 35, 80333 München.

Druck: Tiefdruck Schwann-Bagel GmbH & Co. KG,
Betriebsstätte Bruckmann Tiefdruck, Mittenheimer Straße 64,
85764 Oberschleißheim.

Die Hefte werden kostenlos abgegeben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich.

ISSN 0046-9408. Auflage dieser Ausgabe: 920 000.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: August 2000.

Text und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Der Umwelt zuliebe werden die Informationen zur politischen Bildung auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Titelbild:

Sprachkurs für Russlanddeutsche
in Berlin August 2000.

Anforderungen

bitte nur schriftlich an Franzis' print & media, Postfach 15 07 40,
in 80045 München per Postkarte oder Fax 0 89/51 17-292
(Berufsangabe erforderlich). Absenderanschrift bitte in Druckschrift.

Andere Veröffentlichungen der Bundeszentrale für politische Bildung
bitte direkt bei der Bundeszentrale bestellen (Anschrift oben).

Für telefonische Auskünfte (keine Bestellungen) steht der INFO-Service
unter Tel. 0 89/2 73 01 93 von Montag bis Freitag in der Zeit von 10–13 Uhr
zur Verfügung.

PVSt., Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt, B6897F

Informationen zur politischen Bildung
Franzis' print & media, Vertrieb,
Postfach 20 07 54, 80007 München